

3119

DIE BERÜCKSICHTIGUNG
VON TIERÄRZTLICHEN
SACHVERSTÄNDIGENAUSSAGEN
BEI RECHTSSTREITIGKEITEN
IM ZUSAMMENHANG
MIT DEM HUNDEHANDEL

Rudolf Bötsch

Disbui. München

1987



Aus der Medizinischen Tierklinik der Universität München
Lehrstuhl für Innere Krankheiten des Pferdes
und der kleinen Haustiere sowie für
Gerichtliche Tiermedizin

Vorstand: Prof. Dr. Wilfried Kraft

Arbeit angefertigt unter der Leitung
von Prof. Dr. Helmut Kraft

DIE BERÜCKSICHTIGUNG
VON TIERÄRZTLICHEN SACHVERSTÄNDIGENAUSSAGEN
BEI RECHTSSTREITIGKEITEN
IM ZUSAMMENHANG MIT DEM HUNDEHANDEL

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der tiermedizinischen Doktorwürde
der Tierärztlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität München

von
Rudolf Bötsch
aus
Würzburg

München 1987

Gedruckt mit Genehmigung der Tierärztlichen Fakultät
der Universität München

Dekan: Prof. Dr. H. Zucker

Referent: Prof. Dr. H. Kraft

Korreferent: Prof. Dr. K. Walser

Tag der Promotion: 27. Februar 1987

DISSERTATIONS- UND FOTODRUCK FRANK GmbH
8000 München 2, Gabelsbergerstr. 15, Tel. 288663

Meinen lieben Eltern
in
Dankbarkeit gewidmet

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Einleitung	1
2. Literatur	2
2.1. Der Tierarzt als Sachverständiger bei gerichtlichen Verfahren	2
2.2. Entwicklung und Lagebeschreibung des Hundehandels	5
2.3. Der Hund im Hundehandel	8
2.4. Gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich des Hundehandels	16
3. Eigene Untersuchungen	40
3.1. Material	40
3.2. Methodik	40
3.3. Ergebnisse der zivilrechtlichen Verfahren	40
3.4. Ergebnisse der strafrechtlichen Verfahren	64
4. Diskussion	74
4.1. Zivilrechtliche Verfahren	74
4.2. Strafrechtliche Verfahren	91
5. Zusammenfassung	104
Summary	105
6. Anhang (Tabelle 1 - 4, Auflistung der Aktenzeichen, Fragebogen Teil I und II)	106
7. Literaturverzeichnis	122



Digitized by the Internet Archive
in 2026

1. E i n l e i t u n g

Das Züchten und der Handel mit Hunden, insbesondere mit Rassehunden, wurde in den letzten Jahren aufgrund der gestiegenen Nachfrage zu einem lukrativen Geschäft. Eine Folge dieser Entwicklung war, daß Mißstände und gesetzeswidrige Handlungen aus diesem Bereich in zunehmendem Maße die Gerichte beschäftigten.

In zivilrechtlicher Hinsicht sind es vor allem der Verkauf von kranken und nicht reinrassigen Hunden, sowie Verstöße gegen vertragsrechtliche Bestimmungen, die Anlaß zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geben.

Gegenstand vieler strafrechtlicher Verfahren sind dagegen die Tatbestände der Tierquälerei und des fortgesetzten Betruges, die im Zusammenhang mit der Hundezucht und dem Hundehandel begangen werden.

Im Rahmen dieser Dissertation werden einschlägige Verfahren aus dem Zivil- und Strafrecht untersucht. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, welchen Einfluß tierärztliche Sachverständigenaussagen auf die Urteilsfindung in derartigen Rechtsfällen haben. Daneben werden tierschutzrelevante Probleme aufgezeigt, die sich einerseits aus den gerichtlichen Verfahren ergeben, andererseits ihre Ursache aber in der Sache selbst, dem Hundehandel, haben.

Aus tiermedizinischer und tierschützerischer Sicht heraus werden nach Möglichkeit Vorschläge und Lösungen aufgezeigt, die zu einer Beseitigung der Mißstände in diesem Bereich beitragen können.

2. Literatur

2.1 Der Tierarzt als Sachverständiger bei gerichtlichen Verfahren

"Sachverständige sind unparteiische (also von den Prozeß-subjekten verschiedene) Personen, die ihrer Fachkenntnisse wegen über rechtserhebliche Umstände vor Gericht unter Wahrheitspflicht aussagen (Befund) und aus Tatsachen Schlüsse ziehen und begründen (Gutachten); der Sachverständige ermöglicht durch seine Sachkunde dem Gericht die richtige Auswertung festgestellter Tatsachen." (Köhler, H. Kraft, 1984) Der Tierarzt kann im Rahmen eines Strafprozesses nach § 72 StPO oder eines Zivilverfahrens nach § 402 ff ZPO als Sachverständiger von der Staatsanwaltschaft bzw. vom Gericht hinzugezogen werden. "Die Auswahl des zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl erfolgt durch den Richter. Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es fordern." (StPO) Nach der Zivilprozessordnung muß das Gericht aber auch einen von beiden Parteien vorgeschlagenen Sachverständigen annehmen.

Wird eine Person zum Sachverständigen ernannt, so hat sie der Ernennung Folge zu leisten, "wenn er zur Erstattung von Gutachten der erfordernten Art öffentlich bestellt ist oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerb ausübt oder wenn er zu ihrer Ausübung öffentlich bestellt ist." (StPO) Der Sachverständige kann zur mündlichen Gutachtenerstellung zu einer gerichtlichen Verhandlung geladen werden, oder aber zur schriftlichen Anfertigung eines Gutachtens aufgefordert werden. Nach Kleinknecht (1979) hat der Gutachter folgende Aufgaben: "Er zeigt einmal die für bestimmte Beweisfragen benötigten Erfahrungssätze auf, die zu seinem Fachgebiet gehören und oder wendet sie auf einen bestimmten Sachverhalt an oder stellt mittels seiner besonderen Sachkunde oder technischen

Möglichkeit entscheidungserhebliche Tatsachen fest", z.B. Erregernachweis bei bestimmten Krankheiten. Die jeweilig zu begutachtenden Punkte werden ihm dabei vom Gericht vorgegeben. Für die Begutachtung wird dem Sachverständigen Einsicht in die Akten gewährt. Falls ihm die Angaben in den Akten für die Gutachtenerstellung nicht ausreichen, können ihm nach Mitteilung vom Gericht oder von der Staatsanwaltschaft weitere Maßnahmen gestattet werden, z.B. die Untersuchung des streitgegenständlichen Tieres oder die zusätzliche Befragung von Zeugen, die zur Klärung von strittigen Punkten notwendig sind.

Dabei ist der Sachverständige verpflichtet, das Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu erstatten. Daß eine objektive Gutachtenerstellung nicht immer leicht ist, zeigen die Ausführungen von Meyer und Höver (1977): "Der Sachverständige, der zwischen den Parteien mit ihren widerstreitenden Interessen steht, muß zur Erfüllung seiner Aufgaben eindeutig Stellung beziehen. Dadurch gerät er in der Regel in Widerspruch zu den Interessen einer Partei, deren Kritik und nicht selten deren Angriffen er ausgesetzt ist. Auch bei noch so ernsthaftem Bemühen um objektive Sachlichkeit und unvoreingenommene Beurteilung kann er nicht immer vermeiden, bei einer Partei in den Verdacht der Parteilichkeit zu geraten. Da für die Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit schon die begründete Befürchtung einer Partei ausreicht, kann schon ein unbedachtes Wort, eine ungeschickte Formulierung oder die Ablehnung eines Wunsches oder einer Anregung einer Partei zur erfolgreichen Ablehnung des Sachverständigen und damit zur Unverwertbarkeit des Gutachtens führen." Der Sachverständige muß deshalb bei der Gutachtenerstellung darauf achten, daß er keine persönlichen Bemerkungen oder Wertungen vornimmt. "Er sollte vielmehr von klaren Fakten ausgehen, laienhafte Spekulationen unberücksichtigt lassen und sich nur mit fachlichen Äußerungen befassen." (Köhler, H. Kraft 1984)



Dabei ist nach Ponsold (1967) zu bedenken, "daß ein Fachmann zum Laien spricht. Der Sachverständige hat sich deshalb den juristischen Gedankengängen anzupassen und seine Untersuchungsergebnisse so darzustellen, daß sie für das Gericht verwertbar sind. Dem Richter und dem Prozeßbeteiligten muß die Möglichkeit gegeben sein, das Gutachten zu verstehen, auch sprachlich, um seine Bedeutung richtig einschätzen zu können".

Die Ergebnisse der Tätigkeit eines Tierarztes sind bei gerichtlichen Verfahren in Form eines Protokolls (tierärztliche Niederschrift), eines Attestes oder eines Gutachtens zu beurkunden. Bei allen drei Formen ist in der Eingangsformel Datum, Ort und Stunde, sowie der Gegenstand (z.B. Tierart, Signalement, Alter) und der Grund der Begutachtung festzuhalten:

Beim Attest wird dann ohne Angabe von Befunden und Beweisgründen das (Nicht-)Vorhandensein einer Eigenschaft oder eines Fehlers bescheinigt.

Das Protokoll enthält dagegen die Aufzeichnung einfacher Sachverhalte, z.B. Untersuchungs- oder Sektionsbefunde. Es fixiert somit einen gerade in der Tiermedizin vergänglichen Sachverhalt für "alle Zeiten", ohne daß jedoch eine Beurteilung des Sachverhaltes vorgenommen wird.

In einem Gutachten wird ein Sachverhalt geschildert, bewertet und begründet. In der Geschichtserzählung legt der Gutachter alle in den Akten bekanntgewordenen Angaben und die von den verschiedenen Parteien vorgebrachten Äußerungen dar, die mit der Fragestellung des Gerichtes zusammenhängen. Nach der Schilderung seiner eigenen Untersuchungen gibt der Sachverständige im Tenor seines Gutachtens auf die vom Gericht gestellten Fragen dann eine klare Aussage. Anschließend wird diese nach den Regeln

der Wissenschaft eingehend begründet und der Grad der Wahrscheinlichkeit, mit der der zu beurteilende Sachverhalt zutrifft, angegeben.

Die Richtigkeit der genannten Schriftstücke ist durch eine abschließende Unterschrift desjenigen, der das Schriftstück verfaßt hat, zu bezeugen.

2.2. Entwicklung und Lagebeschreibung des Hundehandels

Um das Ausmaß des Hundehandels deutlich zu machen und um seine Bedeutung heute richtig einschätzen zu können, sollen kurz einige Zahlen angeführt werden:

Auf Grundlage von behördlichen Registrierungen (TSCHG § 11), anhand der Zahlen über Halter, Züchter und Mitglieder von Zuchtverbänden gibt es z.Z. in der Bundesrepublik Deutschland rund 3.5 Mio. Hunde (Drawer 1980). Über die Zahl der tatsächlich gehaltenen Hunde kann man nur Schätzungen anstellen. Wegner (1972) meint, daß man noch eine Dunkelziffer von 10 % hinzuaddieren müßte. Bei einer Repräsentativumfrage des Spiegels im Jahre 1976 wurde ermittelt, daß es in 15 % aller Haushalte der Bundesrepublik Deutschland einen Hund gibt. 73 % der Hunde sind Rassehunde.

Nach der Motivation für die Anschaffung und Haltung eines Hundes befragt, räumten 79 % der Hundehalter dieser Umfrage ein, daß sie ihr Tier "einfach als Haus- und Familienhund" halten, als "Kumpel, der mit einem lebt und mit dem man spazieren geht". Der Gebrauchshund tritt also im Gegensatz zu früher immer mehr in den Hintergrund, Liebhaberei und Schutzbedürfnis spielen eine immer größere Rolle, besonders bei den Hundehaltern in den Großstädten.

Interessant sind auch die Untersuchungen von Wegner (1975), der feststellte, daß die Anzahl der gehaltenen Hunde proportional zum Nettoeinkommen der Bevölkerung steigt.

Der Verkauf von Hunden stieg in den letzten zehn Jahren derart an, daß die bisherigen Züchter, die vorwiegend dem Verein für das deutsche Hundewesen (VDH) angehören, der gestiegenen Nachfrage nicht mehr nachkommen konnten. Die Folge dieser Entwicklung war, daß eine neue Generation von Hundezüchtern aufkam, die versuchte, diese wirtschaftliche Situation auszunützen.

Der Hund wird zur Ware und zum Konsumartikel und als solcher zu einem lukrativen Geschäft.

So wandelten einige Züchter ihre ehemalige Liebhaberzucht in eine gewerbliche Zucht um, weiteten ihr Sortiment, das ursprünglich auf eine Hunderasse beschränkt war, auch auf andere Hunderassen aus, kauften Welpen von anderen Züchtern oder aus dem Ausland hinzu. Selbst große Versandunternehmen und Kaufhauskonzerne versuchen diese Marktlücke auszufüllen und nehmen Hunde in ihre zoologischen Abteilungen auf.

Dabei kommt ein großer Teil der in der Bundesrepublik über den Hundehandel zum Verkauf angebotenen Welpen aus Holland, aber auch englische und irische Hundezüchter beliefern den deutschen Markt (Bandel, 1976): Einer der Hauptumschlagplätze ist die Stadt Tilburg. Jedoch nicht nur dort, sondern auch in der Bundesrepublik entstand eine Hundezucht, die nur auf Massenproduktion ausgerichtet ist. So werden Hündinnen zur Produktionssteigerung 2 mal im Jahr gedeckt. Ohne Berücksichtigung züchterischer Belange wird zuweilen auch mit kranken und ungeeigneten Tieren gezüchtet, besser gesagt produziert, nach der Devise: "Viele Welpen aufziehen, absetzen und verkaufen" (Gass, 1972).

Eine Zuchtauslese oder das Herauszüchten bestimmter erwünschter Merkmale, wie dies die dem VDH angehörigen Züchter betreiben sollen, ist nach Meinung von Gass (1972) unter diesen Umständen nur bedingt möglich. "So seien fehlerhaftes Gebiß, Zahnanomalien, Einhodigkeit, fehlerhafte Ohrstellung und Wolfskrallen die hauptsächlichsten Mängel dieser oberflächlichen Zuchtauslese." Dabei werden die Hunde oft nicht artgemäß in Buchten mit ungenügendem Auslauf gehalten.

Eine Säuberung oder gar eine Desinfektion der Ställe und Buchten wird selten durchgeführt. Prophylaktische Maßnahmen, wie Impfungen oder Wurmkurten werden aus Kostengründen gar nicht oder nur infolge mangelnden Sachverständes unzulänglich und ohne jegliches System durchgeführt. Die Folge ist, daß aus solchen Zuchtanstalten stammende Hunde sehr häufig krank sind und als solche, noch dazu im viel zu jungem Alter, verkauft werden (Gass 1971, 1972, 1976, Bandel 1976). Dies konnten auch Brehm/Frede (1981) bei der Überprüfung von Welpen, die über den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel durch Hundehandlungen eingeführt wurden, nachweisen. Danach waren

- 20 % der Welpen unter 8 Wochen alt;
- 50 % waren mit Ektoparasiten behaftet;
- des öfteren war Mikrosporie, insbesondere bei Yorkshire-Terriern festzustellen;
- 20 % der Welpen hatten Durchfall;
- 2 Importsendungen führten in einer Hundehandlung zu Salmonellosen;
- die meisten Welpen waren in einem schlechten Ernährungszustand;
- über 50 % der Welpen zeigten Rachen- und Mandelentzündungen.

Über Zwischenhändler, Kaufhäuser, Versandhäuser und Zoo-handlungen oder zum Teil direkt werden die Tiere dann vermarktet. Dabei werden, wie Zimmermann (1976) ermittelte, erhebliche Gewinne erzielt. So wird zum Beispiel ein Yorkshire-Terrier in Holland für ca. 70,-- DM eingekauft und in der Bundesrepublik für ca. 1.500,-- DM verkauft.

2.3. Der Hund im Hundehandel

2.3.1. Entwicklungsphasen eines Welpen

Bei Untersuchungen über Verhaltensstörungen beim Hund fand Brummer (1976) unter anderem heraus, daß ein Großteil der verhaltensgestörten Tiere aus Hundehandlungen stammen. Bei der Betrachtung der Entwicklungsphasen eines Welpen läßt sich dieses Ergebnis auch ethologisch erklären.

In den ersten 3 Wochen nach der Geburt - dieser Zeitraum wird auch als sogenannte vegetative Phase bezeichnet - besteht die Haupttätigkeit des Welpen darin, zu saugen und zu schlafen.

An diese Phase schließt sich eine Übergangsphase bis etwa zur 4. Lebenswoche an. In dieser Zeit entwickelt sich vor allem der Gehör- und Geruchssinn.

Darauf folgt, sobald die Welpen das Nest verlassen können, dann eine Entwicklungsphase, die für das spätere Verhalten des Hundes von größter Wichtigkeit ist, die sogenannte Prägungsphase. Während dieser Zeit (4. - 7. Lebenswoche) wird der Welpen auf seine Artgenossen und auf den Menschen geprägt. "Hunde bedürfen in dieser Phase ausgiebiger Kontakte (geruchlicher, körperlicher, optischer und akustischer Art) mit dem Menschen, um diesen als Mitartgenossen ansehen zu können" (Brummer 1976). Der Mensch muß sich in dieser Phase mit den Welpen sehr viel beschäftigen, ansonsten verhalten sich solche Hunde später dem Menschen gegenüber scheu und ablehnend. Gerade im gewerblichen Hundehandel aber kommen solche Kontaktmöglichkeiten kaum zustande.

Auch in der nächsten, der sogenannten Sozialisierungsphase (8. - 12. Lebenswoche) kann im Hundehandel die Entwicklung des Welpen nicht optimal weiterlaufen.

Der Welpen, der bisher in seinem Tun nicht eingeschränkt wurde, soll in der Sozialisierungsphase nun lernen, sich in einer Gemeinschaft einzufügen. "Der Rüde zeigt ihm, was er tun darf und was er zu unterlassen hat. Auf diese Weise lernt der Welpen Autoritätsverhältnisse kennen und respektieren. Auch der Mensch muß während dieser Phase als Erzieher, als anführender Sozialpartner eingreifen, er muß die Rolle des Väterrüden übernehmen." (Brummer 1976).

Forschungsergebnisse (Kober 1981, Brunner 1981) weisen darauf hin, daß dieses Alter die beste Zeit zur Trennung eines Welpen von der Mutter und den Geschwistern ist, um die optimale Eingewöhnung in den Lebensraum seines neuen "Rudelführers Mensch" zu erreichen und das dort erwünschte Verhalten zu lernen. Im Hundehandel werden jedoch aus wirtschaftlichem Interesse häufig die Welpen bereits schon in der 5. oder 6. Lebenswoche von dem Muttertier abgesetzt. Dies hat nicht nur katastrophale Folgen für die Gesundheit und die Widerstandsfähigkeit des Welpen, sondern auch für dessen psychische Entwicklung. Brunner (1981) fand in diesem Zusammenhang heraus, daß "wenn der Hund zu früh von seinen Wurfgeschwistern entfernt wird und in eine relativ isolierte reizarme Umwelt kommt, wie sie die Wohnung des neuen Besitzers unter Umständen darstellen kann, und außerdem keine Gelegenheit mehr hat, mit Artgenossen in Berührung zu kommen, daß dieser Hund dann später soziale und oft sogar sexuelle Kontaktschwierigkeiten mit Seinesgleichen zeigt und sich - besonders bei übertriebener Verhättschlung - als von menschlichen Hausgenossen allzu abhängig entwickelt. Wird er zu streng behandelt, häufig in seinem Zärtlichkeitsverlangen abgewiesen und für kleine Fehltritte in puncto Stubenreinheit roh bestraft, so entwickelt sich ein mißtrauisches, ängstliches, scheues und kontaktarmes Lebewesen".

Der Sozialisierungsphase schließt sich die Rangordnungsphase an, die den Zeitraum der 12. - 16. Lebenswoche umfaßt. Die Tiere treten in Interaktionen ein, müssen Rangordnungskämpfe durchstehen, bis schließlich eine geordnete Hierarchie aufgebaut ist.

Mit dem 5. und 6. Lebensmonat folgt dann die Rudelordnungsphase, in der sich die Gefolgschaftstreue gegenüber dem Leithund entwickelt. Der Mensch muß in dieser Zeit versuchen, den Leithund darzustellen, d.h. er muß sich dem Hund psychisch überlegen erweisen. Schafft er dies nicht, versucht der Hund selbst die Rolle des Rudelführers zu übernehmen, was unweigerlich, vor allem in der anschließenden Pubertätsphase (7. - 12 Lebensmonat) zu Konflikten führt.

2.3.2. Haltung und Pflege

Im § 2 (1) des TSCHG heißt es: "Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muß dem Tier angemessene Nahrung und Pflege, sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren." Brehm/Frede (1981) stellten jedoch bei der amtstierärztlichen Beaufsichtigung von gewerbsmäßigen Hundehaltungen immer wieder folgende Mängel fest:

"Die Räume waren in vielen Fällen zur Unterbringung von Hunden nicht geeignet. Sie hatten Holzfußböden, feuchte Wände oder losen Putz. Be- und Entlüftung, Heizung und Belichtung waren nicht ausreichend. Die Tierboxen bestanden aus ungeeignetem Material; sie konnten deshalb nur unzureichend gereinigt und desinfiziert werden, was in vielen Fällen zu erheblichen Geruchsbelästigungen führte. Zeitweilig - besonders in der Weihnachtszeit - waren die Boxen überbesetzt. In dieser Zeit wurden dann auch häufig Kellerräume ohne Tageslicht und Frischluftzufuhr zur Unterbringung der Welpen benutzt".

Auch der Pflegezustand der meist zu jungen Welpen gab Anlaß zu erheblichen Beanstandungen. Neben verfilzten Haarkleidern, verschmutzten Gehörgängen und Kotverklebungen am After stellten Brehm/Frede (1981) bei mindestens 50 % der Hunde einen unzureichenden Ernährungszustand fest.

Durch derartig schlechte Haltungsbedingungen, durch die unzureichende Pflege und Ernährung und durch das häufig zu frühe Absetzen von dem Muttertier wird die Infektionsgefahr, die sowieso durch das "Zusammenwürfeln" von Welpen aus den verschiedensten Zuchtanstalten erhöht ist, nochmals um ein Vielfaches gesteigert.

2.3.3. Erkrankungen in Händlerställen und gewerblichen Zuchten

Untersuchungen verschiedener Autoren (Gass 1971, 1976, Brehm/Frede 1981) zeigen, daß es sich bei den Krankheiten, die in den Händlerställen anzutreffen sind und die oft nach dem Verkauf zu Beanstandungen Anlaß geben, in der überwiegenden Mehrheit um Infektions- bzw. Invasionskrankheiten, d.h. also um ansteckende Krankheiten handelt. Gass (1976) nennt an erster Stelle den Staupe-Hepatitis contagiosa canis-Komplex. Es folgen Parvovirose, eine Erkrankung, die erstmals in den Jahren 1979/1980 in der Bundesrepublik nachgewiesen wurde, und die infektiöse Tracheobronchitis, auch Zwingerhusten genannt. Desweiteren sind noch die parasitären Erkrankungen zu nennen. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Endoparasiten, wie die verschiedenen Coccidien- und Wurmart (Spul-, Band-, Haken- und Peitschenwürmer); aber auch Ektoparasiten, wie Flöhe, Läuse, Haarlinge und Milben werden sehr häufig bei Hunden aus Händlerställen gefunden.

Brehm/Frede (1981) wiesen sogar wiederholt Zooanthroponosen, wie Mikrosporidie, Sarkoptesräude und Salmonellose nach. Die genannten Krankheiten kommen entweder alleine vor oder mit anderen Krankheiten vergesellschaftet.

Nach Meinung von Gass (1976) ist es für den Zwischenhändler, den Verkäufer und Käufer sehr schwierig, ja fast unmöglich, die aufgeführten Infektionskrankheiten von einander abzugrenzen. Denn, so schreibt Gass weiter, "die Symptome, d.h. die Krankheitserscheinung ähneln sich sehr. Manchmal werden völlig gleiche Symptome bei verschiedenen Krankheiten festgestellt (z.B. Konjunktivitis bei Staupe und Hcc), so daß eine exakte Diagnose in der Regel nur von Tierärzten, meist nur unter Hinzuziehung von Laboruntersuchungen gestellt werden kann".

Gass (1976) wie Brehm/Frede (1981) stellten immer wieder die gleichen Symptome fest: Augen- und Nasenausfluß, Mandel- und Rachenentzündungen, Husten, Erbrechen, Durchfall, Magerkeit und Inappetenz, Juckreiz, Haut- und Haarveränderung, Temperaturerhöhung, wie -erniedrigung.

Wird der Verkäufer auf solche Veränderungen vom Käufer hingewiesen - dies kommt nicht sehr häufig vor, da den Käufern meist der notwendige Sachverstand fehlt - so bagatellisieren jene diese Anzeichen einer Erkrankung mit "er hat wohl etwas Zug bekommen" oder "der Durchfall kommt von der Futterumstellung". Gleichzeitig werden dem Käufer dann oft entsprechende Präparate wie Augenwasser, Durchfallpulver oder sogenannte "Aufbaumittel" verkauft. Verschwinden die Symptome nach einer gewissen Zeit trotz der Behandlung mit den genannten Präparaten nicht - zum Teil werden sogar Antibiotika durch Händler selbst injiziert - wird dann der Rat gegeben, zum Tierarzt zu gehen.

Gass (1976) nennt aber auch Fälle, in denen von einem Tierarztbesuch abgeraten wird; Begründung der Händler dafür: "Man habe schon erlebt, daß der Tierarzt schon so starke Spritzen gegeben habe, daß der Hund daran verendet sei".

Daß den Händlern in vielen Fällen der nötige Sachverstand hinsichtlich einer sinnvollen Gesundheitsfürsorge fehlt oder eine solche wahrscheinlich aus Arbeits- und Kostengründen einfach unterlassen wird, zeigen auch die Erfahrungen von Brehm/Frede (1981). Diese schreiben dazu:

"In der Regel werden geimpfte und ungeimpfte Hunde verschiedener Herkunft in den Boxen gemeinsam untergebracht. Soweit eine Impfprophylaxe durchgeführt wird, erfolgt sie in der Regel ohne erkennbares System und nicht nach medizinischen Erfordernissen. Impfungen werden oft erst am Tage des Versandes oder erst beim Verkauf durchgeführt. Häufig können Impfpässe nicht eindeutig den angeblich geimpften Hunden zugeordnet werden. Die Endo- und Ektoparasitenbekämpfung wird nicht mit der erforderlichen Konsequenz durchgeführt oder völlig unterlassen. Eine tierärztliche Versorgung erkrankter Welpen ist häufig nicht sichergestellt. Welpen mit Infektionskrankheiten werden nicht von gesunden Tieren abgesondert."

Gass (1976) kommt deshalb zu dem Schluß, daß "die Art der Aufzucht, das zu frühe Absetzen von der Mutter und die in den meisten Fällen mangelhafte Pflege und unsachgemäße Beifütterung ab der 3. Lebenswoche, als die Ursachen der erhöhten Anfälligkeit und verminderten Widerstandskraft gegenüber Infektionen zu betrachten sind. Dazu kommt der Streß eines manchmal mehr als 24-stündigen Bahntransportes zum Bestimmungsort.

2.3.4. Schutzimpfungen

Als die erfolgreichsten prophylaktischen Maßnahmen bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten nennen Mayr/Eißner/Mayr-Bibrack (1984) die aktive und passive Schutzimpfung. Ihrer Meinung nach sind die hierfür entwickelten Sera und Impfstoffe die wirksamsten Arzneimittel überhaupt.

Gerade im Hundehandel könnten durch entsprechende Schutzimpfungen, wenn sie konsequent und mit einem den medizinischen Erfordernissen entsprechenden System durchgeführt werden würden, die Zahl der erkrankten Welpen und der zu Tode gekommenen Welpen erheblich verringert werden. Es würde den Rahmen dieser Dissertation sprengen, ein solches System aufzuzeigen. In dieser Hinsicht darf auf die entsprechende Fachliteratur (z.B. Rolle/Mayr, 1984) hingewiesen werden. Hier soll das Thema nur insoweit erörtert werden, als es zum Verständnis der in vielen Gerichtsverhandlungen auftretenden Fragestellung dient, ob ein Hund an einer Infektionskrankheit, wie z.B. Staupe oder Parvovirose erkranken oder sterben kann, obwohl der Hund Schutzgeimpft worden ist.

Es gibt bei den Schutzimpfungen einmal die Möglichkeit, eine sogenannte passive Immunität gegenüber einer Infektionskrankheit zu erzeugen. Dabei werden mittels Injektion von Sera oder Gammaglobulinpräparaten spezifische Antikörper dem Organismus zugeführt. Dieser ist damit vorübergehend (10 - 14 Tage lang) gegen entsprechende Infektionen wie Staupe, Hepatitis contagiosa canis, Parvovirose, Leptospirose und Tracheobronchitis geschützt.

Wichtig für einen ausreichenden Impfschutz ist neben der richtigen Dosierung auch der Zeitpunkt, zu dem die passive Impfung durchgeführt bzw. wiederholt werden muß.

Wird z.B. ein Welpen im Inkubationsstadium - das ist der "Zeitraum zwischen der Haftung des Erregers in einem Organismus und dem Auftreten der ersten klinischen Erscheinungen" (Rolle/Mayr, 1984) - nur mit der prophylaktischen Dosis geimpft, so besteht trotz Immunisierung die Gefahr, daß der Welpen erkrankt. In einem solchen Fall wäre die therapeutische, also die doppelte Dosis des entsprechenden Serums bzw. Gammaglobulinpräparates angezeigt. Auch mit zunehmender Krankheitsdauer, wenn sich die Erreger schon in den sogenannten Manifestationsorganen festgesetzt haben, nehmen die Erfolgchancen trotz erhöhter Dosis ab, da die passiv verabreichten Antikörper hauptsächlich im Blut und nur schwach im Gewebe wirksam sind.

Speziell für Welpen in Händlerställen gilt, daß oftmals eine prophylaktische Dosis selbst gesunden Tieren aufgrund des erhöhten Infektionsdruckes, gegeben durch die mangelhafte Pflege und Unterbringung, durch das Zusammenbringen von Welpen aus verschiedenen Zwingern und das allzu frühe Absetzen von der Muttermilch (Verlust der natürlichen Abwehrstoffe), keinen ausreichenden und vollbelastbaren Schutz bietet. In diesem Fall muß nach der Erfahrung von H. Kraft zumindest die therapeutische Dosis verabreicht werden.

Oft findet sich auch der Fall, daß der Hund zwar passiv immunisiert worden ist, die notwendige Auffrischung nach 14 Tagen aber unterlassen wurde. Die Immunität ist nach dieser Zeit nicht mehr ausreichend belastbar. Folglich besteht sodann auch hier die Möglichkeit einer Infektion (Köhler/H. Kraft 1984).--

Ein länger dauernder und spezifischer Schutz gegen eine Infektionskrankheit wird durch die aktive Immunisierung erreicht. Dabei werden dem Impfling sogenannte Antigene appliziert, die wiederum bei ihm spezifische örtliche oder allgemeine Immunisierungsvorgänge auslösen, mit dem Ergebnis, daß spezifische Antikörper und Immunzellen gegen eine Infektionskrankheit gebildet werden.

Voraussetzung für die volle Belastbarkeit einer solchen aktiven Schutzimpfung ist immer, daß die Vakzination lege artis durchgeführt wird, d.h., daß der Hund zum Zeitpunkt der Impfung gesund und in der Lage war, eine Immunität auszubilden. Eine aktive Impfung soll deshalb nicht vor der 8. Lebenswoche erfolgen, da der Welpen bis dorthin meist noch maternale Antikörper von der Mutter hat und selbst noch keine Antikörper ausbilden kann. Gegen diese Grundsätze wird im Hundehandel, wenn überhaupt geimpft wird, häufig verstoßen.

2.4. Gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich des Hundehandels

Im folgenden werden nur die Teile der gesetzlichen Bestimmungen wiedergegeben, die im Zusammenhang mit dieser Dissertation von Bedeutung sind.

2.4.1. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Das bürgerliche Gesetzbuch vom 18. August 1896, in Kraft getreten am 1. Januar 1900, unterscheidet zwischen Personen - nur diese sind rechtsfähig - und Sachen. Tiere, hier der Hund, gelten also als Sache, genauer gesagt als "bewegliche Sache".

"Nur Sachen können Gegenstand des Besitzes, des Eigentums und der meisten anderen dinglichen Rechte sein. Es ist also die Sacheigenschaft des Tieres, die zu seiner Eigentumsfähigkeit führt, wie das Bedürfnis nach Eigentum am Tier zu seiner Eigenschaft als Sache geführt hat. Ihm zufolge mag das Tier auch Zubehör, z.B. eines Landgutes sein" (Lorz 1973). Diese Einstufung des Tieres als Sache stammt aus dem römischen Recht. Dort galt beim Verkauf von Lasttieren und Sklaven das gemeinrechtliche Prinzip, nach dem der Verkäufer für alle erheblichen und verborgenen Mängel, die zum Zeitpunkt des Kaufes vorhanden waren, stillschweigend Haftung übernahm. Dem Käufer standen als Rechtsmittel zwei Klagen zur Wahl:

a) die Wandlungsklage (actio redhibitoria)

Damit sollte der Ausgangszustand, wie er vor dem Verkauf bestanden hatte, wieder hergestellt werden, d.h. Rückzahlung des Kaufpreises gegen Rückgabe des Tieres.

b) die Minderungsklage (actio aestimatoria)

Sie beinhaltet, daß der Kaufpreis entsprechend dem festgestellten Minderwert der verkauften Sache herabzusetzen sei.

Neben diesen beiden Möglichkeiten konnte noch auf Schadensersatz (actio emptis) oder auf Betrug (actio doli) geklagt werden. Auf diesen gesetzlichen Bestimmungen basiert auch heute noch der Tierkauf, festgelegt im Zweiten Buch des BGB in den §§ 459 bis 496, unter "Schuldverhältnisse, Kauf und Tausch". Dabei entsprechen die §§ 459 - 480 dem römischen Rechtsprinzip - und nur diese sind für den Verkauf von Hunden wichtig, während die §§ 481 - 496 auf dem germanischen Währschaftsprinzip basieren, welches den Verkauf von "Vieh" regelt; als solche gelten Pferd, Esel, Maulesel, Maultier, Rindvieh, Schaf und Schwein.

Nach dem germanischen Recht, dies sei hier nur kurz erwähnt, haftet der Verkäufer stillschweigend für sogenannte Hauptmängel (= wichtigsten Krankheiten bzw. Funktionsstörungen) und für diese auch nur dann, wenn sie sich innerhalb einer bestimmten, für jeden Gewährsmangel gesondert festgelegten Frist, nach dem Kaufe zeigen (Gewährfrist). Es wird also davon ausgegangen, daß ein Hauptmangel zum Zeitpunkt der Übergabe vorhanden war, wenn er sich innerhalb dieser Gewährfrist gezeigt hat, vorbehaltlich des Gegenbeweises durch den Verkäufer.

Das genannte trifft aber nur, wie bereits erwähnt, beim Verkauf von "Vieh" zu, nicht beim Verkauf von Hunden. Hier ist der Verkäufer verpflichtet, falls entsprechende vertragliche Vereinbarungen getroffen wurden, für alle erheblichen und verborgenen Fehler und für zugesicherte Eigenschaften zu haften, soweit sie zur Zeit der Übergabe vorhanden waren. Allerdings muß hier der Käufer nach dem römischen Rechtsprinzip in jedem Falle den Beweis dafür erbringen, daß der von ihm gerügte Mangel erheblich, verborgen und zur Zeit der Übergabe bereits vorhanden war.

Wann eine Gefahr auf den Käufer übergeht, dies sei hier kurz eingeschoben, wird im § 446 BGB geregelt. Dort heißt es, "daß mit der Übergabe der verkauften Sache die Gefahr des zufälligen Unterganges und einer zufälligen Verschlechterung auf den Käufer übergeht. Dem Käufer gebühren von der Übergabe an die Nutzungen, aber er trägt auch die Lasten der Sache". § 460 schränkt jedoch die Haftung des Verkäufers insoweit ein, daß wenn dem Käufer eines Hundes bei der Übergabe ein Mangel des Tieres bekannt ist, oder wenn er den Mangel infolge grober Fahrlässigkeit nicht erkannt hat, der Verkäufer, sofern er

nicht die Abwesenheit des Fehlers zugesichert hat, den Mangel nicht zu vertreten hat, es sei denn, der Verkäufer hätte den Mangel arglistig verschwiegen.

Haftet dem verkauften Hund ein Mangel, z.B. eine Krankheit an, für den der Verkäufer eintreten muß, so kann der Käufer Wandelung oder Minderung verlangen. Im § 462 heißt es dazu:

"Wegen eines Mangels, den der Verkäufer nach den Vorschriften der §§ 459, 460 zu vertreten hat, kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen."

Fehlt dem Hund die zugesicherte Eigenschaft (z.B. reinrassig) oder hat der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen, so kann der Käufer Wandelung oder Minderung verlangen, oder aber auch Schadensersatz fordern.

§ 463 lautet: "Fehlt der verkauften Sache z.Z. des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder der Minderung Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat."

Der § 464 (Vorbehalt der Annahme) sagt, "daß der Käufer, sofern er wissentlich eine mangelhafte Sache übernimmt, sich die Rechte nach § 462 und § 463 vorbehalten lassen kann". Dies bedarf aber einer vertraglichen Regelung. Die §§ 465 - 475 betreffen die juristische Seite. Es sind Vorschriften, über "Durchführung der Wandelung, Wandelung beim Verkauf von mehreren Sachen, Berechnung der Minderung etc."

§ 476 regelt den vertraglichen Ausschluß der Gewährleistung, wonach eine Vereinbarung, "durch welche die Verpflichtung des Verkäufers zur Gewährleistung wegen Mängel der Sachen erlassen oder beschränkt wird, nichtig ist". Anstatt der Haftung für Mängel durch Wandelung und Minderung gibt es jedoch auch die Möglichkeit der Nachbesserung (§ 476 a). In diesem Sinne wäre z.B. die tierärztliche Behandlung eines Hundes, der bei der Übergabe bereits krank war, Symptome aber erst nach der Übernahme zeigte, zu verstehen. Dieses Recht auf Nachbesserung muß allerdings vertraglich festgelegt werden. Von dieser Möglichkeit wird im Klein-tierhandel sehr oft Gebrauch gemacht. Zitat aus einem Kaufvertrag: "Werden innerhalb von 3 bis 4 Tagen Erkrankungen festgestellt, so ist der Verkäufer dafür verantwortlich und haftbar. Der Verkäufer entscheidet über eine notwendige Behandlung des Hundes durch den Tierarzt ...".

In § 477 heißt es unter "Verjährung der Gewährleistungsansprüche": (1) Der Anspruch auf Wandelung oder Minderung sowie der Anspruch auf Schadensersatz wegen Mangels einer zugesicherten Eigenschaft verjährt, sofern nicht der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen hat, bei beweglichen Sachen in 6 Monaten von der Ablieferung, bei Grundstücken in einem Jahr von der Übergabe an. Die Verjährungsfrist kann durch Vertrag verlängert werden.

(2) Beantragt der Käufer die gerichtliche Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises, so wird die Verjährung unterbrochen. Die Unterbrechung dauert bis zur Beendigung des Verfahrens fort. Die Vorschriften des § 211, Absatz 2 und des § 212 finden entsprechende Anwendung.

(3) Die Hemmung oder Unterbrechung der Verjährung eines der in Absatz 1 bezeichneten Ansprüche bewirkt auch die Hemmung oder Unterbrechung der Verjährung der anderen Ansprüche."

Ein auftretender Mangel kann also binnen 6 Monate, vom Tage der wissentlichen Ablieferung des Hundes an gerechnet, gerügt werden, d.h. dem Verkäufer wird angezeigt, ob Wandelung oder Minderung verlangt wird.

Die Mängelleinrede (§ 478) bleibt allerdings unter bestimmten Voraussetzungen erhalten, wenn nämlich der Verkäufer vor Vollendung der Verjährung dem Verkäufer den Mangel angezeigt hat, wenn gerichtliche Beweisaufnahme beantragt wurde oder dem Verkäufer der Streit verkündet wurde.

Bei arglistigem Verschweigen besteht dagegen, ohne die genannten Voraussetzungen erfüllen zu müssen, jederzeit bis zu 30 Jahre lang ein Gewährleistungsanspruch. Sinngemäß trifft dies auch bei der Regulierung eines Schadensersatzanspruches zu (§ 479).

Im § 480 wird der Gattungskauf geregelt. Danach kann der Käufer statt Wandelung, Minderung oder Schadensersatz (falls eine zugesicherte Eigenschaft fehlt) für die mangelhafte Sache eine mangelfreie Sache verlangen. Dieser Umtausch einer mangelhaften Sache ist jedoch nur möglich, wenn ein Tier nur der Gattung nach gekauft wurde.

Unter Gattung werden im BGB (Palandt 1986) alle Gegenstände verstanden, "die durch gemeinschaftliche Merkmale (Typ, Sorte, unter Umständen auch Preis) gekennzeichnet sind und sich dadurch von Gegenständen anderer Art abheben."

2.4.2. Tierschutzgesetz (TSCHG)

Das zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieser Dissertation geltende TSCHG vom 24.07.1972 ist als Grundlage einer tiergerechten Behandlung auch der Hunde anzusehen. Es beinhaltet die Voraussetzungen für die Regelung der vor- dringlichen Probleme bei der Haltung, Pflege und Unter- bringung der Tiere. Die Neufassung des TSCHG vom 18.08.1986 wird in der Diskussion berücksichtigt.

Um die Bedeutung des gültigen Tierschutzgesetzes zu er- kennen, sei ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung des Tierschutzgedankens gegeben. Eine ausführliche Beschrei- bung der historischen Entwicklung findet sich bei Ennulat/ Zoebe (1972)

Die erste Tierschutzvorschrift stammt etwa aus dem Jahre 1700 vor Christus. Es war Hammurabi, der König von Babylon, der in seinem Gesetzeswerk, dem Codex Hammurabi, Normen aufstellen ließ, "die dazu bestimmt waren, Tiere - in erster Linie Haustiere - vor Bösem zu bewahren. Dieser Schutzgedanke, dessen Weg über das alte Testament, über die "ädilischen Edikte" im römischen Reich, über das Ge- dankengut berühmter Philosophen und Moralthologen, wie Aristoteles, Plato, Augustinus, Thomas von Aquin, Descartes, Albert Schweitzer, Schopenhauer und viele mehr, bis in die Neuzeit verfolgt werden kann, hatte zur Grundlage, das Tier im Interesse des Menschen (anthropozentrischen Tierschutz) oder um seiner Selbst willen (ethischen Tierschutz) zu schützen". (Vogl 1985)

Vom ethischen Standpunkt aus betrachtet, "ist das Tier als lebendes und fühlendes Wesen ein Mitgeschöpf, dessen Achtung und Wertschätzung für den durch seinen Geist überlegenen Mensch, ein moralischen Postulat darstellt" (Lorz 1973).

Diese Grundkonzeption eines ethisch ausgerichteten Tier-schutzes wurde in § 1 des TSCHG vom 24. Juli 1972 fest-geschrieben: "Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen".

Das Gesetz dient also dem Schutz des Tieres vor Tierquä-lerei (Zufügung von Schmerzen, Leiden oder Schäden ohne vernünftigen Grund). Darüber hinaus enthält es aber auch eine andere Zielsetzung, nämlich die des umfassenden Lebensschutzes.

Der 2. Abschnitt des TSCHG betrifft die Tierhaltung:

(1) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege, sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren.

2. darf das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden.

(2) Die zuständige Behörde ist befugt, im Einzelfall Maß-nahmen anzuordnen, die zur Erfüllung der im Absatz 1 ge-nannten Anforderungen erforderlich sind.

(3) Tiere, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt sind, können von der zuständigen Behörde dem Halter fortgenommen und solange auf dessen Kosten anderweitig gepflegt werden, bis eine ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Tiere durch den Halter gewährleistet ist.

Ennulat/Zoebe (1972) bezeichnen diese Vorschrift als Kernstück des Tierschutzgesetzes. Es enthält im Sinne einer "Tierhaltergeneralklausel" die grundsätzliche Verpflichtung für Jedermann, in dessen Obhut sich ein Tier, sei es auch nur vorübergehend, befindet, dem Tier unter Berücksichtigung seiner Entwicklungs-, Anpassungs- oder Domestikationsstufe angemessene artgemäße Nahrung und Pflege zu gewähren. Dies ist nach der amtlichen Begründung dann der Fall, "wenn gestörte körperliche Funktionen, die auf zu vertretende Mängel oder Fehler in der Ernährung oder Pflege zurückgeführt werden, nach den Regeln der tierärztlichen Sorgfaltspflicht oder nach anderen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen nicht feststellbar sind". Darüber hinaus sollen bei der Unterbringung des Tieres die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse der Verhaltensforschung angemessene Berücksichtigung finden. Das ist im allgemeinen dann gegeben, wenn die angeborenen arteigenen und essentiellen Verhaltensmuster des Tieres durch die Unterbringung nicht so eingeschränkt oder verändert werden, daß dadurch Schmerzen, Leiden oder Schäden an dem Tier selbst oder durch ein so gehaltenes Tier an einem anderem Tier entstehen. Auszugehen ist deshalb davon, daß das Wohlbefinden eines Tieres im wesentlichen auf einem ungestörten, artgemäßen sowie verhaltensgerechten Ablauf der Lebensvorgänge beruht.

Schmerzen und Leiden sind danach Reaktionen des Tieres auf Einwirkung jeder Art, die zu nachhaltiger Beeinträchtigung des Wohlbefindens oder zusätzlich zu Abwehrreaktionen von seiten des Tieres führen. Eine bleibende Beeinträchtigung des Wohlbefindens eines Tieres infolge Schmerzen oder Leiden, ist als Schaden anzusehen.

Der § 3 des TSCHG bringt einen ausführlichen Verbotskatalog, den man zusammenfassend so interpretieren kann, daß "keinem Tier Leistungen durch Maßnahmen abverlangt werden dürfen, die sein Leistungsvermögen überschreiten, es sei denn, es liegt ein Notfall vor". (Köhler/H. Kraft 1984).

Den Hundehandel betreffend ist es z.B. verboten "ein gebrechliches, krankes ... Tier, für das ein Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben". Es ist weiter verboten, und dies gilt hinsichtlich der Verantwortungslosigkeit mancher Käufer, "ein im Haus ... gehaltenes Tier auszusetzen oder es zurückzulassen, um sich seiner zu entledigen".

Der 7. Abschnitt des TSCHG bezieht sich auf den gewerbsmäßigen Tierhandel. Lorz (1973) versteht unter Gewerbsmäßigkeit "bestimmte (näher bezeichnete) Tätigkeiten, wenn sie selbständig, planmäßig und fortgesetzt ausgeübt werden, sowie auf die Erzielung eines Gewinnes ausgerichtet sind. §11 lautet:

(1) Wer gewerbsmäßig mit Tieren handelt, hat dies bei Beginn der Tätigkeit der zuständigen Behörde anzuzeigen.

Dies gilt nicht für Personen, die mit landwirtschaftlichen Nutztieren aus dem eigenen Betrieb handeln, sowie für Züchter, die eingetragenen Zuchtvereinen angehören und ausschließlich im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereines Tiere halten, züchten oder handeln.

(3) Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes gewerbsmäßig

1. mit Tieren handelt, ausgenommen in den Fällen des Absatzes 1 mit Satz 2.

2. einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhält oder

3. Tiere zur Schau stellt,

hat dies innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der zuständigen Behörde anzuzeigen.

(4) Ohne Einwilligung des Erziehungsberechtigten dürfen Tiere an Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr nicht verkauft werden.

"Zweck dieser Vorschrift ist es, der Behörde einen Überblick über alle Überwachungspflichtigen Tierhandlungen und -haltungen zu geben, damit sie ihren Aufgaben gemäß § 16 Absatz 1 hinsichtlich ständiger Überwachung und Kontrolle nachkommen kann. Darüber hinaus ist eine Anzeigepflicht geeignet, den Tierhalter oder -händler anzuregen, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten."
(Ennulat/Zoebe 1972)

Der 8. Abschnitt beinhaltet in § 12 das Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot. Demnach "dürfen Wirbeltiere, an denen Schäden feststellbar sind, von denen anzunehmen ist, daß sie den Tieren durch tierschutzwidrige Handlungen zugefügt worden sind, nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder im Geltungsbereich

dieses Gesetzes gewerbsmäßig in den Verkehr gebracht oder gewerbsmäßig gehalten werden, wenn das Weiterleben der Tiere infolge der Schäden nur unter Leiden möglich ist".

Es geht hierbei also darum, zu verhindern, "daß unter Zugrundelegung der in anderen Ländern bestehenden Anschauung über Tierschutz und Tierbehandlung und damit anderer Maßstäbe des Tierschutzes Tiere, die an den Folgen tierschutzwidriger Handlungen leiden, zum Gegenstand kommerzieller Interessen werden". (Lorz 1973)

Der 9. Abschnitt "Ermächtigungen, Mitwirkung von Zolldienststellen" befugt in § 13 den Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten mit Zustimmung des Bundesrates bzw. im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr, Rechtsverordnung zu erlassen, deren Inhalt die Haltung, Pflege und Unterbringung, sowie die Beförderung betreffen.

In § 14 wird die Überwachung des § 12 TSCHG (Verbringungsverbot) geregelt. Dafür bestimmt ist der Bundesfinanzminister, der die notwendigen Rechtsverordnungen dazu erlassen kann, und die von ihm bestimmten Zolldienststellen.

Diese beiden Paragraphen dienen also insgesamt gesehen dem Zweck, das Tierschutzrecht in der notwendigen Weise zu vervollständigen und möglichst rasch der jeweiligen Entwicklung anzupassen.

Der 10. Abschnitt bestimmt in den §§ 15 und 16 die "Durchführung des Gesetzes".

Nach § 15 obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden die Durchführung des Gesetzes und der entsprechenden Rechtsverordnungen. Dabei soll der beamtete Tierarzt als Sachverständiger beteiligt werden.

§ 16 beinhaltet in Absatz 1 die Aufsichtspflicht der zuständigen Behörde (im allgemeinen ist dies die Gemeinde oder das Landratsamt) über die im Gesetz genannten Tierhaltungen (z.B. Zoofachhandlungen und Versuchstiereinrichtungen) und die in den Absätzen 2 - 4 festgelegte Auskunftspflicht der Tierhalter.

Der § 16 lautet:

(1) "Einrichtungen, in denen an Versuchstieren Eingriffe oder Behandlungen durchgeführt werden, ferner Betriebe im Sinne des § 11, Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2, Nutztierhaltungen in neuzeitlichen Haltungssystemen, Zoofachhandlungen und ähnliche Einrichtungen, in denen Tiere feilgehalten werden, sowie Versuchstierhaltungen sind durch die zuständige Behörde zu beaufsichtigen.

(2) Die zuständigen Behörden können zur Durchführung der ihnen durch dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben von natürlichen und juristischen Personen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen die erforderlichen Auskünfte verlangen.

(3) Personen, die von der zuständigen Behörde beauftragt sind, dürfen im Rahmen des Absatzes 1 Grundstücke, Geschäftsräume, Wirtschaftsgebäude, Transportmittel und zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auch Wohnräume des Auskunftspflichtigen, in denen Tiere gehalten werden, betreten und, soweit es zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich ist, die geschäftlichen Unterlagen einsehen. Der Auskunftspflichtige

hat die Maßnahmen nach Satz 1 zu gestatten. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(4) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nr. 1 - 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Der 11. Abschnitt befaßt sich in den §§ 17 - 20 mit den Straf- und Bußgeldvorschriften.

§ 17 enthält drei Hauptstraftatbestände:

1. Die Tötung eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund und

2a. die Zufügung von Schmerzen oder Leiden aus Rohheit oder

2b. längeranhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden.

Geahndet werden diese Tatbestände entweder mit einer Freiheitsstrafe (bis zu 2 Jahren) oder mit einer Geldstrafe.

Im § 18 werden die Ordnungswidrigkeitstatbestände nach "vorsätzlich begehbaren (Absatz 1) und solchen, die sowohl vorsätzlich als auch fahrlässig begehrbar und ahnbar sind (Absatz 2) unterschieden" (Ennulat/Zoebe1972). Derartige Ordnungswidrigkeiten können von den Verwaltungsbehörden mit Bußgeldern bis zu 10.000 DM geahndet werden. Als Nebenstrafe bei entsprechenden Tatbeständen ist der § 19 des TSCHG anzusehen, wonach beim Vorliegen einer Straftat nach § 17 oder einer Ordnungswidrigkeit nach § 18 TSCHG die Tiere von der zuständigen Behörde eingezogen werden können.

Besteht bei einem Täter, der wegen einer nach § 17 begangenen Tat verurteilt ist, auch weiterhin die Gefahr von strafbaren Handlungen nach § 17, so kann ihm nach § 20 die Haltung von Tieren für die Dauer von einem Jahr bis zu fünf Jahren oder für immer untersagt werden. Das Gericht hat entsprechend § 20 Absatz 2 die Möglichkeit, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, das Haltungsverbot nach halbjährlicher Dauer wieder aufzuheben. Wird ein Tier trotz strafrechtlichen Verbots gehalten, so kann der Täter mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Der 12. Abschnitt (§ 21, § 22, § 23) beinhaltet "Übergangs- und Schlußvorschriften".

Zur genaueren Interpretation des Tierschutzgesetzes liegen Kommentare von Lorz (1979) und Ennulat/Zoebe (1972) vor.

2.4.3. Verordnung über das Halten von Hunden im Freien

Die Verordnung über das Halten von Hunden im Freien wurde am 6. Juni 1974 aufgrund des § 13 Absatz 1 des TSCHG verabschiedet und ist am 1. Januar 1974 in Kraft getreten. Die amtliche Begründung dazu (Drawer/Ennulat 1977) lautet: "Um Unklarheiten über die sich aus dem § 2 Absatz 1 TSCHG ergebenden Verpflichtung zu vermeiden, erscheint es geboten, im Wege einer Verordnung nach § 13 TSCHG die Voraussetzungen festzulegen, die mindestens zu erfüllen sind, wenn ein Hund im Freien gehalten wird".

Der Geltungsbereich der Verordnung wird in § 1 festgelegt. Demnach werden alle "im Freien" gehaltenen Hunde erfaßt, d.h. der in der Wohnung oder im Haus gehaltene Familienhund fällt nicht unter diese Verordnung. Ausgenommen sind ferner, Hirtenhunde während der Begleitung der Herden, Hunde, die sich in tierärztlicher Behandlung befinden und im wissenschaftlichen Versuch gehaltene Hunde.

In den §§ 2 - 6 folgen Vorschriften, die bei der Anbindehaltung (2 und 3), bei der Zwingerhaltung (4 und 5) und bei sonstigen Haltungen (6) zu beachten sind. Dabei werden Mindestanforderungen genannt, die an Schutzräume (Hundehütten und Hundehäuser), an die Lagerstatt, an die Baumaterialien, an den Boden, an die Einfriedung und an den sonstigen Einrichtungen eines Zwingers zu stellen sind. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß keine Verletzungsgefahren bestehen dürfen (Nägel, rohes Holz, etc.), daß das Material nicht gesundheitsschädlich ist (z.B. toxische Grundstoffe), und daß einerseits eine Wärmedämmung, ein Schutz vor Feuchtigkeit und nachteiligen Witterungseinflüssen (Sonnenbestrahlung) gegeben sein muß, andererseits aber auch eine ausreichende Be- und Entlüftung gewährleistet sein muß. Desweiteren werden Anforderungen, die die Hygiene betreffen, genannt: So muß der Auslauf oder Zwingerboden so beschaffen sein, daß Feuchtigkeit, gemeint ist auch der Harn, versickern oder abfließen kann. Die Räumlichkeiten, die zur Unterbringung des Hundes dienen, sollen sauber, trocken und ungezieferfrei gehalten werden. Kot soll regelmäßig entfernt werden. Futter- und Trinkwasserbehälter sind sauber zu halten und dürfen nicht aus gesundheitsschädlichen Materialien sein.

Ferner wird der für eine ausreichende Bewegung notwendige Mindestplatzbedarf für die jeweilige Haltungsform in diesem Paragraphen festgelegt.

§ 7 regelt die Überwachung, Fütterung und Tränkung der Hunde durch den Besitzer oder den mit der Wartung und Pflege des Hundes Beauftragten. Danach muß sich der Hundehalter oder sein Beauftragter mindestens 1 mal täglich von dem Wohlergehen des Hundes und der Beschaffenheit der Anlage überzeugen. Beobachtete Mängel müssen unverzüglich abgestellt werden. Angebundenen oder in Räumlichkeit gehaltenen Hunden muß außerdem täglich 60 Minuten freier Auslauf zur Erfüllung ihrer art eigenen Verhaltensbedürfnisse gewährt werden.

§ 8 enthält Verbotsvorschriften, "die von besonderem Gewicht sind und erfahrungsgemäß häufig vorkommen". (Amtl. Begründung in Drawer/Ennulat 1977)

Verboden ist deshalb, Hunde mittels Würge- oder Stachelhalsband, tragende Hündinnen vom letzten Drittel der Trächtigkeit ab, säugende Hündinnen und kranke Hunde angebunden oder in offenen, nicht überdachten Zwingern, zu halten.

§ 9 umfaßt die Ordnungswidrigkeiten: Demnach werden Verstöße, insbesondere gegen § 8 der Hundehaltungsverordnung als Ordnungswidrigkeit mit Ordnungsstrafe geahndet. Darüber hinaus können Zuwiderhandlungen nach dem TSCHG als Vergehen oder als Ordnungswidrigkeit bestraft werden.

§ 10 und § 11 enthalten Schlußvorschriften.

2.4.4. Tierschutzgerechter Transport von Hunden

Im gewerblichen Hundehandel werden Hunde häufig nach telefonisch getätigtem Kaufabschluß per Nachnahme an den Käufer geschickt. Nicht selten kommen die Hunde beim Käufer in einem erbärmlichen Gesundheitszustand an, der entweder bereits vor dem Versand besteht oder der durch eine falsche Wahl der Beförderungsart oder des -zeitpunktes, durch eine zu lange Reisedauer, durch eine nicht tiergerechte Verpackung oder Verpflegung durch den Verkäufer fahrlässig oder schuldhaft herbeigeführt wird. Die derzeitig geltenden Mindestanforderungen für den Transport von Hunden sind einmal im "Gesetz zu dem europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1968, über den Schutz von Tieren im internationalen Transport vom 12. Juli 1973" (Bundesgesetzblatt, II, Seite 721) und zum anderen im Sachverständigengutachten "Tierschutzgerechter Transport von Tieren" vom 16. September 1975 (in Drawer/Ennulat 1977) festgelegt.

Im Letztgenannten werden zunächst allgemeine Feststellungen über den Transport von Tieren getroffen. Demnach beginnt der Transport mit der Vorbereitung der Tiere für den Transport und erstreckt sich weiter auf den Verladevorgang, die Beförderung, einschließlich der dabei möglicherweise erforderlichen Zwischenaufenthalte und Umladungen, die Entladung und das Verbringen der Tiere an das Transportziel.

Unter V. Verladung, "1. organisatorische Vorbereitung von Tiertransporten" heißt es dazu:

1.1 Tiertransporte sind sorgfältig vorzubereiten, damit ihre reibungslose und zügige Durchführung gewährleistet ist.

Als Versandart sollte die schnellste Beförderungsmöglichkeit des jeweiligen Verkehrsträgers gewählt werden.

1.2 ein Versand mit Nachnahme darf vom Versender nur aufgrund nachweisbarer Bestellungen vorgenommen werden und sollte nur an solchen Tagen erfolgen, an denen im Falle einer verhinderten Ablieferung eine Rück- bzw. Weiterbeförderung ohne Verzögerung durch sonn- oder feiertagsbedingte Transporteinschränkung möglich ist. Dazu sollten sich Absender und Empfänger über Abfahrts- und Ankunftszeiten der Tiere verständigen.

Das gilt nicht, soweit die Tiere mit Frachtnachnahme versandt werden.

Im grenzüberschreitenden Verkehr sollte der Nachnahmever sand nicht zugelassen werden. Nachnahmesendungen sind vom Verkehrsträger dem Empfänger unverzüglich anzuzeigen.

Wenn die Zustellung bzw. Ablieferung der Tiere nicht möglich ist, so hat der Verkehrsträger für eine tierschutzgerechte Versorgung (§ 2 TSCHG) und - nach Rücksprache mit dem Absender - für deren schnellstmöglichen Rück- bzw. Weitertransport Sorge zu tragen.

2. "Auswahl und Vorbereitung der Tiere für den Transport".

Es dürfen nur solche Tiere verladen werden, von denen zu erwarten ist, daß sie den Anforderungen eines Transportes gewachsen sind. Die Beförderung erkrankter oder verletzter Tiere, mit offensichtlich gestörtem Allgemeinbefinden, ist nur insoweit gestattet, als es zur ordnungsgemäßen Versorgung und Betreuung der Tiere erforderlich ist und der Transport unter Beobachtung der in derartigen Fällen gebotenen Sorgfalt erfolgt ...

Im speziellen Teil des Gutachtens werden dann die tierartspezifischen Besonderheiten, die beim Transport von Hund und Katze beachtet werden müssen, beschrieben.

In Punkt 2 wird wegen der starken rasse- und altersbedingten Körpergrößenvariationen eine "transportrelevante Gruppeneinteilung" vorgenommen. Als Welpen werden "noch nicht abgesetzte Saugwelpen (bis einschließlich 8. Lebenswoche) und noch nicht ausschließlich an mehr oder weniger feste Nahrung gewöhnte Jungtiere (bis zur 12. Woche) bezeichnet, und nicht, wie vielfach üblich, alle nicht geschlechtsreifen Tiere vor der Pubertätsphase (7. - 8. Monat). Diese werden Jungtiere genannt".

Unter Punkt 3 "Vorbereitung für den Transport" heißt es unter anderem: die Tiere sind spätestens 1 bis 2 Stunden vor Beginn des Transportes durch den Absender ausreichend, aber nicht übermäßig zu füttern und zu tränken ...

Kurz vor der Geburt stehende Tiere und Saugwelpen dürfen nicht transportiert werden. Letztere allenfalls zusammen mit ihrer Mutter und unter sachkundiger Begleitung, da sonst Schäden durch Angstreaktionen des Muttertieres nicht auszuschließen sind.

Punkt 4 "Verladeweise" und Punkt 5 "Mindestflächen- und Mindestraumbedarf" schreiben vor, daß Transportbehälter

- aus ausbruchssicherem und wasserundurchlässigem Material hergestellt und ausreichend stabil sein müssen,
- über ausreichende Ventilationsöffnungen und Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Hunde verfügen müssen,

- leicht zu reinigen und zu desinfizieren sind,
- mit einem feuchtigkeitsaufsaugenden Bodenbelag versehen sein müssen,
- dem Tier einen unbeengten Stand, sowie sitzende und liegende Ruhestellung ermöglichen müssen,
- und nicht zu groß sein dürfen, um dem Tier Halt und Wärmeschutz zu bieten.

Aufgrund der starken rassebedingten Körpergrößenvariationen ist jedoch kein einheitlicher Standard für die Größe des Transportbehältnisses anzugeben. Man legt deshalb für die unter Punkt 2 genannten Kategorien eine mittlere Widerstihöhe von 20, 30, 40, 53, 70 und 85 cm fest und billigt den Tieren für unbeengtes Liegen und Abkoten zusätzlich ein Fünftel ihrer Körperlänge und für das Wenden mindestens das Dreifache ihrer Körperbreite zu (entsprechende Tabellen siehe Drawer/Ennulat 1977)

Punkt 6 "Betreuung während des Transportes".

Hunde und Katzen müssen spätestens alle 12 Stunden getränkt und spätestens alle 24 Stunden gefüttert werden. Jungtiere, die noch nicht ausschließlich an Festfutter gewöhnt sind, müssen spätestens alle 8 Stunden mit Weichfutter oder Milch oder Ähnlichem versorgt werden. Fütterungsanweisungen sind außen am Behälter zu befestigen. Für die Mitgabe einer ausreichenden, der Dauer des Transportes reichlich angemessenen Menge von haltbarem Fertigfutter im Transportbehälter hat der Absender ebenso Sorge zu tragen, wie für die unter Ziffer 3 beschriebene ordnungsgemäße Versorgung vor dem Transport. Die Tiere dürfen während des Transportes keinen extremen Temperaturschwankungen oder sonstigen widrigen Umwelt- oder Witterungseinflüssen

direkt ausgesetzt werden; auf die entsprechende Belüftung oder Erwärmung bzw. Klimatisierung der Laderäume ist somit zu achten. Beförderung und Aufbewahrung von Hunden und Katzen in geschlossenen, unbelüfteten, der Sonneneinwirkung ungeschützt ausgesetzten Kraftfahrzeugen, ist unzulässig.

Die eben genannten Punkte sind sinngemäß auch im "Gesetz zum europäischen Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport" enthalten.

2.4.5. Kaufverträge und allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

Gegenstand von gerichtlichen Auseinandersetzungen im Hundehandel ist häufig neben der Feststellung der Erheblichkeit und Verborgenheit von Mängeln zur Zeit der Übergabe, die Rechtmäßigkeit von Kaufverträgen bzw. der darin festgelegten Bestimmungen. In der Regel wird der Kauf eines Hundes in Form eines mündlichen oder schriftlichen Kaufvertrages festgehalten. Bei schriftlichen Kaufverträgen gelten nur die im Vertragsformular bezeichneten Vereinbarungen. Mündliche Nebenabsprachen haben dann, sofern sie nicht schriftlich in den Vertrag aufgenommen werden, keine Gültigkeit. Das Vertragsrecht, das die gesetzlichen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien regelt, ist im BGB festgehalten. Dort wird Vertrag definiert, als "eine von zwei oder mehr Personen erklärte Willensübereinstimmung über die Herbeiführung eines bestimmten rechtlichen Erfolges". (Palandt 1986)

Wie eine solche Willenserklärung auszulegen ist, wird im § 133 BGB geschildert. "Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an den buchstäblichen Sinne des Ausdruckes zu haften".

Die Art der speziellen Auslegung von Verträgen ist im § 157 BGB beschrieben. Demnach "sind Verträge so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern".

Um einseitige und zum Teil rechtswidrige Vertragsinhalte nicht nur im Hundehandel, sondern generell, entgegenzuwirken, wurde am 1. April 1977 das Gesetz zur Regelung des Rechtes der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBG) verabschiedet. Nachfolgend werden die im Hundehandel üblichen AGB, sowie die Auswirkung des AGBG dazu, kurz dargestellt.

Im § 1 AGBG werden zunächst die Allgemeinen Geschäftsbedingungen beschrieben: "Es handelt sich dabei um vorformulierte Vertragsbedingungen, die für eine Vielzahl von Verträgen gelten sollen und der anderen Vertragspartei formalarmäßig vorgegeben, also nicht im einzelnen ausgehandelt werden". (Fellmer 1981)

Um die Allgemeinen Geschäftsbedingungen in einen Vertrag wirksam einzubeziehen und um den Partner des Verwenders von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vor einer überraschenden Einbeziehung des "Kleingedruckten" zu schützen, wird in § 2 AGBG bestimmt, daß der Verwender bei Vertragsabschluß die andere Partei ausdrücklich oder durch einen deutlich sichtbaren Aushang am Ort des Vertragsabschlusses auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen hinweist, und der anderen Vertragspartei die Möglichkeit zu verschaffen

ist, in zumutbarer Weise von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Die andere Vertragspartei muß mit der Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingung einverstanden sein.

Bei unklar formulierten Bedingungen schreibt das AGBG im § 5 vor, daß "Zweifel bei der Auslegung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Lasten des Verwenders gehen". Der Verwender muß sich also an der für den Gegner günstigsten Auslegung seiner aufgestellten Geschäftsbedingungen orientieren.

Weichen Vereinbarungen sogar von der gesetzlichen Regelung ab, z.B. wenn ein Vertragspartner wider den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt wird, so sind diese Bestimmungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen entsprechend § 9 AGBG unwirksam.

In den §§ 10 und 11 werden hierzu konkret eine Anzahl von Klauseln genannt, die nicht in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten sein dürfen, z.B. Ausschluß der Haftung bei grobfahrlässigem Fehlverhalten, der Ausschluß von Mängelgewährleistung, der Ausschluß der Haftung für zugesicherte Eigenschaften und dergleichen.

3. Eigene Untersuchungen

3.1. Material

Insgesamt wurden 55 Akten aus der zivilrechtlichen und 5 Fälle aus der strafrechtlichen Rechtssprechung an Gerichten in Bad Kissingen, Deggendorf, Günzburg, Memmingen, München, Schweinfurt und Straubing untersucht und ausgewertet.

3.2. Methodik

Die zivilrechtlichen Verfahren wurden mit Hilfe eines Fragebogens (siehe Anhang) untersucht. Die Auswertung der Fragebögen erfolgte anhand von Strichlisten.

Einen Überblick über die Auswertung der zivilrechtlichen Gerichtsverfahren zeigen die Tabellen 1 - 4 im Anhang. Zur Beschreibung der einzelnen Fragestellungen werden nur bestimmte markante Fälle kurz dargestellt.

Bei den strafrechtlichen Fällen werden die Tatbestände und Urteile der Verfahren jeweils einzeln beschrieben.

3.3. Ergebnisse der zivilrechtlichen Verfahren

3.3.1. Tatbestände

Bei der Auswertung der 55 Akten ergaben sich folgende Forderungen:

Schadensersatz wegen Nichterfüllung;
Wandelung wegen verborgener und erheblicher Mängel;
Minderung wegen verborgener und erheblicher Mängel;
Herausgabe von Abstammungspapieren;
Rückzahlung von Anzahlungen.

Direkt oder indirekt waren in den zivilrechtlichen Auseinandersetzungen insgesamt 61 Hunde im Alter von 6 Wochen bis 12 Monaten Gegenstand des Rechtsstreites. Die Mehrheit der betroffenen Hunde waren Rüden. Vertreten waren alle bekannten Hunderassen, vom Dachshund über Pudel bis hin zum Bernhardiner. Den Ausgangspunkt der Streitigkeiten bildeten in 2/3 der Fälle Erkrankungen der Hunde (Abb. 1), oft verbunden mit Todesfällen, während in einem Drittel der Fälle nur über formaljuristische Probleme zu entscheiden war. Bei den Erkrankungen konnte man 2 große Gruppen erkennen:

- a) die typischen Infektionskrankheiten, wie Parvovirose, Staupe und Zwingerhusten;
- b) allgemein-medizinische Krankheitsbilder wie Gastroenteritiden, Bronchopneumonien, Ekto- und Endoparasitenbefall (Demodex, Ascariden), Kryptorchismus, Osteofibrose und Hüftgelenksdysplasie.

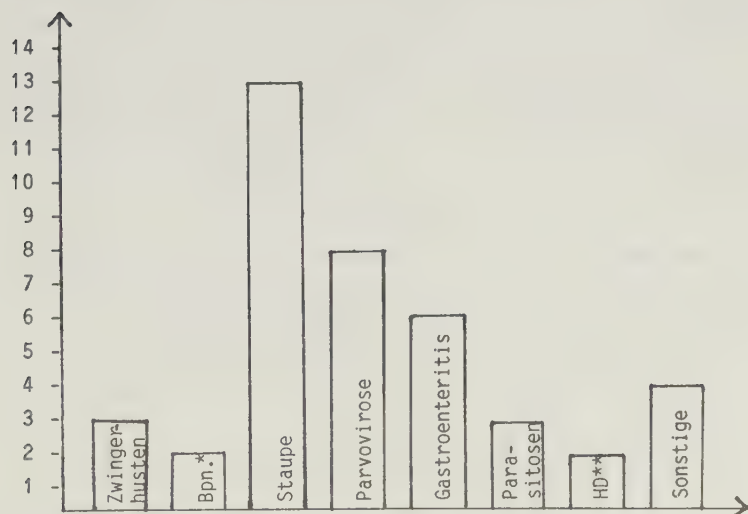


Abb. 1 Anteil der erkrankten Hunde an den verschiedenen Krankheiten

Bpn.* = Bronchopneumonie

HD** = Hüftgelenksdysplasie

Neben den genannten Diagnosen wurden bei 14 Hunden ein zum Teil mäßiger bis schlechter Ernährungs- und Pflegezustand festgestellt, insbesondere bei einer Hundehandlung, die ihre Tiere in der Regel mit der Bahn an die Käufer verschickte.

Bei den formaljuristischen Streitpunkten ging es in erster Linie um das ehrenrührige Verhalten der Verkäufer gegenüber den Käufern und nicht um das Wohlbefinden der Hunde. Dabei war auffällig, daß fehlende oder fehlerhafte Abstammungsnachweise besonders häufig Anlaß für gerichtliche Auseinandersetzungen waren. Im einzelnen stellt sich die Problematik wie folgt dar:

Fall 12, 19, 21, 24, 26	fehlende Abstammungspapiere
Fall 13	unvollständige Abstammungspapiere
Fall 15, 27, 32, 45, 54	fehlende Rassereinheit
Fall 23, 38	fehlende zugesicherte Eigenschaften
Fall 28, 47	falsche Lieferung
Fall 25	keine Lieferung
Fall 22, 44	keine Rückzahlung der Anzahlung
Fall 29	Eigentumsverletzung

3.3.2. Schicksal der Tiere

a) Tod und Leiden der Tiere

Von den 61 Hunden in den 55 zivilrechtlichen Verfahren starben 25 Hunde, das entspricht einem Prozentsatz von 41 %, während 11 Hunde oder 18 % eingeschläfert werden mußten.

Außer in zwei Fällen (Fall 38 und 47), in denen zwei Hunde infolge eines unsachgemäßen Bahntransportes zu Tode kamen (Reisezeit 21 Stunden ohne Wasser und Nahrung), ging in den übrigen Fällen dem Tod eine Erkrankung voraus.

Bei den Infektionskrankheiten, die den weitaus größten Anteil, nämlich 80 % bei den Erkrankungen der Hunde darstellen, trat nur bei 3 von 33 erkrankten Tieren eine Genesung ein; die anderen 30 starben oder wurden eingeschläfert wegen einer Infektionskrankheit.

In 5 Fällen wurde dem Käufer nach dem Tod des gekauften Hundes ein neuer Hund als Ersatz versprochen, jedoch wurde nur in Fall 41 diese Zusicherung auch eingehalten. Das besondere an diesem Fall war, daß der erste Hund an Staupe einging und der als Ersatz gelieferte Hund ebenfalls an Staupe erkrankt war. Das Schicksal dieses Hundes läßt sich jedoch aus den Gerichtsakten nicht weiterverfolgen, da es in dem Prozeß nicht um die Erkrankung des Hundes ging, sondern um die versprochene Zusendung der Ahnentafel.

Die Mehrzahl der Tiere waren im Durchschnitt 15 Tage krank, gerechnet vom Tage an, an dem Anzeichen einer Erkrankung erkannt wurden, bis zu dem Tag, an dem die Tiere verendeten oder eingeschläfert wurden. Die Krankheitsdauer war jedoch, wie die folgenden Beispiele zeigen, bei einigen Tieren erheblich länger.

Fall 6: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Ein 6 Wochen alter deutscher Schäferhundrüde war 198 Tage lang wegen einer Osteodystrophia fibrosa, die 7 Wochen nach der Übernahme diagnostiziert wurde, in tierärztlicher Behandlung. Nach Meinung des Gutachters handelte es sich hierbei um eine angeborene Regulationsstörung. Der Mangel war somit bereits zum Zeitpunkt des Kaufes vorhanden.

Urteil: Wandlung.

Bis zur Entscheidung des Gerichtes mußte das Tier 198 Tage lang Schmerzen ertragen. Das weitere Schicksal nach der Rückgabe an den Händler konnte anhand der Akten nicht mehr weiterverfolgt werden.

Fall 7: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Hier wurde ein 4 Monate alter Cockerspanielerüde gekauft, bei dem 11 Tage nach dem Kauf bei einer tierärztlichen Untersuchung eine Hüftgelenksdysplasie diagnostiziert wurde. Der Hund wurde schließlich nach 173 Tagen wegen dieser Erkrankung, die laut Sachverständigem auf fehlerhafte Erbanlagen zurückzuführen ist, eingeschläfert.

Entscheidung des Gerichts: Abweisung der Klage.

Das Verfahren wurde somit erst nach 557 Tagen abgeschlossen. Begründet wurde der Gerichtsbeschluß damit, daß für den Hundehändler eine Hüftgelenksdysplasie nach Meinung des Gutachters zum Zeitpunkt des Verkaufes nicht in jedem Fall erkennbar war.

Fall 18: Schadensersatz wegen positiver Vertragsverletzung

Die 8 Monate alte Bobtailhündin hatte Demodikose. Dieser Mangel wurde bereits einen Tag nach dem Kauf entdeckt, entschieden wurde darüber aber erst nach 934 Tagen.

Während dieser Zeit wurde die Hündin vom Käufer gepflegt.

Urteil: Vergleich

Fall 40: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Bereits 3 Tage nach dem Kauf zeigte der 8 Wochen alte Bernhardiner-Rüde erste Anzeichen einer Erkrankung. Neben einem äußerst schlechten Ernährungszustand und apathischem Verhalten wurde eine hämorrhagische Enteritis, Bronchitis, Conjunktivitis und Rhinitis festgestellt. Der Hund wurde zwar nach einer längeren tierärztlichen Behandlung (Dauer nicht bekannt) wieder gesund, doch blieb er weiterhin sehr anfällig gegenüber Krankheiten.

Urteil: Minderung

Das Urteil wurde hier nach 135 Tagen verkündet.

b) Rückgabe der Hunde an den Verkäufer aufgrund von Gerichtsbeschuß

Neben dem bereits erwähnten Fall 6 wurden in den folgenden Fällen die gekauften Hunde wieder an den Verkäufer zurückgegeben.

Fall 20: Schadensersatz

In diesem Fall fand der Hundeverkauf zwischen zwei Händlern statt. Der männliche Welpen des 8 Wochen alten Pinscherpärchens mußte bereits 5 Tage nach der Lieferung wegen einer Gastroenteritis, verbunden mit einer Pneumonie, eingeschläfert werden, während das Weibchen nach 11 Tagen an den anderen Händler wegen folgender klinischer Erscheinungen zurückgegeben wurde: beidseitiger Leistenbruch, Tracheitis, Conjunktivitis und Diarrhoe. Das Schicksal dieses Tieres konnte ebenfalls nicht weiter verfolgt werden.

Urteil: Wandelung

Fall 44: Forderung

(Rasse, Alter und Geschlecht des Hundes wurden nicht in den Akten erwähnt)

Hier war der Käufer mit einzelnen Teilen der Geschäftsbedingungen nicht einverstanden. Der Käufer schickte deshalb den Hund innerhalb der im Vertrag vorgeschriebenen Zeit wieder an den Verkäufer zurück. Daraufhin verlangte der Käufer seine bereits getätigte Anzahlung wieder zurück. Das Gericht erkannte das Klagebegehren an.

Urteil: Rückzahlung

Fall 45: Schadensersatz

Der Pudel (Alter und Geschlecht unbekannt) hatte aufgrund fehlender Locken Mängel im Aussehen und war zudem kein Kleinpudel, wie der Käufer bestellt hatte.

Urteil: Wandelung wegen fehlender zugesicherter Eigenschaften.

Fall 54: Wandelung

Der Käufer bekam beim Kaufabschluß die Zusicherung, daß es sich bei dem gekauften Hund (Alter und Geschlecht unbekannt) um einen Zwergpudel (Widerristhöhe bis 35 cm) handeln soll. Nach Abschluß des Wachstums stellte sich jedoch aufgrund eines Gutachtens heraus, daß der Hund als Kleinpudel einzustufen sei, da sein Stockmaß größer als 35 cm war.

Urteil: Wandelung

c) Der Käufer behält den Hund trotz Mängel

In folgenden Fällen sahen die Besitzer davon ab, den Verkäufern die Hunde trotz eines erheblichen Mangels zurückzugeben.

Fall 10: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Bei dem 7 Wochen alten Irish-Setter-Rüden wurde vom Tierarzt eine beidseitige Hodenretention diagnostiziert. Nach Meinung des Gutachters ist dies als ein erheblicher Mangel anzusehen, da bei Kryptorchiden die Gefahr von Hautveränderungen (Verdickungen, Hyperpigmentierung), von Tumorentwicklung und von hormonellen Störungen besteht. Zudem ist der Hund aufgrund dieses Mangels nicht zur Zucht geeignet, falls ein solcher Gebrauch vorgesehen war.

Entscheidung des Gerichts: Minderung des Kaufpreises um 50 %.

Fall 12: Forderung wegen Fehlens zugesicherter Eigenschaft

Der gekaufte Whippetrüde (Alter unbekannt) war sowohl genotypisch wie phänotypisch nicht reinrassig.

Urteil: Minderung des Kaufpreises von 600 DM auf 500 DM wegen fehlender zugesicherter Eigenschaften.

Fall 13: Forderung wegen fehlender Rassereinheit

Der 9 Wochen alte Bobtail (Geschlecht unbekannt) wurde mit Haar- und Farbmängeln geliefert. Zudem fehlte sein Stammbaum.

Urteil: Minderung.

Fall 18: Schadensersatz und Minderung

Die 8 Monate alte Bobtailhündin hatte sich vor dem Verkauf mit Demodexmilben infiziert. Die Krankheit brach aber erst beim Käufer aus, wahrscheinlich aufgrund des Stresses, der für den Hund durch den Wechsel der Umgebung

und der Lebensgewohnheiten hervorgerufen wurde. Der Besitzer behielt den Hund trotz dieses erheblichen Mangels.

Ergebnis des Verfahrens: Vergleich hinsichtlich der tierärztlichen Behandlungskosten.

Fall 40: Forderung wegen mangelhaften Hundes
Der 8 Wochen alte Bernhardinerrüde magerte infolge einer hochgradigen Enteritis und Bronchitis stark ab. Trotz Genesung blieb der Hund sehr krankheitsanfällig, wurde aber trotzdem vom Besitzer behalten.

Urteil: Minderung

Fall 48: Schadensersatz und Herausgabe der Abstammungspapiere
Der 10 Wochen alte "Irish-Setter" (Geschlecht unbekannt) zeigte kurz nach der Übergabe erste Symptome einer Zwingerhusten-Infektion. Eine längere tierärztliche Behandlung (Dauer nicht bekannt) war deshalb notwendig. Desweiteren waren dem Käufer trotz Selbstabholung nicht die Abstammungspapiere übergeben worden.

Urteil: Minderung des Kaufpreises.

3.3.3. Verträge und Zusicherungen

Vertragsabschlüsse zwischen Käufer und Verkäufer wurden sowohl mündlich wie schriftlich vollzogen. Mündlich heißt bei diesen Untersuchungen, einen Fall ausgenommen, daß die Hunde per Telefon bestellt wurden. In nur 3 von 21 Fällen wurden die telefonisch verabredeten Vertragsbedingungen auch schriftlich festgehalten. In den übrigen Fällen hatten die Käufer keine gesicherten Beweise für die Zusagen, die ihnen der Verkäufer am Telefon gab. So wurde unter

anderem 23 mal behauptet, daß das Tier gesund sei, trotzdem starben 13 Hunde innerhalb kürzester Zeit nach der Übergabe. Weitere 15 mal bekam der Käufer die Zusage, daß der gelieferte Hund reinrassig sei, doch fehlten als Beweis dafür die Abstammungspapiere, die entgegen den mündlichen Vereinbarungen nicht zugesandt wurden. Auch die Anpreisung, daß die Hunde aus eigener Zucht seien, stellte sich in zwei Verfahren als unrichtig heraus. In zwei Fällen (Fall 28 und 47) wurden nicht die versprochenen Hunde geliefert (falsches Alter, falsches Geschlecht); in weiteren zwei Fällen (Fall 22 und 32) sollten die Ohren der Hunde kupiert sein, was ebenfalls nicht, wie telefonisch zugesichert, eingehalten wurde.

In den 29 Verfahren, in denen der Kauf des Tieres schriftlich festgehalten wurde, verwendeten die Verkäufer in 13 Fällen Rechnungsvordrucke, welchen einfach das Wort "Kaufvertrag" handschriftlich beigelegt wurde. In diesen Kaufverträgen war die Gewährleistung einer Haftung für verborgene Fehler oder Erkrankung nicht aufgeführt oder ausgeschlossen. Auch hier kann man zusammenfassend sagen, daß die im Vertrag festgeschriebenen Zusicherungen von seiten der Verkäufer in den wenigsten Fällen eingehalten wurden.

So lieferte ein Verkäufer in einem Fall einen Kleinpudel, obwohl er einen Zwergpudel versprochen hatte. In einem weiteren Fall versicherte dieser dem Käufer, daß es sich um einen reinrassigen und ausstellungsreifen Hund handle, obgleich der Sachverständige später feststellte, daß der Hund in seinem Phänotypus nicht dem Standard entsprach und zudem in der Ahnentafel die Urgroßeltern und Großeltern mütterlicherseits nicht belegt waren. Desweiteren wurde fast immer in den Verträgen zugesichert, daß der Hund gesund und geimpft sei. Bei genaueren Untersuchungen wurde allerdings folgendes festgestellt:

In den vorliegenden 55 Fällen war aus den Akten zu ersehen, daß bei insgesamt 27 Hunden eine Schutzimpfung durchgeführt wurde. In zwei Fällen (Fall 3 und 52) waren die Hunde sowohl passiv wie auch aktiv schutzgeimpft, während 13 Hunde nur einen aktiven und 7 Hunde nur einen passiven Impfschutz erhielten. In 5 Fällen (37, 40, 41, 45, 48) war in den Akten zwar eine Schutzimpfung vermerkt, jedoch war die Art der Impfung bzw. der Name eines Impfstoffes nicht erwähnt. Es lag auch keine Impfbescheinigung vor.

Die Altersverteilung bei den aktiv geimpften Tieren stellt sich wie folgt dar:

4 Hunde im Alter von 8 - 9 Wochen (Fall 8, 9, 10, 30)

3 Hunde im Alter von 10 - 11 Wochen (Fall 5, 11, 17)

4 Hunde im Alter von 12 - 13 Wochen (Fall 35, 55)

In 2 Fällen (Fall 24, 54) fehlt eine Altersangabe.

Von diesen 13 Hunden starben 7 an den Folgen von Infektionskrankheiten, gegen die die Hunde schutzgeimpft waren; 3 Hunde mußten deswegen eingeschläfert werden. Nur 3 Hunde von den insgesamt 13 aktiv immunisierten, leben noch. Keiner dieser Hunde litt an einer Krankheit außer einem, bei welchem der Hodenabstieg nicht stattfand. Bei den beiden anderen Hunden (Fall 24 und 54) handelte es sich vielmehr um formaljuristische Angelegenheiten wie fehlende Abstammungspapiere und fehlende Rassereinheit.

Die 7 passiv geimpften Hunde zeigten folgende Altersverteilung:

1 Hund	7 Wochen	(Fall 53)
3 Hunde	8 - 9 Wochen	(Fall 49, 50, 16)
2 Hunde	10 - 11 Wochen	(Fall 2)
1 Hund	12 Wochen	(Fall 51)

Davon starben 4 Tiere an einer Infektionskrankheit, obwohl sie gegen diese Krankheit geimpft worden waren, 2 mußten deswegen eingeschläfert werden, während bei einem Hund eine Darminvagination als Todesursache genannt wurde, die man jedoch als Folge der Parvoviroseinfektion, an der der Hund litt, deuten kann, so daß hier ebenfalls die Infektion Todesursache gewesen sein dürfte.

Bei den 5 unbekannten Impfungen waren 2 Hunde 8 Wochen, 1 Hund 10 Wochen und ein weiterer 12 Wochen alt. Im Fall 45 war das Alter aus den Akten nicht ersichtlich. Von diesen starben 2 Hunde an einer Staupeinfektion (Fall 37, 41), ein Hund wurde wegen fehlender Rassereinheit wieder an den Käufer zurückgegeben (Fall 45) und in 2 Fällen, in denen die Hunde an einer Gastroenteritis bzw. an einer Mischinfektion, die den sogenannten Zwingerhusten auslöst, erkrankt waren, trat eine Genesung ein (Fall 40, 48). Auch die 2 Hunde, die sowohl aktiv wie passiv schutzgeimpft waren, starben an einer Parvoviroseinfektion (Fall 3, 52), da sie gegen diese Krankheit keinen Impfschutz hatten.

Vergleicht man nun die Infektionskrankheiten, bei denen durch eine entsprechende Immunisierung ein ausreichender Schutz vor einer Erkrankung erzeugt werden kann mit ihren Folgen (in den meisten Fällen Tod oder Euthanasie) und mit dem Zeitpunkt und der Art der Schutzimpfung, so ergibt sich folgendes Bild (vergleiche Tabelle 5):

Tabelle 5: Vergleich von Art und Zeitpunkt der Impfung mit dem Zeitpunkt der Erkrankung (Tod)

Fallnummer	Anzahl und Alter der Hunde	Erkrankung	Todesursache	Euthanasie	passive Immunisierung	aktive Immunisierung	Zeitraum zwischen Impfung und Krankheitsausbruch (Tod)	Zeitraum zwischen Impftag und Kauf
2	2 Hunde 10 Wochen	Parvovirose	Parvovirose		Enduracell		16 (20) Tage	15 Tage
3	8 Wochen	Parvovirose	Parvovirose		Stagloban	MHL Candiflu	24 (27) Tage	20 Tage
50	8 Wochen	Parvovirose	Parvovirose		Stagloban		1 (16) Tage	1 Tag
52	12 Wochen	Parvovirose	Parvovirose		Feliserin	SHL	0 (11) Tage	2 Tage nach Kauf
53	7 Wochen	Parvovirose	Darminvagination		Stagloban		1 (11) Tage	0 Tage
11	10 Wochen	Staupe	Staupe			3-fach	1 (3) Tage	1 Tag
16	9 Wochen	Staupe	Staupe		gegen Staupe		10 (41) Tage	9 Tage
35	3 Hunde 3 Wochen	Staupe	Staupe			SHL	Ausbruch der Krankheit unbekannt; Tod nach 36 Tagen	4 Tage
51	12 Wochen	Staupe		Staupe	Stagloban		4 (10 Tage)	2 Tage
55	12 Wochen	Staupe		Staupe		Candur	4 (10 Tage)	5 Tage nach Kauf
8	8 Wochen	Zwingerhusten	Zwingerhusten	Zwingerhusten		SHL	18 (25 Tage)	16 Tage
17	10 Wochen	Zwingerhusten	Zwingerhusten			SHL	7 (14 Tage)	7 Tage

1. Zwischen Impftag und Tag des Kaufes bzw. der Lieferung des Hundes liegen bei der aktiven Immunisierung im Durchschnitt 9,6 Tage mit einer Streuung zwischen 1 und 20 Tagen, bei den passiven Impfungen durchschnittlich 5,4 Tage, wobei hier der kleinste Abstand 0 und der größte 15 Tage beträgt.
2. Trotz passiver Immunisierung brachen entsprechende Infektionskrankheiten in den vorliegenden Fällen durchschnittlich 6 Tage nach der Impfung aus, während bei den aktiven Impfungen die Hunde bereits schon nach 3 Tagen erkrankten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß trotz Immunisierung, sei sie aktiv oder passiv erfolgt, 21 von 27 geimpften Tieren infolge einer Infektionskrankheit, bei denen durch eine entsprechende Schutzimpfung eine ausreichende Prophylaxe gegeben ist, zu Tode gekommen sind. Nur 6 Tiere überlebten.

3.3.4. Das Verfahren

a) der Tierarzt als Sachverständiger

In den untersuchten zivilrechtlichen Streitigkeiten wurden in 24 Fällen insgesamt 27 Gutachten vom Gericht angeordnet. Davon wurden 19 schriftlich und 8 mündlich erstellt. Als Sachverständige traten in den meisten Fällen Universitätsprofessoren auf, nur in Einzelfällen wurden praktische Tierärzte oder Amtstierärzte beauftragt. In 3 Fällen wurde jeweils ein Zweitgutachten angefordert, wobei in einem Fall (9) dieses von dem gleichen Gutachter, jeweils einmal mündlich und schriftlich erstellt wurde, während in

den beiden anderen Fällen (3, 18) verschiedene Personen eine gutachterliche Stellungnahme sowohl in mündlicher wie in schriftlicher Form abgaben. Das Ergebnis der Zweitgutachten entsprach jedoch in allen 3 Fällen dem des Erstgutachtens.

In den 5 Berufungsverfahren (Fall 3, 13, 16, 39, 52) folgte das Gericht 3 mal der gutachterlichen Meinung aus der ersten Instanz (Fall 3, 16, 52).

In den Fällen 13 und 51 wurden die Berufungen zurückgenommen.

In 10 Verfahren (Fall 1, 2, 12 - 15, 28, 42, 50, 52) wurde zur Urteilsfindung nur das Sachverständigengutachten (7 mal schriftlich, 3 mal mündlich) herangezogen. 9 mal entsprach das Ergebnis des Urteils dem Tenor des Gutachtens, in einem Streitfall war dies aus den Unterlagen nicht ersichtlich (Fall 50).

In 14 zivilrechtlichen Streitfällen waren neben dem Gutachten, - in 3 Fällen wurden je zwei Gutachten erstellt - in den Akten noch weitere Schriftstücke, die von Tierärzten erstellt waren, zu finden. Dabei handelte es sich in 10 Fällen (3, 6, 8, 9, 16, 17, 18, 53, 54, 55) um tierärztliche Bescheinigungen, in jeweils 2 Fällen (11, 51) um Niederschriften bzw. um beides (Fall 7, 10).

In 11 von 14 Verfahren folgten die Richter der tierärztlichen Meinung, in einem war dies nicht zu erkennen (Fall 53). Nur in 2 Fällen teilte das Gericht nicht die Auffassung der Sachverständigen.

Diese waren im Fall 17 der Meinung, daß eine Infektion schon zum Zeitpunkt des Verkaufes bestand und dafür auch erkennbare Anzeichen vorlagen. Den Aussagen von Zeugen folgend, die behaupteten, daß das Tier zum Zeitpunkt des

Verkaufes keine Symptome einer Erkrankung zeigte, kamen die Richter allerdings zu dem Beschluß, daß die Krankheit zum Zeitpunkt der Übergabe für den Verkäufer nicht erkennbar war. Der Tatbestand der arglistigen Täuschung wurde deshalb verworfen und folglich die Klage auf Schadensersatz abgewiesen.

Im 2. Fall (Nr. 11) wurde die Klage auf Schadensersatz ebenfalls abgewiesen. In der Begründung wurde dargelegt, daß die Erkrankung Parvovirose von der tiermedizinischen Wissenschaft zum Zeitpunkt des Verkaufes noch nicht praxisnah nachgewiesen werden konnte. Folglich war die Krankheit für den Beklagten mangels hinreichender Erfahrung über die Krankheitssymptomatik nicht erkennbar. Außerdem zeigte der Hund nach Auffassung des Gerichtes zum Zeitpunkt der Übergabe keine Anzeichen einer Erkrankung. Jedoch gerade dies widersprach den Feststellungen des Sachverständigen.

Ob nun das Gericht für die Urteilsfindung Bescheinigungen und Niederschriften heranzog, konnte im einzelnen nicht ermittelt werden. In der Regel war das Gutachten von entscheidender Bedeutung. So folgten in 24 zivilrechtlichen Verfahren, in denen insgesamt 27 Gutachten erstellt wurden, 23 mal die Richter der Meinung des Sachverständigen. Rechnet man noch die 3 Berufungsverfahren (Fall 3, 16, 52) hinzu, in denen die Ergebnisse der Gutachten aus der ersten Instanz berücksichtigt wurden, so ergibt dies einen Prozentsatz von 96 %. Nur in den beiden geschilderten Fällen 11 und 17 teilte das Gericht nicht die Meinung der Gutachter, während in den Fällen 50 und 53 dies aus den Akten nicht ersichtlich war.

In den 11 Verfahren, in denen tierärztliche Stellungnahmen nur in Form von Attesten in den Akten zu finden waren, war einerseits die Sachlage selbst für den tiermedizinischen Laien so eindeutig, daß die zusätzliche Berufung eines Sachverständigen dem Gericht nicht notwendig erschien, andererseits waren die Tatbestände nur formaljuristischer Art, wie z.B. die Herausgabe von Abstammungspapieren oder dergleichen, so daß Äußerungen von tierärztlicher Seite nicht notwendig waren.

Neben den bereits erwähnten Formen der tierärztlichen Stellungnahme war in den Fällen (1, 2, 3, 9, 11, 17, 20, 30, 31, 33, 39, 49, 50, 52, 53), in denen eine Sektion der Tiere durchgeführt wurde, oft auch deren Ergebnis für die Entscheidung des Gerichtes wichtig. Insgesamt wurde bei 15 von 25 eingegangenen Hunden eine Sektion vorgenommen. Von 11 eingeschläferten Hunden wurden nur 2 seziert. Zusammenfassend wurde also nur bei 47 % der Tiere, die zu Tode kamen, eine Sektion durchgeführt. In 9 Fällen konnte der Sachverständige Sektionsbefunde bzw. Sektionsergebnisse, die in allen Fällen von amtlichen Stellen (Veterinäruntersuchungsämtern) ermittelt wurden, für die Erstellung des Gutachtens heranziehen.

In 4 gerichtlichen Auseinandersetzungen (Fall 30, 31, 33, 49) kam das Gericht allein aufgrund des Sektionsergebnisses zu einem Beschluß. In einem Prozeß (Fall 11) konnte seitens der Pathologen keine gesicherte Aussage über Todesursache gemacht werden.

Eine Besonderheit stellt sich in Fall 17 dar, bei welchem die Pathologen zu einem anderen Ergebnis wie die Gutachter kamen, was jedoch letztlich für die Entscheidung des Gerichtes, wie bereits vorne beschrieben, unerheblich war.

b) Ergebnisse der Verfahren

Die 55 zivilrechtlichen Streitigkeiten hatten, wie die Auflistung zeigt, folgenden Ausgang:

In 9 Fällen entschied das Gericht auf Wandelung	(16 %)
In 7 Fällen lautete das Urteil auf Minderung	(13 %)
In 21 Fällen mußte Schadensersatz gezahlt werden	(38 %)
In 3 Fällen wurde ein Vergleich erzielt	(5 %)
In 6 Fällen nahm der Kläger seine Klage zurück	(11 %)
In 7 Fällen wurde die Klage abgewiesen	(13 %)
In 1 Fall wurde der Verkäufer zur Herausgabe des Stammbaumes verpflichtet	(2 %)
In 1 Fall lautete das Urteil auf Rückzahlung der Anzahlung	(2 %)

Diese Übersicht zeigt jedoch nicht die Hintergründe auf, die insbesondere zu einer Rücknahme bzw. Ablehnung der Klage führten. Die Ursachen dafür und die Tatbestände, bei denen ein Vergleich angenommen wurde, werden im folgenden näher beschrieben:

Abweisung der Klage

Fall 2: Schadensersatz wegen Nichterfüllung

Hier konnte der Gutachter nicht zweifelsfrei den Zeitpunkt der Infektion festlegen. Vielmehr ließ er offen, ob sich die beiden 10 Wochen alten Yorkshire-Rüden nun beim Kläger, beim Beklagten oder auf dem Bahntransport mit Parvovirose-erregern infizierten.

Entscheidung des Gerichts: Die Klage auf Schadensersatz wurde abgewiesen.

Begründung: Der Kläger konnte seine Behauptung, daß die Tiere bereits vor der Übergabe erkrankt gewesen seien, nicht beweisen.

Fall 7: Forderung wegen mangelhaften Hundes

(4 Monate alter Cocker-Spaniel-Rüde)

Das Gericht folgte der Meinung des Sachverständigen, daß die vorliegende Erkrankung der Hüftgelenksdysplasie für den Beklagten zum Zeitpunkt des Verkaufes nicht erkennbar war. Außerdem hatte der Verkäufer seine Haftung im Kaufvertrag nach Ansicht des Gerichts wirksam ausgeschlossen.

Entscheidung des Gerichts: Klageabweisung.

Fall 11: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Hier starb der 10 Wochen alte Shih-Tzu-Rüde 2 Tage nach der Übernahme. Laut Gutachter war das Tier bereits zum Zeitpunkt der Übergabe an Parvovirose erkrankt, jedoch konnte diese Diagnose von den Pathologen nicht bestätigt werden.

Entscheidung des Gerichts: Klageabweisung

Begründung: a) der Kläger konnte den Nachweis nicht erbringen, daß beim Abschluß des Kaufvertrages die Eigenschaft "Gesundheit" zugesichert wurde.

b) Zeugen bestätigen die Gesundheit des Hundes zur Zeit der Übergabe;

dazu kam noch rein verwaltungstechnisch, daß der Aufforderung des Gerichts zur Einzahlung der 2. Gerichtsgebührenhälfte nicht rechtzeitig Folge geleistet wurde (§ 211 Absatz 2, 212a, 213 BGB) und deshalb nach § 477 Absatz 1 BGB der Gewährleistungsanspruch verjährt war.

Fall 16: Schadensersatz wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft

Der Käufer klagte auf Schadensersatz wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft (Reinrassigkeit).

Entscheidung des Gerichts in der ersten und zweiten Instanz:
Abweisung der Klage.

Begründung: Erstinstanz wie Berufungsinstanz vertraten in ihrem Urteil die Auffassung, daß der Kläger sowohl das Fehlen der Reinrassigkeit als auch die Unterlassung einer Impfung nicht schlüssig beweisen konnte. Die 9 Wochen alte Schnauzerhündin starb trotz passiver Immunisierung an Staupe.

Fall 17: Schadensersatz

Hier vertraten die Richter entgegen den Aussagen des Gutachters die Meinung, daß die Krankheit Parvovirose, an der der 10 Wochen alte Zwergschnauzer (Geschlecht unbekannt) starb, zum Zeitpunkt der Übergabe für den Beklagten nicht erkennbar war und erst nach dem Transportstress aufgetreten war.

Entscheidung des Gerichts: Der Vorwurf der arglistigen Täuschung wurde deshalb verworfen und die Klage abgewiesen.

Rücknahme der Klage

In den Gerichtsverfahren Fall 21, 24, 26 wurde die Klage zurückgenommen, da der Beklagte die geforderten Abstammungspapiere in der Zwischenzeit dem Käufer ausgehändigt hatte. In der gerichtlichen Auseinandersetzung (Fallnummer 22) bekam der Kläger seine Anzahlung aus dem Hundekaufvertrag nach wirksamen Rücktritt von diesem von dem Verkäufer zurückerstattet. Deshalb wurde die Klage zurückgenommen.

Fall 25: Forderung

Der Verkäufer hatte den von seiten des Käufers gewünschten Dachshund nicht vorrätig. Als der Verkäufer schließlich den entsprechenden Dachshund an den Kläger liefern wollte, lehnte dieser ab und forderte gleichzeitig seine Anzahlung zurück (= Klage des Käufers). Da der Händler das bestellte Tier jedoch seiner Meinung nach nur mit einem erheblichen Verlust verkaufen konnte, stellte dieser Widerklage.

Ergebnis des Verfahrens: Rücknahme der Klage und der Widerklage.

Fall 55: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Bei der 3 Monate alten Boxerhündin wurde 9 Tage nach der Übernahme Symptome einer Staupeinfektion festgestellt. Der Hund wurde deswegen 7 Wochen lang tierärztlich behandelt und schließlich wegen infauster Prognose eingeschläfert. Der Sachverständige stellte in seinem Gutachten fest, daß der streitgegenständliche Hund bereits zum Zeitpunkt der Übernahme mit dem Staupevirus infiziert war, obwohl möglicherweise zu dieser Zeit noch keine klinischen Symptome erkennbar waren.

Angesichts der eindeutigen Aussage des Gutachters zog der Verkäufer seine Klage auf Zahlung des Kaufpreises zurück.

Vergleich

Fall 5: Forderung wegen mangelhaften Hundes

8 Tage nachdem der Käufer seinen 10 Wochen alten Yorkshire-Rüden in der Hundehandlung abgeholt hatte, starb das Tier an den Folgen eines massiven Spulwurmbefalls. Obgleich dem Käufer seitens des Verkäufers ein Ersatzhund angeboten wurde, bestand der Käufer auf Rückerstattung des Kaufpreises und Zahlung der tierärztlichen Kosten. Der Verkäufer zahlte schließlich den Kaufpreis zurück, hin-

sichtlich der Tierarztkosten einigte man sich jedoch erst nach einer gerichtlichen Auseinandersetzung.

Ergebnis des Verfahrens: Vergleich (Aufteilung der tierärztlichen Kosten).

Fall 18: Minderung und Schadensersatz

Für die an Demodikose erkrankte 8 Monate alte Bobtailhündin, die entgegen der Forderung des Verkäufers auf Rückgabe des kranken Tieres weiterhin vom Käufer gepflegt wurde, wollte der Käufer Schadensersatz und Minderung in Höhe von 2.053 DM erreichen. Die beiden Parteien einigten sich schließlich nach 2 1/2 Jahren.

Ergebnis des Verfahrens: Vergleich; der beklagte Verkäufer mußte an dem Kläger 1.000,-- DM zahlen.

Fall 19: Herausgabe des Stammbaumes

Den Forderungen des Klägers auf Herausgabe des Stammbaumes kam der Verkäufer nicht nach.

Vorschlag des Gerichtes: Vergleich; entweder Übergabe der Ahnentafel an den Käufer innerhalb einer festgesetzten Frist oder Zahlung von 200,-- DM an den Käufer. Letzteres führte der Beklagte dann durch.

Zusammenfassend betrachtet gingen in 39 Verfahren die Gerichtsentscheidungen zugunsten des Klägers aus (Wandelung, Minderung, Schadensersatz, Herausgabe). Rechnet man noch die 4 Fälle hinzu, in denen wie beschrieben, der Kläger aufgrund zwischenzeitlich erfüllter Forderungen seine Klage zurücknahm, so kann festgestellt werden, daß der Kläger in 78 % der gerichtlichen Auseinandersetzungen in seinem Begehren Recht bekam.

Auch in den 5 Streitfällen (3, 13, 16, 39, 52), in denen Berufung eingelegt wurde, kamen die Richter 3 mal zu keinem anderen Ergebnis als in der ersten Instanz - die Berufung wurde deshalb zurückgewiesen -, während in den zwei anderen Berufungsverfahren die Beteiligten von sich aus ihre Forderungen zurücknahmen.

Die Problemstellung soll im einzelnen kurz skizziert werden, wobei anzumerken ist, daß der Fall 16 bereits unter dem Punkt "Klageabweisung" erörtert wurde.

Fall 3: Schadensersatz

Der 8 Wochen alte Bobtail-Rüde starb 7 Tage nach der Lieferung an der Krankheit Parvovirose. Die Diagnose wurde vom Gutachter bestätigt. Der Verkäufer mußte sowohl den Kaufpreis zurückzahlen, als auch die Kosten für die tierärztliche Behandlung tragen. Der Verkäufer legte gegen dieses Urteil Berufung ein, mit der Begründung, daß der Käufer nicht sein Angebot auf Wandelung akzeptierte, sondern vielmehr in Eigenverantwortung den kranken Bobtail-rüden weiterbehandeln ließ. Die Berufungsrichter wiesen dies zurück.

Urteil: Der Käufer kann nach § 463 BGB Wandelung annehmen, ist dazu aber nicht verpflichtet.

Fall 13: Minderung wegen fehlender Rassereinheit

Entsprechend der Aussagen des Gutachters kam der Richter zu der Überzeugung, daß der 9 Wochen alte Bobtail (Geschlecht unbekannt) aufgrund phänotypischer (mangelhaftes Haarkleid) und genotypischer (fehlender Stammbaum) Mängel nicht als reinrassig zu bezeichnen sei. Sein Wert entspräche deshalb nicht der Höhe des gezahlten Kaufpreises.

Urteil: Minderung

Gegen das Urteil der Minderung legte der Beklagte Berufung ein, welche er allerdings kurz vor der Verhandlung wieder zurücknahm.

Fall 39: Forderung wegen positiver Vertragsverletzung
Der 8 Wochen alte Pudelpelpe (Geschlecht unbekannt)
ging nach einem Bahntransport (Dauer nicht bekannt) am
Tage der Anlieferung an Unterernährung ein.

Urteil: Schadensersatz wegen positiver Vertragsverletzung

Begründung: Der Welpel war entgegen den Versprechungen des
Verkäufers nicht gesund und zudem auch nicht aus der ei-
genen Zucht. Der Verurteilte legte gegen das Urteil Be-
rufung ein, zog diese allerdings wieder zurück.

Fall 52: Forderung wegen mangelhaften Hundes

Die 3 Monate alte Zwergschnauzerhündin war an Parvovirose
erkrankt, bis sie schließlich 13 Tage nach der Übernahme
verendete. Die Erkrankung war, so der Tenor des Gutach-
tens, bereits zum Zeitpunkt der Übergabe vorhanden und
auch erkennbar.

Urteil: Schadensersatz für das gestorbene Tier und für
die tierärztlichen Kosten. Letztere mußte der Verurteilte
allerdings nicht im Gesamten begleichen, da der Kläger
den Hund trotz einer infausten Prognose, die durch eine
eindeutige Diagnose nach einer Kotuntersuchung gegeben war,
weiterbehandeln ließ. Das Gericht war deshalb der Meinung,
daß der Kläger gegen seine Pflicht zur Minderung des
Schadens verstoßen hatte (§ 254 Absatz 2 BGB). Der Ver-
urteilte legte Berufung ein, mit der Begründung, daß zu
keinem Zeitpunkt Mangelfreiheit zugesichert worden war.
Die Berufung wurde zurückgewiesen, ebenso wie die Anschluß-
berufung des Klägers, der den vollen Ersatz der Tierarzt-
kosten forderte. Die Berufungsrichter legten dar, daß ein
Anspruch auf Erstattung der Behandlungskosten nur bis zum
Zeitpunkt der eindeutigen Diagnosestellung und der infaus-
ten Prognose besteht, die durch das Ergebnis einer Kotun-
tersuchung gegeben war.

3.4. Ergebnisse der strafrechtlichen Verfahren

Bei den untersuchten Strafsachen waren die beiden folgenden Straftaten Gegenstand der Verfahren:

- a) Vergehen, die eine Schädigung - im wesentlichen eine wirtschaftliche - von Personen (Hundekäufer) beinhalten. Das Delikt des fortgesetzten Betruges nach § 263 Absatz 1 StGB steht hier im Vordergrund, oft verbunden mit strafbaren Angriffen auf die persönliche Freiheit (Nötigung) oder die Ehre (Beleidigung).
- b) Straftaten, die zu Schäden an den Hunden selbst führen. Hierbei handelt es sich insbesondere um den Tatbestand der Tierquälerei wegen nicht tierschutzgerechten Transportes oder Haltens von Hunden

3.4.1. Fortgesetzter Betrug

Strafsache 1

Tatbestand

Ein bereits mehrfach vorbestrafter (Tierquälerei, fortgesetzte Beleidigung etc.) Hundehändler gab in einer Vielzahl von Tageszeitungen in der gesamten Bundesrepublik Inserate auf, in denen er Hunde verschiedenster Rassen zum Verkauf anbot. Die bestellten Hunde wurden per Nachnahme mit der Bundesbahn an den Käufer verschickt. Am Bestimmungsort wurden beim Eintreffen der Hunde in vielen Fällen erhebliche Krankheiten festgestellt, obwohl der Verkäufer bewußt wahrheitswidrig am Telefon den Käufern zusicherte, daß nur erstklassige und gesunde Hunde geliefert werden. Die festgestellten Mängel und Krankheiten

waren, wie bereits bei den zivilrechtlichen Verfahren beobachtet, schlechter Ernährungs- und Pflegezustand, starker Ekto- und Endoparasitenbefall, infektiöse Erkrankung der Respirations- und Digestionsorgane, Parvovirose, Staupe und Kokzidiose.

Die Käufer erhielten dementsprechend ein Tier, daß entweder aufgrund der genannten Mängel oder Krankheiten wertlos war oder aber nicht dem vereinbarten Kaufpreis entsprach. Dennoch schickten die Käufer die Hunde nicht, wie im Kleingedruckten des Kaufvertrages gefordert ("bei Nichtgefallen zurückgehen lassen"), an den Verkäufer zurück. Da der Vertrag also von einem Vertragspartner, dem Käufer, nicht eingehalten wurde, lehnte der Verkäufer in 13 Einzelfällen Ersatzforderungen kategorisch ab, "da den vertraglichen Bedingungen nicht entsprochen wurde".

Urteil:

10 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung. Verbot der Ausübung des Gewerbes eines Hundehändlers für die Dauer von 5 Jahren.

Begründung:

Zugunsten des angeklagten Verkäufers wurden seine äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und der Umstand gewertet, daß er in einem der 14 Fälle den Schaden wieder gutgemacht hatte. Erschwerend fielen die häufigen und immer gleichartigen (Tierquälerei, Beleidigung) Vorstrafen ins Gewicht. Neben der Häufung einer Vielzahl von Straftaten innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes von einem Jahr kam strafverschärfend der enorm hohe Schaden und die Skrupellosigkeit hinzu, mit der der Angeklagte im Interesse seines finanziellen Vorteils seine Kunden geprellt und Leben und Gesundheit der Tiere aufs Spiel gesetzt hatte.

Die Strafe wurde deshalb zur Bewährung ausgesetzt, weil das Gericht eine günstige Zukunftsprognose sah (der Händler hatte bereits 2 Bewährungszeiten durchgestanden) und zudem der Angeklagte nach Meinung des Gerichts "aufgrund des ausgesprochenen Berufsverbotes von weiteren Straftaten ferngehalten werde".

Strafsache 2

Der nun folgende Fall stellt die Weiterentwicklung des Falles 1 dar.

Tatbestand:

Trotz des gerichtlichen Berufsverbotes übte der betreffende Händler seinen "Beruf" auch weiterhin aus. Formell tritt zwar seine Ehefrau, die beim zuständigen Landratsamt das Gewerbe einer Tierhändlerin angemeldet hatte, nun als Leiterin des Hundezwingers und des Tierhandels auf, tatsächlich wurde aber das Geschäft von ihrem Ehemann weitergeführt, und zwar auch weiterhin in der bereits beschriebenen Art und Weise. Während eines kurzen Zeitraumes traf der Händler, wahrscheinlich um erneuten Ermittlungen vorzubeugen, mit einem anderen Hundeverkäufer eine Vereinbarung, wonach der Händler Kaufinteressenten, die bei ihm auf Zeitungsannoncen hin Hunde kaufen wollten, an den Hundeverkäufer weiterverwies. Je nach ausgehandeltem Preis bekam der Händler dafür Provisionen in Höhe von 30 bis 500 DM.

Urteil für den angeklagten Händler:

1 Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung; Verbot der Ausübung des Gewerbes eines Hundehändlers für die Dauer von 5 Jahren.

Urteil für dessen mitangeklagte Ehefrau:

Geldstrafe von 80 Tagessätze in Höhe von jeweils 15 DM,
2 Jahre Berufsverbot.

Urteilsbegründung:

Als strafmildernd wurden erneut die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des Ehepaares gewertet. Desweiteren wurden die Tatsachen, daß der Händler keinen Beruf erlernt hatte und daß die Frau durch keine Vorstrafen belastet war, sowie ihr nicht die volle Verantwortung zuzuschreiben war, da sie um die wirtschaftliche Sicherheit der Familie besorgt, unter dem Einfluß und Eindruck ihres Ehemannes handelte, zugunsten der Angeklagten berücksichtigt.

Entscheidend für das Strafmaß des Händlers war neben seiner fehlenden Schuldeinsicht und der fehlenden Wirkung von Geldstrafen vor allem seine Skrupellosigkeit und seine mangelnde Pflichtkenntnis. Auch Dauer und Umfang der Straftaten, sowie seine erheblichen Vorstrafen waren von Bedeutung bei der Strafzumessung.

Der Ehefrau wurde zu Last gelegt, daß sie ihren "Beruf" mißbraucht hatte, da sie dadurch die "Berufsausübung" ihres Mannes ermöglichte. Die Vollstreckung wurde trotz erheblicher Bedenken zur Bewährung ausgesetzt, "da auch gegen die Ehefrau ein Berufsverbot verhängt wurde und somit die Möglichkeit der Führung eines Hundezwingers von Familienangehörigen nicht weiter zu befürchten war". Zudem erklärte sich der angeklagte Händler bereit, einen neuen Beruf zu suchen.

Entgegen den Anträgen der Staatsanwaltschaft erachtete das Gericht den Tatbestand des fortgesetzten Betruges für beide Angeklagten als mit einer zu Verurteilung hinreichenden Sicherheit nicht erwiesen. Zweifel wurden dabei in die vorsätzliche Betrugsabsicht gesetzt, die die Staatsanwaltschaft darin gegeben sah, "daß die Angeklagten Hunde ausgeliefert hatten, die bereits zum Zeitpunkt des Versandes erkrankt waren, und daß diese kranken, teilweise unterernährten und noch zu jungen Tiere dann verendeten oder dahinkümmerten und somit bewußt von beiden Angeklagten ein Vermögensschaden herbeigeführt wurde". Das Gericht konnte zudem aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme nicht zweifelsfrei feststellen, "ob Krankheitssymptome bereits für den Angeklagten erkennbar waren, als die Hunde abgesandt worden sind. Zum anderen ist nicht einwandfrei festgestellt, ob die Hunde tatsächlich noch zu jung zum Versand waren und damit zu rechnen war, daß sie den für sie besonders anstrengenden Versand nicht oder nur sehr schwer überleben würden". (Urteil des Landgerichtes Schweinfurt am 13.10.1983).

Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, mit dem Ergebnis, daß der Händler zu 9 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung und zu 5 Jahren Berufsverbot verurteilt wurde. Begründet wurde dies mit der fehlenden Schuldeinsicht trotz der erheblichen Strafen und mit der Ausübung von Straftaten innerhalb der Bewährungsfrist. Auch wurde der Verdacht ausgesprochen, daß der Händler wahrscheinlich weiterhin versuchen werde, über seine Kinder als Strohmänner seinen Hundehandel weiterzuführen. Der Urteilsspruch gegenüber der Frau blieb dagegen weiterhin rechtskräftig.

3.4.2. Tierquälerei - unsachgemäßer Transport von Hunden

In zwei zivilrechtlichen Auseinandersetzungen (Fall 38 und 47) wurde über Schadensersatzanprüche entschieden, die durch den Tod von einem 7 Wochen alten Rottweiler-Welpen bzw. zwei 7 Wochen alten Deutschen Schäferhunden kurz nach einem Bahntransport entstanden sind. In dem Fall 38 dauerte der Transport über 20 Stunden, im Fall 47 waren den Akten keine näheren Angaben betreffend des Bahntransportes zu entnehmen. Da keine Krankheiten als Todesursache in den jeweiligen Akten genannt wurden, ist vor allem aufgrund des Alters der Hunde anzunehmen, daß deren Tod die Folge des unsachgemäßen Transportes war. In beiden Fällen hätte deshalb eine Anklage wegen Tierquälerei erhoben werden müssen.

Strafsache 3

In diesem Fall wurde ein Verkäufer wegen einer fahrlässigen Ordnungswidrigkeit nach dem TSCHG mit einer Geldbuße von 100 DM bestraft. Er hatte einen 6 - 8 Wochen alten Pudelpupen mit der Bundesbahn verschickt, ohne dabei die einschlägigen Bestimmungen zu beachten, wie sie im "Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport vom 12. Juli 1973 (BGBl II Seite 721)" und im Sachverständigengutachten "Tierschutzgerechter Transport von Tieren" vom 16. September 1975 festgelegt sind. Demnach hätte der Pudelpupen, da er noch als Saugpupen zu bezeichnen war, überhaupt nicht verschickt werden dürfen. Dies führte der Sachverständige in seinem Gutachten ebenfalls an und er kam deshalb zu dem Schluß, daß dem Saugpupen durch diesen Transport erhebliche Leiden zugefügt wurden.

Den Aussagen des Gutachters folgend verurteilte das Gericht den angeklagten Verkäufer wegen einer fahrlässigen Ordnungswidrigkeit nach § 18 Absatz 2 TSCHG zu einer Geldbuße von 100 DM.

Strafsache 4

In diesem Strafverfahren wurde sowohl gegen die Verkäuferin wie auch gegen die Käuferin wegen Tierquälerei ermittelt. Die Käuferin hatte bei dem Händler eine reinrassige 1 1/2-jährige Foxterrierhündin bestellt. Der Hund, der sitzend 54 cm hoch und liegend 62 cm lang war, wurde in einem Pappkarton mit den Ausmaßen 55 x 35 x 40 cm mit der Bahn verschickt. Bei der Käuferin kam nach 16 Stunden Bahnreise ein völlig apathischer und ängstlicher Terrierbastard an, der zudem sehr stark verlaust und unterentwickelt war. Dies wurde von einem Tierarzt bestätigt. Die Käuferin schickte deshalb die Hündin am selben Tag in dem selben Behältnis wieder an die Verkäuferin zurück. Letztere aber weigerte sich zunächst, den Hund, der mittlerweile erneut 13 Stunden Bahntransport hatte durchstehen müssen, anzunehmen.

Vor Gericht bestritt die angeklagte Verkäuferin zwar den objektiven Sachverhalt nicht, hielt aber den Vorwurf der Tierquälerei für nicht berechtigt, da sie, wie sie selbst eingeräumt hatte, angesichts der Körpermaße des Hundes einen größeren Versandkarton verwendet hätte, wenn ein solcher vorhanden gewesen wäre.

Nach Meinung des hinzugezogenen Amtstierarztes "war der Karton viel zu klein für diesen Hund, so daß dieser ständig seinen Kopf abbeugen mußte". Dem Hund sind dadurch erhebliche Leiden zugefügt worden, was auch durch dessen

erbärmlichen Zustand dokumentierbar war (Apathie, Exsikkose, Schürfwunde am Kopf).

7 Monate nach der Tat fällte das Gericht folgendes Urteil: Gegen die Käuferin wurde das Verfahren aufgrund ihrer geringen Schuld und des fehlenden öffentlichen Interesses gemäß § 153 a II StPO eingestellt mit der Auflage 200 DM an den örtlichen Tierschutzverein zu zahlen.

Die Verkäuferin wurde wegen Tierquälerei gemäß § 17 Nr. 2b TSCHG zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 DM verurteilt.

In der Begründung hieß es, daß die Händlerin aus Gewinnsucht und ohne jegliche Sorgfalt gehandelt habe. Zudem sei bei ihr auch keine Besserung zu erkennen, da sie bereits wegen ähnlicher Delikte gerichtsbekannt war.
(Fortgesetzter Betrug)

Die Verkäuferin legte gegen das Strafmaß Berufung ein und hatte mit diesem Rechtsmittel auch Erfolg. Das Urteil wurde dahingehend abgeändert, daß die Angeklagte gemäß § 17 Nr. 2b zu einer Geldstrafe von 2.400 DM verurteilt wurde. Begründet wurde dies vom Berufungsgericht damit, daß die Angeklagte noch nie wegen eines Verstoßes des TSCHG trotz ihrer langen Gewerbeausübung aufgefallen sei.

Zum anderen handelte es sich nach Meinung des Berufungsgerichtes auch deswegen nicht um einen sehr gravierenden Fall von Tierquälerei, weil das Verfahren gegen die Käuferin des Foxterriers wegen des gleichen Deliktes gegen Zahlung von einer Geldbuße von 200 DM eingestellt wurde.

3.4.3. Tierquälerei - Nicht tierschutzgerechte Haltung von Hunden

Strafsache 5

Tatbestand

Angeklagt wegen eines Vergehens nach §§ 1 und 2 Nr. 1 des TSCHG waren sowohl der Eigentümer und Händler eines Hundezwingers als auch der Pfleger, der mit der Betreuung der Hunde beauftragt war.

In einem Schuppen (18 x 5 m), der nur mit 3 Fenstern (je 90 x 80 cm) ausgestattet war, waren insgesamt 60 Holzboxen (140 x 90 x 80 cm) zum Teil 2-reihig übereinander untergebracht. Die untere Reihe war im Gegensatz zur oberen zusätzlich mit einem kleinen Auslauf kombiniert. Unmittelbar daneben diente ein altes Rundsilo aus Holz dem Händler ebenfalls als Zwinger. Auch hier hatte die untere Boxenreihe, bestehend aus 105 x 43 x 35 cm großen Holzkisten, einen im Freien liegenden Auslauf (5 m lang, 80 cm breit). Dieser Auslauf war jedoch so unterteilt, daß die äußeren Abteile keinen Zugang zum Silo hatten; deshalb waren in diesen kleine Holzhütten aufgestellt. Als Tränkebecher dienten leere Fischdosen, deren Überkanten zum Teil äußerst scharfkantig waren.

In dem Schuppen wurden anfangs 60, später sogar bis zu 85 völlig verwahrloste Hunde verschiedenster Rassen gehalten. Trotz wiederholter und eindringlicher Belehrungen seitens des Veterinäramtes sorgten weder der betreffende Händler noch die Aufsichtsperson für eine Besserung der beanstandeten Mißstände. Aufgrund der fehlenden Wasserversorgung in Verbindung mit einer äußerst heißen Witterung

kamen die Tiere schließlich in eine lebensbedrohliche Situation, so daß die zuständige Ordnungsbehörde die sofortige Entfernung der Hunde aus den Gebäuden anordnete.

Bei der Sicherstellung der Tiere und der anschließenden Unterbringung in umliegende Tierheime wurden folgende Krankheitszustände festgestellt:

Äußerst schlechter Pflege- und Ernährungszustand, Haar- ausfall (zum Teil sogar Haarlosigkeit), massivster Ekto- und Endoparasitenbefall, Hautgeschwüre, Nabelbrüche, Mammatumore, Bißwunden, Sitzschwielen, geschwürige Ent- artung der Ohrlappen durch Plastikohrmarken und zum Teil ein- oder beidseitige Erblindung. Mehrere Hunde, insbe- sondere die Welpen gingen in den Tierheimen infolge ihres äußerst schlechten Gesundheitszustandes ein oder mußten eingeschläfert werden.

Bei der Gerichtsverhandlung führte der Pfleger, der ei- gentlich von Beruf Forstoberinspektor war und somit im Umgang mit Tieren erfahren sein mußte, zu den Vorwürfen der unsachgemäßen Haltung und Betreuung seiner Hunde ge- fragt, unter anderem folgendes auf:

"Hackenwurmbefall sei in großen Zuchten normal; Flohbe- fall sei bei Hunden immer vorhanden und auch durch re- gelmäßige Tauchbäder nicht zu beseitigen; Ekzeme und Geschwüre kommen in größeren Zuchtbetrieben öfters vor; Welpen mit Nabelbrüchen gibt es bei jedem größeren Wurf."

Der als Sachverständige vom Gericht hinzugezogene Amts- tierarzt kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß

der Mindestflächenbedarf nach der "Verordnung über das Halten von Hunden im Freien" bei dieser Haltung nicht eingehalten wurde. Zudem sei das Übereinanderstapeln der Kisten nicht zulässig. Die Hunde wurden in der Haltung, Pflege - hier ist vor allem an den starken Parasitenbefall zu denken - und Unterbringung erheblich vernachlässigt und mußten folglich Schmerzen, Leiden und Schäden erfahren.

Gerichtsbeschuß:

Trotz dieser Aussagen stellte das Gericht nach knapp einem Jahr das Verfahren gemäß § 153 a StPO zugunsten des Angeklagten ein. Der als Aufsichtsperson fungierende Angeklagte bekam allerdings die Auflage 1.200 DM an den örtlichen Tierschutzverein und 800 DM an die Staatskasse zu zahlen.

4. Diskussion

4.1. Zivilrechtliche Verfahren

4.1.1. Tatbestände und Schicksal der Tiere

Die weitaus größte Zahl von gerichtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Hundehandel betreffen das Zivilrecht. In diesem ist das Tier den Sachen gleichgestellt und wird als solche auch behandelt, wie man aus den vielen Urteilen erkennen kann. Bei der Materialsuche war es wiederholt ein Problem, einschlägige den Hundehandel betreffende Prozeßunterlagen als solche zu erkennen. Rechtsfälle aus diesem Bereich werden, da es sich in der Regel um Vertragsstreitigkeiten handelt, von den Juristen unter den Rubriken "Schadensersatz, Wandelung,

Nichterfüllung, Forderung" und dergleichen geführt. Dies hat zur Folge, daß wahrscheinlich eine Vielzahl von Verfahren aus diesem Problemkreis bei den Untersuchungen im Rahmen dieser Dissertation nicht berücksichtigt wurden. Deshalb wäre es sinnvoll, alle Gerichtsverfahren, in denen es um Tiere geht, unter einer gesonderten Rubrik zu registrieren. Besser wäre noch, wenn die entsprechenden Aktenzeichen mit einem kurzen Vermerk, wie z.B. "Tier" in die Dokumentation der statistischen Landesämter eingehen würden. Eine derartige Rechtssprechungssammlung würde meines Erachtens zu einer Erleichterung bei der Rechtsprechung führen.

Der häufigste Anlaß bzw. Gegenstand zivilrechtlicher Auseinandersetzungen wären Erkrankungen von Hunden (2/3 der untersuchten Fälle), die kurz nach dem Verkauf auftraten und somit wahrscheinlich zum Zeitpunkt der Übergabe bestanden haben. Fast ausschließlich handelt es sich dabei um Infektions- bzw. Invasionskrankheiten. Die Ursache für diese schweren und oft totbringenden Erkrankungen sind in vielen Fällen in den Händlerställen zu suchen, besonders dann, wenn mangelhafte und unsachgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Hunde, Nichtbeachtung allgemein gültiger medizinischer Grundsätze und mangelhafte Sach- und Fachkenntnis vorliegt. Damit Hunde vor Krankheiten und somit vor Schmerzen und Leiden geschützt werden können, sind z.B. hinsichtlich einer sinnvollen Gesundheitsfürsorge folgende Forderungen aufzustellen:

Absonderung kranker und krankheitsverdächtiger und nicht ausreichend geimpfter Hunde in einem gesonderten Quarantäne-
raum,

regelmäßige Endo- und Ektoparasitenbekämpfung,
fach- und termingerechte Schutzimpfung der Welpen und
der Zuchthündinnen gegen Krankheiten, wie Staupe, Parvo-
virose, Hepatitis contagiosa canis, Leptospirose, Zwinger-
husten und gegebenenfalls Tollwut.

Abgabe von Welpen frühestens im Alter von 10 - 12 Wochen,
da erst dann, falls eine Schutzimpfung durchgeführt wurde,
ein ausreichender Impfschutz besteht und eine verhaltens-
gerechte Entwicklung der Welpen gewährleistet ist.

Zur Beseitigung der anderen genannten Ursachen bzw. Miß-
stände im Hundehandel sind weitere gesetzliche Maßnahmen
zu fordern. Zwar hat der Gesetzgeber in der Neufassung
des TSCHG dies versucht, indem er die Zulassung einer ge-
werbsmäßigen Zucht und Haltung von Hunden von dem Nach-
weis der Sachkunde und Zuverlässigkeit und von den Be-
dürfnissen der Tiere entsprechenden Räumen und Einrich-
tungen abhängig macht.

Inwieweit diese Maßnahmen zu einer wirkungsvollen Ein-
dämmung des "wilden Hundehandels" beitragen und Hunde
von weiteren Schmerzen, Leiden und Schäden schützen
können, wird die Zukunft zeigen.

Der zweite große Komplex, der Anlaß zu zivilrechtlichen
Auseinandersetzungen gab, sind formaljuristische Probleme,
wie unterlassene Lieferung von versprochenen Abstammungs-
papieren, Rückzahlung von Anzahlung, fehlende zugesicherte
Eigenschaften, wie z.B. Gesundheit oder Reinrassigkeit.

Für die Entstehung dieser Probleme sind meines Erachtens
zweierlei Gründe vorantwortlich:

Zunächst die Tatsache, daß Käufer in vielen Fällen spontan aus einer emotionalen Erwägung heraus einen Hund kaufen, ohne sich dabei über die Vertragsproblematik bei einem Hundekauf im klaren zu sein. So werden Verträge unterschrieben, die jegliche Haftungsverpflichtung seitens des Verkäufers ausschließen. Reinrassigkeit und Abstammungspapiere werden zugesichert, obwohl wie viele Fälle zeigen, dies nicht erfüllt werden kann, passive Immunisierung wird als Schutzimpfung bezeichnet, obgleich eine wirkliche Schutzimpfung die aktive Immunisierung beinhaltet. Hinweise auf noch durchzuführende aktive Schutzimpfungen insbesondere dann, wenn die Welpen nur passiv immunisiert wurden, werden unterlassen. Außerdem sind die Käufer beim Kauf eines Hundes aus einer emotionalen Stimmung heraus in der Regel eher geneigt, über eventuelle Fehler oder Mängel hinwegzusehen. Treten Fehler oder Mängel erst nach der Übernahme auf, so werden diese aufgrund der mangelnden Sachkenntnis oft zu spät erkannt und gerügt. Häufig wird damit so lange gewartet, bis rechtlich dann keine Ansprüche mehr geltend gemacht werden können.

Zum anderen ist es vor allem aber auch die Art und Weise, mit der einige Händler ihre in vielen Fällen mangelhaften Hunde verkaufen, die Anlaß zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung gibt. Ennulat (1976) bezeichnet in diesem Sinne "einen Großteil der gewerbsmäßigen Hundehändler als direkte Nachfahren der Rosstäuscher oder als Leute, die ihre Lehrjahre in der Gebrauchtwagenbranche absolviert haben". Zudem hat die Möglichkeit der freien Vertragsgestaltung im Hundehandel dazugeführt, daß manche Händler in eigens angefertigten Verträgen, die nicht den üblichen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, versuchen, ihre Haftung für erhebliche und verborgene Mängel und für zugesicherte Eigenschaften soweit wie möglich auszuschließen.

Oftmals werden dabei Formulierungen gewählt, deren Bedeutung unklar oder mehrdeutig ist. Zum Teil werden sogar von den gesetzlichen Regelungen abweichende Vereinbarungen getroffen, wie folgendes Zitat zeigt: " Er - gemeint ist der Käufer - verzichtet darauf, später Ansprüche geltend zu machen, die sich auf Gebäude und Wesensentwicklung des Tieres oder auf später in Erscheinung tretende oder festgestellte Krankheiten oder Mängel (erworbene wie auch erbgebundene) gründen".

Derartige rechtswidrige Vertragsinhalte sind dem Laien beim Kaufabschluß in der Regel aber nicht bewußt. Tatsache ist vielmehr, daß der Käufer nur selten beim Vertragsabschluß die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, falls solche überhaupt auf dem Vertrag zu finden sind, durchlesen. Sie setzen ihre Unterschrift unter dem augenblicklichen Eindruck des "Besitzerstolzes" und des meist "rührigen Gefühls" angesichts des Hundes unter den Kaufvertrag, ohne sich dabei bewußt zu sein, welcher rechtliche Schritt dadurch vollzogen wurde. Oft werden Abmachungen nur mündlich gegeben, häufig im Widerspruch zu den im schriftlichen Kaufvertrag festgelegten, die dann nicht mehr gültig sind.

Dies zeigt einmal mehr, daß zwar gesetzliche Möglichkeiten in Form des BGB und speziell in Form des AGBG vorhanden sind, um derartigen einseitigen und zum Teil rechtswidrigen Vertragsinhalten entgegen zu wirken, doch letztlich werden sie in praxi nicht berücksichtigt. Im Sinne eines "Verbraucherschutzes" und vor allem um des Schutzes des Lebens und des Wohlbefindens der Hunde willen, sollte beim Verkauf von Hunden nur ein spezieller, den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Kaufvertrag verwendet werden, ähnlich dem, den die eingetragenen Zuchtverbände verwenden. Mit einem solch einheitlichen Vertrag könnten

meines Erachtens die immer wiederkehrenden Probleme wie Zusicherung der Rassereinheit, Echtheit und Gültigkeit von Abstammungspapieren, Ausschluß von Gewährleistung und dergleichen sinnvoll gelöst werden.

Kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, deren Anlaß der Verkauf eines mangelhaften Hundes ist, so hat das Gericht entsprechend § 459 BGB neben der Erheblichkeit und Verborgenheit des Mangels zu prüfen, ob der Mangel zum Zeitpunkt der Übergabe vorhanden war oder nicht. Es interessiert im Falle einer Erkrankung also nur der Zeitpunkt der Infektion. Das weitere Schicksal des Tieres wird vom Gericht aus verfahrenstechnischen Gründen nicht berücksichtigt, da das Tier im Sinne des BGB als Sache behandelt wird. Aufgrund dieser gesetzlichen Zuordnung der Tiere zu den "beweglichen Sachen" mußten in einigen Zivilverfahren (Fall 6, 7, 18, 40) Hunde erhebliche Schmerzen und Leiden ertragen, da das entsprechende Urteil erst nach hunderten von Tagen gefällt wurde. Durch diese Nichtbeachtung des Tierschicksales aufgrund der Bestimmungen der Zivilprozeßordnung bleibt meines Erachtens der Grundgedanke des ethischen Tierschutzes, wie er im § 1 TSCHG verankert ist, unberücksichtigt. Dies ist aus tiermedizinischer und tierschützerischer Sicht unbefriedigend.

Wenn in Zivilprozessen auch einige Zeit bis zur gerichtlichen Entscheidung vergeht, so sollten doch die Richter und Parteien in Streitfällen, in denen es um Tiere geht, darum bemüht sein, die Entscheidung baldmöglichst herbeizuführen, damit die betroffenen Tiere keine oder keine weiteren Schmerzen und Leiden ertragen müssen.

So wäre es aus tierärztlicher Sicht wünschenswert, daß Beweisführungen bei Rechtsstreitigkeiten, in denen Tiere eine Rolle spielen, rascher und exakter durchgeführt werden. Falls jedoch abzusehen ist, daß das Verfahren eine größere Zeitdauer in Anspruch nehmen wird, wäre es sinnvoll, zunächst klare Besitzverhältnisse durch das Gericht zu schaffen. Im Falle eines kranken Tieres wäre dann vom tiermedizinischen Standpunkt aus zu fordern, daß der Besitzer des kranken Tieres seitens des Gerichtes darauf hingewiesen wird, daß er nach § 2 TSCHG verpflichtet ist, dem kranken Tier eine ordnungsgemäße Heilbehandlung zukommen zu lassen. Aus diesem Grund und zum Zwecke der "Beweissicherung" sollte dem Besitzer die Konsultation eines Tierarztes angeraten werden. Der Tierarzt müßte dann in einer kurzen gutachterlichen Stellungnahme den Gesundheitszustand, die prognostischen Aussichten und Art und Ausmaß eventuell einzuleitender tierärztlicher Maßnahmen darstellen. Dies würde zwar einen erneuten verwaltungstechnischen Aufwand bedeuten, doch ich bin der Meinung, daß dadurch der errechnete Zeitraum von durchschnittlich 15 Tagen, in denen Hunde Schmerzen und Leiden ertragen mußten, bevor sie starben oder euthanasiert wurden, erheblich verkürzt werden kann. Im Sinne eines ethischen Tierschutzes wäre deshalb eine solche Maßnahme gerechtfertigt.

Doch nicht immer endet das Schicksal der Hunde mit dem Tod. In 9 Fällen lautet die Entscheidung des Gerichtes auf Wandelung, daß heißt Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Diese Urteile mögen aus juristischer Sicht richtig sein, doch wird dabei wiederum das weitere Schicksal der Hunde aufgrund der gesetzlichen Einordnung der Tiere als Sachen nicht beachtet. Vom tiermedizinischen und tierschützerischen Standpunkt wird man sich bei der Betrachtung

dieser Fälle fragen müssen, was ein Verkäufer z.B. mit einem deutschen Schäferhund, bei dem eine Osteodystrophia fibrosa diagnostiziert wurde (Fall 6) oder mit dem Pinscherweibchen, das mit einer Hernia inguinalis behaftet war (Fall 20), tun wird. Wird der Verkäufer die notwendigen tierärztlichen Behandlungen durchführen lassen oder wird er derartige Hunde wieder an einen unwissenden und ahnungslosen Käufer weiter verkaufen oder vielleicht sogar an einen Versuchstierhändler?

Zum Schutze der Tiere sollte aber in solchen Fällen eine Mitteilung an die staatliche Überwachungsbehörde erfolgen, damit von dieser Seite aus der weitere Werdegang solcher Hunde verfolgt werden kann. Letzteres ist meines Erachtens jedoch nur möglich, wenn nicht nur die zu Versuchszwecken abgegebenen Hunde (Vgl. § 11 a der Neufassung des TSCHG), sondern alle zum Verkauf angebotenen Tiere dauerhaft gekennzeichnet sind und in einem staatlichen Zentralregister eingetragen sind. Zum einen könnten dann kranke Hunde nicht mehr so leicht weiterverkauft werden und zum anderen wäre durch ein solches Zentralregister eine wirkungsvolle Überwachungs- und Kontrollmöglichkeit gewährleistet.

In einigen Fällen aber wurden Hunde trotz erheblicher Mängel (Kryptorchismus, fehlende Rassereinheit, Demodikose, Zwingerhusten, Staupe) von ihren Käufern behalten. In den Fällen 10, 18, 48 besteht sogar noch für die Zukunft ein erhebliches Risiko der erneuten Erkrankung der Tiere, die wahrscheinlich abermals Kosten für tierärztliche Behandlungen zur Folge hat. Wenn derartig gefährdete Tiere von Käufern weiterbehalten werden, so ist dies aus tiermedizinischer und tierschützerischer Sicht begrüßenswert. Für einen kranken Hund ist es nämlich besser, von einem verantwortungsbewußten Käufer gepflegt zu werden, als im Falle

der Rückgabe an den Verkäufer weiter hin und her geschoben zu werden. Deshalb ist vom tierschützerischen Standpunkt aus die Rückgängigmachung des Kaufvertrages nur bei toten oder euthanasierten Tieren angezeigt. In allen anderen Fällen sollte aber Minderung oder Schadensersatz, in denen selbstverständlich alle Kostenaufwendungen für die Beseitigung der Mängel miteinzubeziehen sind, der Vorzug vor einer Wandelung gegeben werden.

4.1.2. Die Rolle des Tierarztes im Hundehandel

Der Tierarzt wird im Bereich des Hundehandels mit verschiedenen Problemen und Aufgabenstellungen konfrontiert. Grundsätzlich werden dabei an ihn hinsichtlich seiner fachlichen Kenntnisse ganz besondere Anforderungen gestellt.

Als praktischer Tierarzt wird er z.B. mit der tierärztlichen Betreuung von Zuchtbeständen und/oder Händlerställen beauftragt. Hierbei hat er die Möglichkeit vorzuschlagen, welche tierärztlichen und tierschützerischen Maßnahmen in dem jeweiligen Betrieb notwendig und durchzuführen sind. Zwar stehen hier Tierärzte, wie auch aus einigen Akten zu erkennen war, zum Teil im Zwiespalt zwischen dem "lukrativen Geschäft" auf der einen Seite und dem Berufsethos auf der anderen Seite. Doch für einen verantwortungsbewußten Tierarzt wird dies keine Frage sein. Ist doch der Tierarzt der erstrangige, aufgrund seiner Ausbildung mit den entsprechenden Sach- und Fachkenntnissen ausgestattete Tierschützer.

Nicht selten werden ihm andererseits von Käufern kranke Tiere, die aus dem Hundehandel stammen, in seiner Praxis vorgestellt. In solchen Fällen erwartet man dann nicht nur therapeutische Maßnahmen von ihm, sondern oftmals muß er auch Kaufverträge und Ahnentafeln des erworbenen Hundes

beurteilen, da sich Hundebesitzer in vielen Fällen aufgrund ihrer Unkenntnis dazu nicht in der Lage sehen. Oft muß der Tierarzt dann auch vor Gericht über den Zustand oder Mangel des betroffenen Tieres Auskunft geben. Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß er einen ihm nach dem Kauf vorgestellten Hund seiner Sorgfaltspflicht entsprechend gewissenhaft untersucht. Das Untersuchungsergebnis soll er dem Auftraggeber verständlich mitteilen. In jedem Falle sollte das Ergebnis der Untersuchungen schriftlich festgehalten werden, da die Einleitung von rechtlichen Schritten seitens des Käufers in der Regel nicht vorhersehbar ist.

Derartige Schriftstücke können dann nämlich zu wertvollem Beweismaterial werden. Um als solches anerkannt zu werden, müssen die Schriftstücke ordentlich, deutlich, vollständig und genau sein und natürlich der Wahrheit entsprechen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß "Atteste (Bescheinigungen) zwar die am weitesten verbreitete und in Anwendung befindliche Form der Niederschriften von Feststellungen im Rahmen der tierärztlichen Tätigkeit sind, doch sind sie die am wenigsten geeignete Form, da sie diese nicht wissenschaftlich begründet" (Köhler/H. Kraft 1984). Bei gerichtlichen Auseinandersetzungen sind Bescheinigungen, wie die Untersuchungen zeigen, für die Parteien in den meisten Fällen nicht von großem Nutzen, da aus dem Inhalt dieser in der Regel zu wenig Einzelheiten über den Sachverhalt zu erkennen sind. Es wäre deshalb sinnvoller, tierärztliche Feststellungen in Form einer Niederschrift festzuhalten. Dabei ist zu beachten und dies gilt für jedes tierärztliche Schriftstück, daß das Signalement des untersuchten Tieres vollständig und exakt beschrieben wird, damit die Aufzeichnungen auch später und insbesondere im Streitfalle dem betreffenden Tier zugeordnet werden können.

Wie die Ergebnisse zeigen, waren in keinem Fall ausschließlich Atteste für die richterliche Urteilsfindung entscheidend. Entscheidend waren letztlich nur gutachterliche Stellungnahmen und Sektionsprotokolle.

Inwieweit Niederschriften allein Eingang in die Urteilsfindung hatten, konnte anhand der vorliegenden Fälle nicht exakt ermittelt werden, da formaljuristische Probleme, wie z.B. Herausgabe der Abstammungspapiere und dergleichen Gegenstand der Verfahren waren. Niederschriften werden meines Erachtens in solchen Fällen vom Gericht für die Urteilsfindung nicht als notwendig erachtet.

Hinsichtlich des Einflusses von gutachterlichen Stellungnahmen auf die Urteilsfindung wurde bei den Untersuchungen festgestellt, daß in den 24 zivilrechtlichen Streitfällen, in denen insgesamt 27 Gutachten erstellt wurden, sich 23 mal die Richter der Meinung des Sachverständigen anschlossen. In zwei Fällen (50, 53) war dies aus den Akten nicht zu erkennen und nur in den Fällen 11 und 17 folgte das Gericht den Aussagen des Gutachters nicht.

Im Fall 11 stand die Aussage des Zeugen, daß der Hund zum Zeitpunkt der Übergabe keine Anzeichen einer Erkrankung zeigte, gegen die Meinung des Gutachters, der behauptete, daß die Krankheit zum Zeitpunkt der Übergabe vorlag und auch für einen im Umgang mit Hundewelpen Erfahrenen erkennbar war. Ausschlaggebend für die Entscheidung des Richters zu Ungunsten des Klägers (Abweisung der Klage) dürfte gewesen sein, daß

- a) ein Erregernachweis für die Krankheit Parvovirose zum Zeitpunkt des Verkaufes von der tiermedizinischen Wissenschaft noch nicht durchgeführt werden konnte; dies führte der Sachverständige auch in seinem Gutachten aus.

- b) Der Kläger der Aufforderung des Gerichts zur Einzahlung der zweiten Gerichtsgebührenhälfte nicht rechtzeitig Folge geleistet hatte und deshalb der Anspruch auf Gewährleistung nach § 477 Absatz 1 BGB verjährt war.

Die Entscheidungsgründe des Gerichts sind zwar aus der Sicht der Juristen verständlich und einleuchtend, vom tiermedizinischen Standpunkt aus aber nicht akzeptabel. So ist es meines Erachtens aus tierärztlicher Sicht von sekundärer Bedeutung, ob ein Erregernachweis geführt werden kann oder nicht. Entscheidender ist doch zu klären, ob Anzeichen einer Erkrankung zum Zeitpunkt der Übergabe für den Verkäufer erkennbar waren oder nicht. Ist in diesem Falle nicht die Tatsache aussagekräftig genug, daß ein unerfahrener Käufer Krankheitserscheinungen bereits am Kauftag bemerkt, einen im Umgang mit Welpen erfahrenen Verkäufer aber derartige Erscheinungen zum Zeitpunkt der Übergabe nicht auffallen?

Der zweite Grund ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gerechtfertigt, doch sollte in einem solchen Fall, und nicht nur in diesem, stets auch immer das Schicksal des Tieres berücksichtigt werden. Auch wenn das Tier im Zivilrecht als Sache betrachtet wird, darf es nicht geschehen, daß Tiere wegen formaljuristischer Maßnahmen Schmerzen und Leiden erfahren.

Im Fall 17 steht die Aussage von Zeugen, die zum Zeitpunkt der Übergabe keine Krankheitssymptome erkennen konnten gegen die Feststellung des Sachverständigen, der der Meinung war, daß erkennbare Anzeichen einer Erkrankung zum Zeitpunkt der Übergabe vorlagen. Weshalb das Gericht sich den Ausführungen der Zeugen folgend zu Ungunsten des Klägers entschied, ist aus den Akten nicht eindeutig zu

erkennen. Vom tiermedizinischen Standpunkt aus ist die Aussage des Gutachters jedenfalls eindeutig und schlüssig dargelegt.

Die häufig vom Gericht gestellte Frage, ob der Mangel zum Zeitpunkt der Übergabe bereits vorhanden war, ist bei toten Tieren in der Regel eindeutig nur durch eine Sektion zu beweisen. Deshalb sollten alle verendeten Tiere unbedingt einer Sektion zugeführt werden. Wie die Fälle 30, 31, 33, 49 zeigen, reichen Sektionsprotokolle oft schon alleine für die Beantwortung der genannten Frage aus. Auch für den Gutachter sind diese Protokolle von größter Bedeutung, da er diese als Beweis für seine getroffenen Aussagen heranziehen kann. Leider werden, wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, nur 47 % aller eingegangenen bzw. eingeschläferten Hunde seziert, obwohl Sektionsergebnisse, wie bereits erwähnt, von zentraler Bedeutung für die Entscheidung des Gerichtes oder die Aussage des Gutachters sein können. Der Grund für die geringe Anzahl von Sektionen liegt meiner Meinung darin, daß in vielen Fällen weder der Tierarzt noch der Käufer sich zunächst im klaren sind, ob es zu einem Rechtsstreit kommen wird oder nicht. Im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung ist die Beweisführung aber ohne Sektion wesentlich schwieriger, als wenn Sektionsergebnisse vorliegen.

Deshalb sollten die praktischen Tierärzte, bei denen die Käufer mit ihren kranken Hunden ja in den meisten Fällen zuerst Rat suchen, diese daraufhinweisen, daß wenn ein Hund kurz nach dem Kauf an den Folgen einer Krankheit verendet ist oder eingeschläfert werden muß, dann in jedem Fall zur Beweissicherung eine Sektion vorgenommen werden sollte. Von den Ausführenden einer Sektion ist eine ordnungsgemäße und gewissenhafte Durchführung und Protokol-

lierung zu fordern. Dabei sollten die Aussagen des Sektionsprotokolls klar und deutlich formuliert sein, um später dem Gericht oder dem Sachverständigen auch als Beweismaterial dienen zu können.

Unklare und unvollständige Angaben sind nämlich oft der Grund, warum ein Gutachter die Fragen des Gerichtes oder der Parteien nicht ausreichend beantworten kann. Vor allem die immer wieder gestellten Streitfragen nach der Verborgenheit, der Erheblichkeit und dem Alter des Mangels sind aufgrund fehlender oder unzulänglicher tierärztlicher Stellungnahmen und vager oder widersprüchlicher Zeugnisaussagen nicht in jedem Falle exakt zu klären. Dies führt häufig zu unterschiedlichen Sachverständigenaussagen und damit zu unterschiedlichen richterlichen Entscheidungen.

Letztere sind dann zwar, wie bereits gezeigt, aus juristischer Sicht nicht zu beanstanden, wohl aber vom tiermedizinischen und tierschützerischen Standpunkt aus. Obwohl die Richter in diesen Untersuchungen der Meinung des Gutachters in 96 % der Fälle, in denen ein Gutachter vom Gericht zu Rate gezogen wurde, folgten, so wird doch in manchen Fällen eine aus tiermedizinischer Sicht falsche richterliche Entscheidung getroffen. Trotzdem ist es notwendig, daß in Verfahren, in denen es um Tiere geht, in jedem Falle Sachverständige gehört werden sollten. Meiner Meinung nach wird dadurch eine bessere Urteilsfindung für die betroffenen Menschen und vor allem indirekt für die betroffenen Tiere erreicht. Denn nur durch den sachverständigen Tierarzt mit seiner Sach- und Fachkenntnis werden die "Interessen der Tiere" in ausreichendem Maße vor Gericht vertreten.

4.1.3. Gerichtliche Entscheidungen in den zivilrechtlichen Verfahren

Betrachtet man den Ausgang der untersuchten Verfahren, so ist zwar ein hoher Prozentsatz im Sinne eines positiven Urteils für den Kläger zu erkennen, jedoch zeigen die Urteilsbegründungen, insbesondere in den Fällen, in denen es um eine Abweisung der Klage bzw. um einen Vergleich ging, daß der Hund im Zivilrecht nur als Sache betrachtet wird, ohne Berücksichtigung seines Schicksales. Die Richter halten sich an die entsprechenden Paragraphen des BGB, wonach Erheblichkeit und Verborgenheit eines Mangels oder das Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft gegeben sein muß, um dann ein entsprechendes Urteil fällen zu können.

Doch meines Erachtens sollte die Erheblichkeit eines Mangels bei einem Tier nicht nur an dessen Sachwert gemessen werden oder im Falle einer Krankheit an deren Heilbarkeit oder Nichtheilbarkeit. Es ist doch ein Unterschied, ob man ein mangelhaftes Fahrzeug mit erhöhten Kosten wieder herstellen läßt oder ob man einen kranken Hund zum Tierarzt bringt, wobei in diesem Falle nicht vorhersehbar ist, wie hoch die Kosten sich belaufen werden (vergleiche Fall 18 und 52). Es ist zumindest aus tierärztlicher Sicht selbstverständlich, daß man in erster Linie versuchen wird, dem Tier das Leben zu erhalten und sich nicht zuerst den "gemeinen Wert der Sache Hund" ausrechnet, bevor man höhere Aufwendungen macht. Bei Sachen, wie Möbelstücken oder Autos z.B. ist es einsichtig, daß Reparaturkosten nicht den Wert des Gegenstandes erheblich übersteigen dürfen. Bei Tieren sollten derartige Berechnungen nicht angestellt werden, da der Wert eines Tieres nicht nur einen berechenbaren Sachwert darstellt, sondern in erster Linie einen ideellen. So bestehen oft sehr starke

emotionale Bindungen zwischen Käufer und Hund, insbesondere in den vielen Fällen, in denen der Beweggrund für die Anschaffung eines Hundes psychologischer Natur war.

Auch im Zusammenhang mit der Verborgenheit eines Mangels ist jeweils die entscheidende Frage, für wen war der Mangel nicht erkennbar - für den Verkäufer oder für den Käufer. Ohne Zweifel kann man von einem Laien keine großen fachbezogenen Kenntnisse, die für einen Tierkauf notwendig sind, erwarten. Einem Verkäufer, der täglich Umgang mit Tieren hat, darf man dagegen ein großes Maß an Fachkenntnis unterstellen, die ja zu gegebener Zeit auch herausgestellt wird, z.B. bei der Beratung eines unwissenden Käufers oder bei Beanstandungen seitens des Käufers. Ein Verkäufer weiß z.B.: auch aus Erfahrung, daß junge Hunde ohne Schutzimpfung relativ leicht an Infektionskrankheiten erkranken können, die oft schnell zum Tode des Welpen führen. Derartige Dinge sind für einen Laien verborgen.

Eine Klageabweisung nur mit der Begründung, daß der Kläger seine Behauptung "der Mangel sei zum Zeitpunkt der Übergabe vorhanden gewesen" nicht beweisen konnte (Fall 2, 7, 11, 16), ist vom tiermedizinischen Standpunkt aus in vielen Fällen unzulänglich. Gerade die Tatsache, daß es sich in den genannten Fällen um schwerwiegende Infektionskrankheiten, wie z.B. Parvovirose oder Staupe handelte, die nicht nur das Einzeltier, sondern in der Regel den ganzen Bestand betreffen, läßt es unglaublich erscheinen, wenn ein Verkäufer behauptet, daß das Tier bei der Übergabe gesund gewesen sei. Hier ist zu prüfen, ob das Tier wirklich gesund gewesen ist oder ob es nur keine Krankheitserscheinungen zeigte, daß heißt, daß es sich im Inkubationsstadium befand. Der Käufer ist, wie es in vielen Verfahren deutlich wird, aufgrund fehlender oder mangelhafter Sach- und Fachkenntnis letztlich doch gar nicht in der Lage, eine ordentliche Beweisführung in dieser Hinsicht

zu erbringen. In vielen Fällen ist dazu ein Gutachter notwendig. Wenn dieser wie im Fall 11 feststellt, daß bei dem streitgegenständigen Hund Anzeichen einer Erkrankung zum Zeitpunkt der Übergabe vorlagen und auch für einen im Umgang mit Tieren erfahrene Person erkennbar waren, ist dadurch dann nicht der eindeutige Beweis für die oben genannte Behauptung erbracht? Die Klageabweisung mit der Begründung, daß zum Zeitpunkt der Übergabe kein exakter Erregernachweis geführt werden konnte, wie dies der Sachverständige ebenfalls in seinem Gutachten ausführte, ist nicht verständlich.

Auch die Begründung des Urteils im Fall 7 ist meines Erachtens nach in dieser Form aus tierärztlicher Sicht nicht akzeptabel. Zwar ist, wie der Sachverständige dies auch darlegte, eine Hüftgelenksdysplasie zum Zeitpunkt des Verkaufes nicht erkennbar gewesen, was auch als richtig zu beurteilen ist, doch kann man eine exakte Diagnose dieser Erkrankung erst nach Abschluß des Skelettwachstumes, d.h. nach dem ersten Lebensjahr stellen. Dies müßte einem erfahrenen Züchter und Händler bekannt sein. Deshalb hätte er eine "Gewährfrist" von mindestens 9 - 12 Monaten für eine Hüftgelenksdysplasie in seinem Vertrag geben müssen. Der vertraglich festgelegte Haftungsausschluß bezüglich einer Hüftgelenksdysplasie ist deshalb nicht zulässig, da es sich um einen erblichen Mangel von größter Erheblichkeit handelt. Der Ausschluß dieses Mangels ist wohl ein Verstoß gegen Treu und Glauben.

4.2. Strafrechtliche Verfahren

Das TSCHG regelt in § 1 das Recht des Tieres auf Schutz vor vermeidbaren Schmerzen, Leiden und Schäden und in § 2 die Verpflichtung des Menschen gegenüber dem in seiner Obhut befindlichen Tier hinsichtlich einer artgemäßen Nahrung und Pflege, sowie einer verhaltensgerechten Unterbringung. In der heutigen Hundezucht und dem Hundehandel wird in vielfacher Weise gegen diese grundsätzlichen Forderungen verstoßen. Eine Übersicht über die Zahl der in Bayern aktenkundig gewordenen Verstöße gegen das TSCHG zeigt die Tabelle 6.

Überprüft man nun die in der Statistik festgehaltene Zahl der Abgeurteilten, so ist insgesamt eine ansteigende Tendenz der Verstöße gegen das TSCHG zu erkennen. Vergleicht man die Zahl der 1975 abgeurteilten Personen mit der aus dem Jahre 1985, so ist ein Anstieg von 48 % festzustellen. Dieser Anstieg der Vergehen gegen das TSCHG dürfte ursächlich auf drei Faktoren zurückzuführen sein:

- a) auf den gleichzeitigen Anstieg der Zahl der gehaltenen Tiere
- b) auf die natürlich dadurch bedingte größere Wahrscheinlichkeit von Gesetzesüberschreitungen
- c) auf das mangelnde Unrechtsbewußtsein vieler Bürger.

Interessant ist vor allem das Verhältnis von Abgeurteilten und Verurteilten, da sich hinter dieser Divergenz echte Tierquälerei-Kriminalität verbirgt, die insbesondere wegen Freisprüche oder Einstellung zu keiner Bestrafung führten. So wurden in den Jahren 1975 - 1985 nur 700 von 1.055 Personen verurteilt, die in einem Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz angeklagt waren.

Tabelle 6

Straftaten nach dem TStGB in den Jahren 1975 - 1985 in Bayern
(Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 1975 - 1986)

② Verurteilten											Von der Verurteilten waren zur Zeit der Tat										
Jahr	① Abgeurteilte insgesamt	insgesamt	weiblich	Vorbefristete	Ausländer und Staatenlose	Jugendliche 14-18 J.	Heranwachsende 18-21 J.	insgesamt	Erwachsene												
									davon im Alter von (Jahren)												
									21	25	30	40	50	60 und mehr							
															bis unter						
									25	30	40	50	60								
1975	68	44	2	11	4	/	4	40	2	5	11	7	5	10							
1976	84	69	5	31	6	6	1	62	11	16	13	16	2	4							
1977	69	51	9	15	3	1	2	48	8	5	10	12	3	10							
1978	93	60	10	20	1	3	3	54	8	6	14	18	5	3							
1979	79	55	4	20	1	1	5	49	5	11	12	15	3	3							
1980	75	54	3	16	6	6	4	44	5	3	15	9	6	6							
1981	120	77	12	29	4	4	2	71	4	8	19	22	10	8							
1982	106	70	8	22	2	/	6	64	3	12	16	21	9	3							
1983	106	68	2	28	5	3	4	61	9	9	14	11	7	11							
1984	123	79	8	39	4	5	8	66	10	10	15	11	13	7							
1985																					

① Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil, Strafbefehl oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden sind.

② Verurteilte sind Angeklagte, gegen die nach allgemeinem Strafrecht auf Freiheitsstrafe, Strafverurteilung oder Geldstrafe erkannt worden ist, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregeln geahndet wurde. Verurteilt kann nur eine Person werden, die zum Zeitpunkt der Tat strafmündig, d.h. 14 Jahre oder älter war.

Das entspricht einem Prozentsatz von 66 %. Von diesen rechtskräftig Verurteilten waren bereits 37 % wegen einer früheren verübten Straftat (Art des Deliktes ist aus der Statistik nicht erkennbar) vorbestraft. Dabei ist auffällig, und dies zeigten auch die untersuchten Strafsachen deutlich, daß selbst schwerste Vergehen gegen das TSCHG in der überwiegenden Mehrzahl nur mit Ordnungsstrafen nach § 18 des TSCHG geahndet werden. Selbst dann noch liegen die Geldbußen im unteren Bereich der gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen. Diese verfahrenstechnischen Gepflogenheiten sind von tierärztlicher wie auch von tierschützerischer Seite aus in vielen Fällen unverständlich.

Hinsichtlich des Alters fällt auf, daß der größte Teil der Täter in den Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren zu finden ist (44 % bezogen auf die Zahl der Verurteilten). Die Zahl der verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden beträgt dagegen nur 10 %, bezogen auf die Zahl der Verurteilungen. Nach Wiegand (1979) ist dies darauf zurückzuführen, "daß jugendlichen Tätern zumeist der erforderliche Kraftaufwand fehlt, der mit dieser Deliktsbegehung - zumindest bei großen Tieren, wie Pferde, Rinder, große Hunde und dergleichen - verbunden ist oder daß sie Angst vor den Tieren haben".

Eine weitere Ursache für die geringe Zahl von jugendlichen Tätern dürfte auch die Tatsache sein, daß bei Jugenddelikten in der Regel andere Beurteilungskriterien und Strafmaße angewendet werden als bei Erwachsenen.

Die Tabelle gibt aber nur einen groben Überblick über die statistisch erfaßte Zahl der Delikte. Es müssen deshalb bei der Betrachtung der Tabelle folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Erfaßt werden nur die Verstöße gegen das TSCHG, über die in Gerichtsverfahren entschieden wurde und nicht die tatsächlich ausgeführten bzw. die der Polizei bekannten.

2. Es wird bei mehreren in Konkurrenz begangenen Delikten nur das mit der schwersten Strafandrohung erfaßt.
3. Es werden, und dies gilt besonders im Hundehandel, Personen oftmals nicht wegen des Tatbestandes der Tierquälerei, obwohl ein solcher vorgelegen ist, verurteilt, sondern wegen einer anderen Straftat wie Betrug und ähnlichem.
4. Es werden keine Aussagen über die Art und Weise der Tat und über die betroffenen Tiere gemacht.

Es muß deshalb hinsichtlich des Tatbestandes der Tierquälerei mit einer hohen Dunkelziffer gerechnet werden. Vor allem auch deshalb, weil die Betroffenen, nämlich die Tiere, sich nicht wie Menschen selbst an Strafverfolgungsorgane wenden können und die Taten somit zu einem Großteil unentdeckt bleiben.

Der andere Grund für die hohe Dunkelziffer ist die unterschiedliche juristische Behandlung von Vergehen, die mit Tieren begangen werden.

In den zivilrechtlichen Verfahren, in denen das Tier ja als Sache behandelt wird, entscheidet das Gericht nur über die fehlenden oder unzureichenden Sacheigenschaften des Tieres. Tierschutzwidrige Handlungen, obgleich sie in vielen der untersuchten Zivilprozessen neben den zivilrechtlichen zu verfolgenden Vergehen begangen wurden, werden aus verfahrenstechnischen Gründen in zivilrechtlichen Auseinandersetzungen nicht berücksichtigt. Dies ist aus tiermedizinischer und tierschützerischer Sicht unbefriedigend. Es ist zwar klar, daß strafrechtliche Bestimmungen nicht in zivilrechtlichen Verfahren angewendet werden können, doch sollten zumindest seitens des Zivilgerichtes Hinweise an die zuständige Staatsanwaltschaft

gegeben werden, wenn entsprechende strafrechtlich zu verfolgende Tatbestände in Zivilverfahren auftauchen. Daß selbst in manchen Strafverfahren tierschutzwidrige Handlungen unberücksichtigt bleiben, zeigen die Strafsachen Fall 1 und 2.

Hier wird gegen einen Händler, der bereits mehrfach wegen Tierquälerei, Beleidigung etc. vorbestraft ist, erst nach 14 bzw. 25 zivilrechtlichen Verfahren die Anklage des fortgesetzten Betruges erhoben, weil er Käufern wiederholt entgegen den vertraglichen Abmachungen kranke Hunde per Nachnahme zuschickte. Obwohl in fast allen Fällen Hunden Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt wurden, war in diesem Verfahren nur die Wiedergutmachung der wirtschaftlichen Schädigung der Käufer von Bedeutung. Das Lebewesen Hund wird, wie in diesem Fall deutlich wird, der "Sache" Hund weit untergeordnet.

Hinsichtlich des Strafmaßes in der Strafsache Fall 1 ist es meiner Auffassung nach ein Widerspruch, daß man die Strafe zur Bewährung aussetzte mit der Begründung, daß der Händler bereits zwei Bewährungszeiten durchgestanden habe und somit eine günstige Zukunftsprognose bestehe, obwohl in der Urteilsbegründung die immer gleichartigen Vorstrafen und die Skrupellosigkeit des Angeklagten hervorgehoben wurden. Ebenso widersprüchlich scheint mir die Meinung des Gerichtes zu sein, daß der Angeklagte aufgrund des ausgesprochenen Berufsverbotes vor weiteren Straftaten ferngehalten werde. Daß diese Annahme des Gerichtes nicht zutraf, beweist die Strafsache Fall 2.

Der gleiche Händler dachte nicht daran, sein lukratives Geschäft mit dem Hundehandel aufzugeben. Er benutzte seine Frau als Strohmann, arbeitete mit einem anderen Hundehändler zusammen, wohlwissend, daß er wieder gegen

Gesetze verstößt. Dieses vorsätzliche Handeln des Angeklagten ist meines Erachtens eine Folge des in vorhergehenden Fällen zu geringen Strafmaßes, das auch in der Strafsache Fall 2 ausgesprochen wird. Der Händler hätte in diesem Verfahren nicht nur wegen des Vergehens gegen das Berufsverbot verurteilt werden müssen, sondern auch wegen fortgesetzten Betruges und Tierquälerei. Er hat nämlich, wie aus den Akten zu erkennen war, in gleicher Art und Weise Menschen und Tieren Schäden zugefügt, wie in der Strafsache Fall 1. Warum das Gericht Zweifel an dem Tatbestand des fortgesetzten Betruges hatte, ist mir unerklärlich. Ebenso die Tatsache, daß die Strafe erneut zur Bewährung ausgesetzt wurde. Denn das Gericht stellte die mangelnde Schuldeinsicht und Pflichtkenntnis des Angeklagten fest. Außerdem verübte der Täter seine Straftaten innerhalb der Bewährungsfrist aus der vorhergehenden Strafsache.

Daß die Staatsanwaltschaft diese Widersprüche erkannte und gegen das Urteil Berufung einlegte und der Angeklagte daraufhin ein höheres Strafmaß erhielt, ist zwar begrüßenswert, doch ist es aus tierärztlicher und tierschützerischer Sicht schwer zu verstehen, warum es erst nach 4 Jahren und dann auch nur, weil inzwischen ein starkes öffentliches Interesse an diesem Falle bestand, zu solch einer Verurteilung kam. Auch die Schwere und das Ausmaß der Zuwiderhandlungen, die in beiden Fällen von Seiten des Gerichtes auch immer wieder betont wurden, steht meines Erachtens letztlich in keinem Verhältnis zu dem Strafmaß.

Die Behandlung der Fälle 38 und 47 als zivilrechtliche Angelegenheit zeigt einmal mehr, daß der "finanzielle Wertausgleich" für den Schaden, den der Käufer eines Hundes erfahren hatte, wichtiger ist, als die Schmerzen und Leiden der Hunde, die ihnen durch einen unsachgemäßen Transport zugefügt wurden.

Obwohl es in der Strafsache Fall 3 gleichwohl aus diesem Grunde zu einer Anklage wegen Tierquälerei und sogar zu einer Verurteilung kam, ist das Ergebnis des Verfahrens unbefriedigend. Stellt ein Bußgeld von 100 DM eine angemessene Strafe für einen allgemein bekannten Hundehändler dar, der pro verkauften Hund einen erheblichen Gewinn erzielt? Gerade weil es sich bei dem Täter um eine im Umgang mit Hunden erfahrene Person handelte, kann man unterstellen, daß ihm die einschlägigen Bestimmungen hinsichtlich des Transportes von Tieren bekannt sein mußten und er folglich wußte, daß er dem zu jungen Hund erhebliche Schmerzen und Leiden durch den Transport zufügen werde. Es handelt sich zweifellos um eine unnötige und vorsätzliche Tierquälerei. Deshalb wäre es aus tierärztlicher Sicht notwendig gewesen, diesen Täter mit der ganzen Härte des Gesetzes zu bestrafen, zu dessen eigenen Läuterung und zum Schutze des hilflosen Tieres.

Das Schutzbedürfnis des Tieres, daß durch das TSCHG garantiert wird, wird in der Strafsache Fall 4 durch die Entscheidung des Berufungsgerichtes aus tierärztlicher und tierschützerischer Sicht in Frage gestellt. Es mag zwar stimmen, daß, wie die Berufsrichter ihren Beschluß begründen, die angeklagte Händlerin noch nie wegen eines Verstoßes gegen das TSCHG trotz ihrer langen Gewerbeausübung aufgefallen sei. Aber aufgrund der Feststellungen der Erstinstanz, die daraufhinwies, daß die angeklagte

Händlerin bereits wiederholt durch ähnliche Delikte zivilrechtliche Auseinandersetzungen auslöste, kann man die Vermutung aussprechen, daß zwar im Sinne des TSCHG zu verfolgende Tatbestände in den jeweiligen Zivilverfahren gegeben waren, diese aber, wie bereits dargelegt, aus verfahrenstechnischen Gründen nicht verfolgt wurden. Insoweit ist diese Begründung meines Erachtens nicht ganz zweifelsfrei. Unverständlich ist aus tierärztlicher und tierschützerischer Sicht auch die weitere Begründung der Berufungsrichter für die Rücknahme des Strafmaßes. Diese waren nämlich der Meinung, "daß es sich auch deshalb nicht um einen sehr gravierenden Fall von Tierquälerei handele, weil das Verfahren gegen die Käuferin wegen des gleichen Deliktes gegen Zahlung einer Geldbuße von 200 DM eingestellt wurde". Die Käuferin hatte nämlich den völlig geschwächten Hund noch am gleichen Tag in denselben viel zu kleinen Pappkarton, wie ihn die Verkäuferin für den Hintransport benutzt hatte, wieder an jene zurückgeschickt. Meines Erachtens handelt es sich gleichwohl um einen sehr gravierenden und immer wieder zu beobachteten Fall von Tierquälerei. Deshalb hätten die Richter zu dem Ergebnis kommen müssen, daß nicht die Strafe der Verkäuferin zu hoch sei, sondern daß die Geldbuße für die Käuferin zu niedrig sei. Bei der Betrachtung dieses Falles könnte der juristische Laie wieder einmal mehr den Eindruck gewinnen, daß das Tier selbst in Strafprozessen nur als Sache behandelt wird und nicht als Lebewesen, wie es in § 1 des TSCHG gefordert wird.

Mit der Strafsache Fall 5 sollte gezeigt werden, unter welchen Bedingungen Hunde teilweise gezüchtet und gehalten werden. Die Form der Haltung in dem genannten Fall entspricht in keinem Punkt der "Verordnung über das Halten

von Hunden im Freien" und somit auch nicht den Bestimmungen des TSCHG. Hier sind die Hunde eindeutig in Haltung, Pflege und Unterbringung derart stark vernachlässigt worden, daß ihnen erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt wurden. Dies beweisen die bei der Sicherstellung der Hunde vorgefundenen Krankheitsbilder. Daß der im Umgang mit Tieren erfahrene Pfleger dann vor Gericht mit seinen Aussagen die Krankheitszustände der Hunde bagatelisierte und verallgemeinerte, ist meines Erachtens der Versuch, dem Gericht mangelnde Sach- und Fachkenntnisse vorzuspielen. Doch mangelnde Kenntnis, ob sie nun wirklich vorhanden ist oder nur vorgetäuscht wird, darf nicht vor Strafe schützen. Hier wurden den Hunden doch durch diese unsachgemäße, Haltung länger anhaltende und sich wiederholende erhebliche Schmerzen und Leiden zugefügt. Umso unverständlicher ist das Ergebnis, nämlich die Einstellung des Verfahrens nach § 153 a StPO. Danach werden Übertretungen nicht verfolgt, wenn die Schuld des Täters gering ist, es sei denn, daß ein öffentliches Interesse an einer gerichtlichen Entscheidung besteht. Kann man hier wirklich von einer geringen Schuld sprechen, wenn wie in diesem Fall 85 Hunde in Holzkisten übereinander gestapelt und ohne Auslauf in einem kleinen düsteren Schuppen und einem Rundsilos gehalten werden? Auch aus der Anzahl und der Schwere der vorgefundenen Krankheitsbilder läßt sich nach meiner Meinung keine geringe Schuld der Angeklagten ableiten.

Hinsichtlich des öffentlichen Interesses besteht meiner Auffassung nach sehr wohl ein Verlangen nach Strafverfolgung in solchen Fällen.

Die Mißstände im Bereich des Hundehandels sind aufgrund der vorliegenden Untersuchungen auf zwei Ursachen zurückzuführen. Auf der einen Seite gibt es noch keine ausreichenden gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet. Die Neufassung des TSCHG vom 18. August 1986 entspricht zwar in vielen Punkten den fachlichen Notwendigkeiten in diesem Bereich (Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten der Überwachungsbehörden, Nachweis von Sachkunde und Zuverlässigkeit, Forderung von entsprechend § 2 TSCHG geeigneten Räumlichkeiten und Einrichtungen), doch bleiben auch weiterhin viele dringende Probleme offen oder werden nur unbefriedigend gelöst.

So wird in § 11 TSCHG der Ausdruck der Gewerbsmäßigkeit aus tiermedizinischer Sicht nicht klar und ausreichend definiert.

Die Gewerbsmäßigkeit ist im Hundehandel vom tierärztlichen Standpunkt aus betrachtet, in den meisten Fällen gegeben, da selbstständig, planmäßig und fortgesetzt aus Gründen der Gewinnerzielung Hunde gezüchtet und verkauft werden. Da aber Züchter, die eingetragenen Züchtervereinigungen angehören und die Tiere ausschließlich im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereins halten, züchten und handeln, von der Anzeigepflicht gemäß § 11 TSCHG befreit sind und somit auch keiner staatlichen Überwachung gemäß § 16 Absatz 1 TSCHG unterliegen, ist der Zweck dieser Vorschrift, nämlich die behördliche Erfassung aller Überwachungspflichtiger Tierhandlungen und -haltungen aufgrund der genannten Ausnahmeregelung nicht mehr gewährleistet. Denn alle Züchter, auch die im Sinne des Gesetzes gewerbsmäßigen, gehören einem Züchterverein an. Solche "Vereine" werden teils ausschließlich nur zu dem Zweck gegründet, die Anzeigepflicht gemäß § 11 TSCHG und damit auch die staatliche Beaufsichtigung gemäß § 16 TSCHG zu umgehen.

Die Züchter können dann unwiderlegbar behaupten, nur im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereins Tiere zu züchten und abzugeben. Eine Streichung des Wortes "Gewerbsmäßigkeit" würde meines Erachtens nach zu mehr Klarheit und Rechtssicherheit im Bereich des Hundehandels führen. Desweiteren fehlen für Betriebe, die mit Tieren züchten oder handeln, konkrete Vorschriften für Räume, Einrichtung, Klimatisierung, Pflege und Wartung, ähnlich denen in der "Verordnung über das Halten von Hunden im Freien". Zum anderen sollten nicht nur Hunde, die zu Versuchszwecken gezüchtet und gehandelt werden gekennzeichnet sein, sondern alle zum Verkauf angebotenen Tiere. Über den Verkauf selbst sollten Nachweisbücher geführt werden. Die unverständliche Erlaubnis des Nachnahmeversandes von Tieren sollte verboten werden. Eine befriedigende Lösung in diesem Bereich ist meiner Meinung nach nur durch eine zusätzliche rechtliche Konkretisierung der Sachlage in Form einer Rechtsverordnung nach § 13 des geltenden TSCHG bzw. § 2 a der Neufassung möglich. Eine derartige Rechtsverordnung für das Züchten und Handeln mit Hunden sollte baldmöglichst verabschiedet werden.

Der andere Grund für die Mißstände im Hundehandel liegt in der rechtlichen Stellung des Tieres. Dem Grundsatz des § 1 TSCHG wird in den gerichtlichen Verfahren, wie die Untersuchungen zeigen, oft nicht entsprochen. So ist auch heute noch das Tier auf dem Sektor des Zivilrechtes den "beweglichen Sachen" gleichgestellt und wird auch, wie gezeigt, so behandelt. Dies ist vom tierschützerischen Standpunkt aus nicht vertretbar. "Man müßte deshalb durch die Novellierung der gesetzlichen Bestimmung im BGB den gesetzlichen Status des Tieres ändern und ihm beispielsweise eine Stellung zwischen Mensch und Sache einräumen.

Das Tier könnte dann rechtlich ähnlich einer unmündigen Person als selbständiger Rechtsträger behandelt werden" (Vogl 1985). Da eine solche Änderung in der Regel aber eine erhebliche Zeitdauer benötigt, ist in der Zwischenzeit von seiten der Justiz eine stärkere Berücksichtigung des Schutzes des Lebens und des Wohlbefindens der Tiere zu fordern. Dies kann beispielsweise durch eine schnellere Abwicklung der Verfahren, durch die regelmäßige Hinzuziehung von Sachverständigen, durch die Meldung strafrechtlich relevanter Tatbestände an die Staatsanwaltschaft seitens der Zivilgerichte und dergleichen mehr erreicht werden.

Bezüglich des Einflusses von tierärztlichen Sachverständigenaussagen bei Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Hundehandel steht zweifelsfrei fest, daß durch gutachterliche Stellungnahmen die "Interessen" der geschädigten Käufer und vor allem der betroffenen Tiere in stärkerem Maße in der Rechtssprechung berücksichtigt werden.

Dies gilt insbesondere in den zivilrechtlichen Verfahren, in denen meiner Meinung nach letztlich nur der sachverständige Tierarzt aufgrund seiner Sach- und Fachkenntnis die immer wieder gestellten wichtigen Fragen nach der Erheblichkeit, der Verborgenheit und dem Alter eines Mangels, speziell im Krankheitsfalle, ausreichend beantworten kann. Tierärztliche Sachverständige sollten aber nicht erst beim Auftreten von strittigen und unklaren Punkten in der Beweisführung vom Gericht zu Rate gezogen werden, sondern es wäre sinnvoll, daß bereits bei Eingang der Klage seitens des Gerichtes die Konsultation eines Tierarztes zur objektiven Feststellung der vorliegenden Mängel angeordnet wird. Dadurch würden in vielen Fällen

Tieren erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden erspart bleiben und meines Erachtens auch viele zivilrechtliche Verfahren abgekürzt werden. Bei Straftaten, die im Zusammenhang mit der Zucht und dem Handel mit Hunden begangen werden, werden aus tierschützerischer Sicht bedauerlicherweise auch nicht im ausreichenden Maße tierärztliche Sachverständige vom Gericht hinzugezogen. In den untersuchten Prozessen wurden Gutachter nur in den Strafsachen Fall 3, 4, 5 gehört. Einen erheblichen Einfluß auf die Urteilsfindung hatte diese aber nicht. Dies mag daran liegen, daß seitens der Staatsanwaltschaft nur klar umrissene und juristisch eindeutige Tatbestände, wie z.B. fortgesetzter Betrug (Strafsache 1) zur Anklage gebracht werden. Zudem werden Verstöße gegen das TSCHG aus tierärztlicher und tierschützerischer Sicht nicht oder nicht im ausreichendem Maße strafrechtlich verfolgt und verurteilt. Würden tierärztliche Sachverständigenaussagen auf diesem Gebiet stärker und häufiger berücksichtigt werden, dann würden nach meinem Dafürhalten in vielen Fällen die Urteile und Strafmaße anders ausfallen. Aus diesem Grunde sollten Tierärzte als Sachverständige in jedem Verfahren, in dem Tiere eine Rolle spielen, gehört werden, damit zumindest im juristischen Bereich dem ethischen Anspruch des § 1 TSCHG noch mehr Genüge getan wird. Es entspricht außerdem der tierärztlichen Aufklärungspflicht, auf Mißstände, bei denen Tiere eine Rolle spielen, hinzuweisen.

5. Zusammenfassung

Anhand von 55 Fällen aus der zivilrechtlichen und von 5 Verfahren aus der strafrechtlichen Rechtsprechung wird der Einfluß von tierärztlichen Sachverständigenaussagen auf die Urteilsfindung bei Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Hundehandel dargestellt.

Bei den zivilrechtlichen Auseinandersetzungen, deren Anlaß in 2/3 der Fälle der Verkauf von kranken Hunden ist, wurden in 24 Fällen Gutachten von tierärztlichen Sachverständigen seitens des Gerichtes angefordert. In 22 Fällen folgten die Richter der Auffassung des Gutachters, in 2 Fällen nicht.

In den 5 Strafverfahren wurden nur in 3 Fällen Sachverständige vom Gericht gehört. Einen erheblichen Einfluß auf die Urteilsfindung hatten diese nicht.

Der aus tiermedizinischer und tierschützerischer Sicht unbefriedigende Zustand des Hundehandels wird einerseits auf die nichtausreichenden gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet zurückgeführt und zum anderen auf die rechtliche Behandlung des Tieres als Sache im Zivilrecht.

Durch die noch stärkere Berücksichtigung von tierärztlichen Sachverständigenaussagen in Verfahren, in denen Tiere eine Rolle spielen, gegebenenfalls durch die Verabschiedung einer Rechtsverordnung über das Züchten und Handeln mit Hunden und durch eine Änderung des gesetzlichen Status des Tieres könnte das Leben und Wohlbefinden der Tiere besser geschützt werden.

Summary

The influence of veterinary expert witnesses on the judgement of dog-trade.

55 civil cases and 5 criminal cases are the basis of this research work on dog-trade.

The influence of veterinary expert witnesses on the judgement in these cases is examined.

The reason for 2/3 of the civil cases was the selling of sick dogs. In 24 cases the judges heard veterinary experts. In 22 cases the judges decided the cases according to the expert's opinion; in 2 cases they did not follow the expert's decision.

Only in 3 of the 5 criminal cases veterinary experts were heard by the judges; they did not decisively influence the final judgements.

From the veterinary surgeon's and the animal protector's point of view dog-trade is considered to be very problematic:

Legislation is not sufficient in order to control dog-trade and animals are treated as things in civil cases.

The following proposals could help to protect life and health of animals in a better way; veterinary surgeons should be a law which controls dog-breeding and -trading. The legal status of animals should be changed.

6. Anhang

Tabelle 1 / Teil 1

Angaben zu den Akten und zu den Tieren

Fallnummer	Titel der Akte	Rasse	Alter					Geschlecht		persönliche Übernahme nach Nachnahmeversand	Transportschäden
			6 - 7 Wochen	8 - 9 Wochen	10 - 11 Wochen	12 - 13 Wochen	4 - 12 Monate älter als 12 Monate	männlich	weiblich		
1	Forderung	2 Deutsche Schäferhunde	x					x	x	x	
2	Schadensersatz	2 Yorkshire		x				2x			
3	Schadensersatz	Bobtail	x					x		x	
4	Schadensersatz	Dobermann		x					x		
5	Forderung	Yorkshire		x				x		x	
6	Forderung	Deutscher Schäferhund	x					x			
7	Forderung	Cocker-Span.					x	x			
8	Schadensersatz	Boxer		x				x			
9	Forderung	Bobtail		x				x		x	x
10	Forderung	Irish Setter		x				x			
11	Forderung	Shih-Tzu			x				x	x	
12	Forderung	Whippet						x			
13	Minderung	Bobtail		x							
14	Forderung	Irish Setter						x			
15	Minderung	Lhasa Apso						x			
16	Schadensersatz	Schnauzer		x					x		
17	Schadensersatz	Schnauzer			x						
18	Schadensersatz	Bobtail					x		x	x	

Tabelle 1 / Teil 2

Fallnummer	Titel der Akte	Rasse	Alter					Geschlecht		persönliche Übernahme nach Nachnahmeversand	Transportschäden
			6 - 7 Wochen	8 - 9 Wochen	10 - 11 Wochen	12 - 13 Wochen	4 - 12 Monate	älter als 12 Monate	männlich weiblich		
19	Herausgabe	Münsterländer							x		
20	Schadensersatz	2 Pinscher	x						x x	x	
21	Herausgabe	Dalmatiner			x					x	
22	Forderung	Deutscher Langhaar									
23	Forderung	Retriever									
24	Herausgabe	Dogge									
25	Forderung	Dachshund									
26	Herausgabe	Neufundländer							x		
27	Schadensersatz	Basset								x	
28	Forderung									x	
29	Herausgabe										
30	Forderung	Deutscher Schäferhund	x							x	
31	Wandelung	Yorkshire								x x	
32	Schadensersatz	Pinscher								x	
33	Forderung	Bobtail	x						x	x	
34	Schadensersatz	Deutscher Schäferhund	x						x	x	
35	Forderung	Bernhardiner Deutscher Schäferhund Dachshund			x				x	x	

Tabelle 1 / Teil 3

Fallnummer	Titel der Akte	Rasse	Alter					Geschlecht	persönliche Übernahme nach Nachnahmeversand	Transportschäden
			6 - 7 Wochen	8 - 9 Wochen	10 - 11 Wochen	12 - 13 Wochen	4 - 12 Monate	männlich	weiblich	
36	Schadensersatz	Bobtail			x				x	x
37	Schadensersatz	Irish Setter			x			x		
38	Schadensersatz	2 Deutsche Schäferhunde	x					x	x	x x
39	Forderung	Pudel		x						x
40	Forderung	Bernhardiner		x				x		x
41	Herausgabe	Irish Setter		x						
42	Forderung	Yorkshire						x		
43	Forderung	Deutscher Schäferhund			x					x
44	Forderung									
45	Schadensersatz	Bastard								
46	Forderung	Pinscher		x				x		x
47	Schadensersatz	Rottweiler	x							x x
48	Schadensersatz + Herausgabe	Irish-Setter			x				x	
49	Forderung	Irish-Setter		x					x	
50	Schadensersatz	Deutscher Schäferhund		x				x		
51	Forderung	Deutscher Schäferhund			x				x	
52	Forderung	Schnauzer			x					
53	Forderung	Deutscher Schäferhund	x					x		
54	Wandelung	Pudel								
55	Forderung	Boxer			x				x	

Tabelle 2 / Teil 1

Mängel, die bei den Hunden festgestellt wurden

Fallnummer	Ernährungszustand schlechter Pflegezustand	Ektoparasiten Endoparasiten	Infektionskrankheiten	Sonstige Krankheiten	formaljuristische Mängel
1			Parvovirose		nicht ordnungsgemäße Impfpässe
2			Parvovirose		
3			Parvovirose		
4		x			
5		x x			
6				Osteofibrose	
7				Hüftgelenks- dysplasie II - III	
8	x		Zwingerhusten		
9	x	x	Gastro- enteritis	Anämie	
10	x	x		Kryptorchismus	
11			Staupe		
12					fehlende Abstammungs- papiere
13					unvollständige Ab- stammungspapiere
14		x		Hüftgelenks- dysplasie	nicht reinrassig
15					nicht reinrassig
16			Staupe		fehlende Abstammungs- papiere
17			Zwingerhusten		
18	x x	x	Gastro- enteritis		

Tabelle 2 / Teil 2

Fallnummer	Ernährungszustand schlechter Pflegezustand	Ektoparasiten Endoparasiten	Infektionskrankheiten	Sonstige Krankheiten	formaljuristische Mängel
19					fehlende Abstammungspapiere
20			Gastroenteritis	Hernia inguinalis	
21			Pneumonie	Schürfwunden	fehlende Abstammungspapiere
22					Rückzahlung der Anzahlung
23					fehlende zugesicherte Eigenschaft
24					fehlende Abstammungspapiere
25					keine Lieferung
26					fehlende Abstammungspapiere
27					fehlende Rassereinheit
28					falsche Lieferung
29					Eigentumsverletzung
30	x		Staupe		
31			Gastroenteritis		
32					fehlende Rassereinheit
33	x	x	Gastroenteritis	Anämie	fehlende Abstammungspapiere
34			Peritonitis	Nachhandparese	
35			Staupe		fehlende Impfzeugnisse
36	x	x x	Staupe		fehlende Impfzeugnisse + Abstammungspapiere
37	x		Staupe		fehlende Impfzeugnisse

Tabelle 2 / Teil 3

Fallnummer	Ernährungszustand schlechter Pflegezustand	Ektoparasiten Endoparasiten	Infektionskrankheiten	Sonstige Krankheiten	formaljuristische Mängel
38					fehlende zugesicherte Eigenschaften
39	x x			Anämie	fehlende zugesicherte Eigenschaften
40	x		Gastroenteritis		fehlende zugesicherte Eigenschaften + Abstammungspapiere
41			Staupe		fehlende Abstammungspapiere
42		x x	Staupe		falsche Abstammungspapiere
43	x x		Pneumonie	Hernia umbilicalis	fehlende Abstammungspapiere
44					Rückzahlung der Anzahlung
45					fehlende Rassereinheit
46			Pneumonie		fehlende zugesicherte Eigenschaft
47					falsche Lieferung
48			Zwingerhusten		fehlende Abstammungspapiere, falsche Impfpapiere
49			Staupe		
50			Parvovirose		
51	x x		Staupe		falsche Lieferung + Abstammungspapiere
52		x	Parvovirose		
53	x	x	Parvovirose		fehlende zugesicherte Eigenschaft
54					fehlende Rassereinheit
55	x		Staupe		

Tabelle 3 / Teil 1

Kaufverträge, Zusicherungen und Schicksal der Hunde

Fallnummer	mündlicher Kaufvertrag schriftlicher Kaufvertrag beides	Rechnungsvordruck eigener Vertragsvordruck	Zusicherungen			Schicksal des Hundes					Sektionsergebnis
			Reinrassigkeit	Gesundheit	aktive Schutzimpfung	passive	vom Käufer behalten	Rückgabe	Tod	Euthanasie	
1	x								2x		Parvovirose
2	x					x			2x		Parvovirose
3	x				x	x			x		Parvovirose
4				x						x	
5	x			x	x				x		
6								x			
7	x	x								x	
8	x	x		x	x					x	
9	x	x		x	x				x		Gastroenteritis
10	x	x			x		x				
11	x	x		x	x				x		unklar
12	x	x	x				x				
13	x	x		x			x				
14	x		x	x							
15	x			x							
16	x	x				x			x		
17	x	x			x				x		Herzmuskeldegeneration
18	x						x				
19	x	x	x								

Tabelle 3 / Teil 2

Fallnummer	mündlicher Kaufvertrag schriftlicher Kaufvertrag beides	Rechnungsvordruck eigener Vertragsvordruck	Zusicherungen				Schicksal des Hundes				Sektionsergebnis
			Reinrassigkeit	Gesundheit	aktive Schutzimpfung	passive	vom Käufer behalten	Rückgabe	Tod	Euthanasie	
20	x							x	x		Gastroenteritis
21											
22	x	x									
23	x		x								
24	x	x	x	x	x						
25	x	x									
26	x										
27	x		x	x							
28		x		x							
29											
30	x				x					x	Weiterverkauf
31	x								x		Staupe
32	x		x	x							Gastroenteritis
33	x		x						x		Coccidiose
34	x									x	
35	x				x				3x		
36	x			x						x	
37	x								x		
38	x						x		x		

Tabelle 3 / Teil 3

Fallnummer	mündlicher Kaufvertrag schriftlicher Kaufvertrag beides	Rechnungsvordruck eigener Vertragsvordruck	Zusicherungen				Schicksal des Hundes				Sektionsergebnis
			Reinrassigkeit	Gesundheit	aktive Schutzimpfung	passive	vom Käufer behalten	Rückgabe	Tod	Euthanasie	
39	x			x					x		Fettleber
40	x		x	x			x				
41	x		x							x	
42	x		x	x					x		
43	x									x	
44	x	x					x				
45	x		x	x			x				
46	x		x	x					x		
47	x			x					x		
48	x		x	x			x				
49	x	x			x					x	
50	x	x		x	x				x		
51	x	x	x	x	x					x	
52	x	x			x	x			x		
53	x	x		x	x				x		Parvovirose Darminvagination
54	x	x			x		x				
55					x					x	

Tabelle 4 / Teil 1

Tierärztliche Stellungnahmen, Urteile und Berufungen

Fallnummer	Bescheinigungen Niederschriften mündliches Gutachten schriftliches Gutachten	Wandelung	Minderung	Schadensersatz	Vergleich	Rücknahme der Klage Abweisung der Klage	Sonstige	Berufung	ja Richter folgte den Aussagen des Gutachters nein
1				x					x
2						x			x
3	x			x				zurück- gewiesen	x
4				x					
5	2				x				
6	x	x							x
7	x x x					x			x
8	x			x					x
9	x	x x	x						x
10	x x x		x						x
11	x					x			x
12			x						x
13			x					zurück- genommen	x
14		x		x					x
15			x						x
16	x	x				x		zurück- gewiesen	x
17	x					x			x
18	x	x x			x				x
19					x				

Tabelle 4 / Teil 2

Fallnummer	Bescheinigungen Niederschriften mündliches Gutachten schriftliches Gutachten	Wandelung	Minderung	Schadensersatz	Vergleich	Rücknahme der Klage	Abweisung der Klage	Sonstige	Berufung	ja Richter folgte den Aussagen des Gutachters nein
20	x x	x								
21						x				
22						x				
23							x			
24						x				
25						x				
26						x				
27				x						
28	x		x							x
29				x						
30				x						
31	x	x								Sektions- ergebnis
32				x						Sektions- ergebnis
33	x	x								Sektions- ergebnis
34	x			x						
35	x			x						
36	x x			x						
37	x			x						
38				x						

Tabelle 4 / Teil 3

Fallnummer	Bescheinigungen Niederschriften mündliches Gutachten schriftliches Gutachten	Wandelung	Minderung	Schadensersatz	Vergleich	Rücknahme der Klage	Abweisung der Klage	Sonstige	Berufung	ja Richter folgte den Aussagen des Gutachters nein
39	x			x					zurück- gezogen	
40	x		x							
41	x							Herausgabe d. Stammbaumes		
42	x	x								x
43	x			x						
44								Rückzahlung der Anzahlung		
45		x								
46	3			x						
47				x						
48			x							
49							x			Sektions- ergebnis
50		x	x							
51	x	x		x						x
52		x		x					zurück- gewiesen	x
53	2	x		x						
54	x	x	x							x
55	x	x				x				x

Anmerkung:

Tabelle 5 Seite 52

Tabelle 6 Seite 92

Auflistung der Aktenzeichen (AZ) der Zivilverfahren

Amtsgericht Deggendorf

Fall 1 AZ C 330/85
Fall 2 AZ C 170/84
Fall 3 AZ C 1174/83
Fall 4 AZ C 597/85
Fall 5 AZ C 1096/85

Amtsgericht Günzburg

Fall 6 AZ C 20/80
Fall 7 AZ C 41/81
Fall 8 AZ C 250/81
Fall 9 AZ C 646/80
Fall 10 AZ C 126/81
Fall 11 AZ C 539/80
Fall 12 AZ C 564/80
Fall 13 AZ C 70/81
Fall 14 AZ C 140/79
Fall 15 AZ C 688/79
Fall 16 AZ C 495/80
Fall 17 AZ C 296/81
Fall 18 AZ C 334/81
Fall 19 AZ C 236/81
Fall 20 AZ C 447/81
Fall 21 AZ C 683/81
Fall 22 AZ C 685/81
Fall 23 AZ C 789/81
Fall 24 AZ C 888/81
Fall 25 AZ C 355/82
Fall 26 AZ C 707/82

Amtsgericht Bad Kissingen

Fall 27 AZ C 275/79
Fall 28 AZ C 268/79
Fall 29 AZ C 158/79
Fall 30 AZ C 200/80
Fall 31 AZ C 192/80
Fall 32 AZ C 151/80
Fall 33 AZ C 137/80
Fall 34 AZ C 107/80
Fall 35 AZ C 100/80
Fall 36 AZ C 91/80
Fall 37 AZ C 85/80
Fall 38 AZ C 278/80
Fall 39 AZ C 79/80
Fall 40 AZ C 132/80
Fall 41 AZ C 17/80
Fall 42 AZ C 567/79
Fall 43 AZ C 590/79
Fall 44 AZ C 629/79
Fall 45 AZ C 219/80
Fall 46 AZ C 501/79
Fall 47 AZ C 321/79
Fall 48 AZ C 281/79

Amtsgericht München

Fall 49 AZ C 19434/82
Fall 50 AZ C 11444/82
Fall 51 AZ C 825/83
Fall 52 AZ C 7404/81
Fall 53 AZ C 1721/85
Fall 54 AZ C 2764/81

Amtsgericht Memmingen

Fall 55 AZ C1155/84

Auflistung der Aktenzeichen (AZ) der Strafverfahren

Strafsache	1	Landgericht Schweinfurt	AZ	LS/3	Js	6940/80
Strafsache	2	Amtsgericht Bad Kissingen	AZ	LS/3	Js	13321/81
Strafsache	3	Amtsgericht Deggendorf	AZ	§ 2	Js	4613/80
Strafsache	4	Amtsgericht Deggendorf	AZ	Cs/2	Js	4916/85
Strafsache	5	Amtsgericht Straubing	AZ	33	Js	22539/82

Fragebogen Teil I

Aktenzeichen:

Gericht: LG/AG

Prozeßart:

Richter:

Kläger:

Beklagter:

Fallbeschreibung:

Rasse:

Alter:

Geschlecht:

Krankheiten:

Rassereinheit:

Abstammungspapiere:

fehlende zugesicherte Eigenschaft:

Impfzeugnisse:

Tierquälerei:

Unsachgemäßer Transport

per Bahn:

privater Transport:

75

per Nachnahme:

Sonstiges:

Tierärztliche Stellungnahmen:

Bescheinigung:

Niederschrift:

Gutachten:

Ausgestellt von:

Ergebnis:

Schicksal des Hundes:

Der Hund starb am:

wurde eingeschläfert am:

wurde seziert am:

Ergebnis:

Der Hund wurde dem Händler zurückgegeben:

Der Hund wurde vom Händler ausgetauscht:

Der Hund wurde vom Besitzer behalten:

Anmerkungen:

Kaufvertrag

Der Kauf wurde mündlich telefonisch schriftlich vereinbart

Der Vertrag enthielt folgende Zusicherungen:

Eintrag ins Zuchtbuch

welches:

Richtigkeit der Ahnentafel:

welche:

Gesundheit des Hundes:

Impfung gegen:

erfolgt am:

bescheinigt ja nein

Passive Immunisierung mit:

Der Hund kostete laut Vertrag:

gezahlt wurde:

Einstellung des Verfahrens am:

Urteil:

Verurteilt wegen:

nach §

Ergebnis: Geldstrafe

Zahlung von:

Bußgeld

Sachwert

Freiheitsstrafe

Tierarztkosten

Berufsverbot

Minderung

Sonstiges

Begründung:

Berufung am:

Berufungsgericht:

zurückgezogen:

Endurteil:

Begründung:

Datum:

Ort:

Richter:

Urteil erfolgt dem Gutachten:

ja

nein, weil

Prozeßdauer:

Kauf am:

geliefert am:

Mängel festgestellt am:

Klage am:

Verhandlung am:

Urteilsverkündung am:

Urteil wurde rechtskräftig am:

7. Literaturverzeichnis

- Amtliche Begründung zum TSCHG
Dt. Bundestag, Drucksache VI 2559 (1972)
- Bandel, - Kampf dem wilden Hundehandel
Du und das Tier (DuDT) 6 (1976) 37 - 38
- Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896
- Brehm, P. und Tièrquälerei im Hundehandel - muß das sein?
H. Frede DuDT 2 (1981) 78 - 82
- Brummer, H. Bedeutung der präpubertären Entwicklungs-
phasen für das Verhalten des Hundes
Kleintier-Praxis 21 (1976) 177 - 182
- Brunner, F. Der unverstandene Hund 3. Auflage
Verlag J. Neumann-Neudamm, Melsungen 1981
- Drawer, Kl. Tierschutz in Deutschland
Verlag Schmidt-Römhild, Lübeck 1980
- Drawer, Kl. und Tierschutzpraxis
Kl. J. Ennulat Fischer-Verlag, Stuttgart, New-York 1977
- Ennulat, Kl. J. Die Sittenwidrigkeit im Hundehandel
DuDT 6 (1976) 42 - 44
- Ennulat, Kl. J. Das Tier im Recht
und G. Zoebe Verlag G. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin,
Köln, Mainz 1972
- Fellmer, E. Vertragsgestaltung durch AGB: "Tierkauf
und tierärztliche Ankaufsuntersuchung"
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 94 (1981)
161 - 163

- Gass, H. Infektionen in Händlerställen und gewerblichen Zuchten
Kleintier-Praxis 8 (1971) 243 - 246
- Gass, H. Seuchen- und parasitologische Probleme beim Kauf von Kleintieren aus dem Tierhandel
Praktischer Tierarzt 13 (1972) 513 - 516
- Gass, H. Zum Rassehundverkauf durch Händler aus der Sicht des Tierarztes
DuDT 6 (1976) 48 - 50
- Kleinknecht, Th. Strafprozeßordnung 34. Auflage
Verlag C.H. Beck, München 1979
- Kober, U. Pareys Hundebuch
Verlag Paul Parey, Hamburg und Berlin 1981
- Köhler, H. und
H. Kraft Gerichtliche Veterinärmedizin
Verlag F. Enke, Stuttgart 1984
- Lorz, A. Tierschutzgesetz, Kommentar
Verlag C.H. Beck, München 1973
- Mayr,
Eißner,
Mayr-Bibrack Handbuch der Schutzimpfungen in der Tiermedizin
Verlag Paul Parey, Berlin und Hamburg 1984
- Meyer,- und
Höver,- Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen 14. Auflage
Heymanns-Verlag, Köln, Berlin, Bonn, München 1977
- Palandt, O. Bürgerliches Gesetzbuch, Beck'sche Kurzkommentare 45. Auflage
Verlag C.H. Beck, München 1986
- Ponsold, A. Lehrbuch der gerichtlichen Medizin 3. Auflage
Georg Thieme-Verlag, Stuttgart 1967

- Rolle, M. und A. Mayr Medizinische Mikrobiologie, Infektions- und Seuchenlehre 5. Auflage
F. Enke-Verlag, Stuttgart 1984
- "Der Kumpel, der mit mir lebt"
Spiegel 5 (1976) 38 - 60
- Statistische Berichte von 1975 - 1985
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 1975 - 1986
- Strafprozeßordnung vom 1.2.1877
- Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972
Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1277
- Neufassung des TSCHG vom 18. August 1986
Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1319
- Verordnung über das Halten von Hunden im Freien vom 6. Juni 1974
Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1265
- Vogl, F. Juristisches Handbuch für Hundehalter
Verlagsbuchhandlung Johannes Sonntag,
Regensburg 1985
- Wegner, W. Zur Hundehaltung in der Bundesrepublik
Kleintier-Praxis 17 (1972) 133 - 135
- Wegner, W. Kleine Kynologie
Terra-Verlag, Konstanz 1975
- Zimmermann, - Tierschützer schlagen Alarm
Ich und Du - Zeitschrift des Hamburger
Tierschutzvereins 2 (1976) 10
- Zivilprozeßordnung vom 30. Januar 1877

An dieser Stelle möchte ich

Herrn Prof. Dr. Helmut Kraft

für die Überlassung des Themas und für die jederzeit
gewährte freundliche Unterstützung bei der Durchführung
dieser Arbeit danken.

LEBENS LAUF

Name: Bötsch, Rudolf

Eltern: Bötsch, Oskar, Arbeiter
Bötsch, Irmgard, geb. Weisenberger

Geboren: 6. März 1956 in Würzburg

Schule: 1962 - 1968 Volksschule in Gramschatz
1968 - 1977 Humanistisches Gymnasium in
Münnerstadt
1977 Abitur

Wehrdienst: 1977 - 1978 SanBtl. 12 in Veitshöchheim

Studium: 1978 - 1984 Studium der Veterinärmedizin
an der Ludwig-Maximilians-
Universität in München

Abschluß: 14. August 1984

Approbation: 20. September 1984

